

Kurzschriftlicher Bericht

14. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 27. Jänner 2005

Inhalt:

Fragestunde:

- L-8058/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 5)
- L-8059/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landesrat Anschober (Seite 7)
- L-8061/1-XXVI: Anfrage der Abg. Pühringer an Landesrat Dr. Stockinger (Seite 11)
- L-8062/1-XXVI: Anfrage des Abg. Stanek an Landeshauptmann-Stv. Hiesl (Seite 13)
- L-8064/1-XXVI: Anfrage des Abg. Dr. Frais an Landesrat Dr. Stockinger (Seite 14)
- L-8066/1-XXVI: Anfrage der Abg. Präsidentin Eisenriegler an Landesrätin Dr. Stöger (Seite 18)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 19)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 416/2005: Initiativantrag betreffend Frauenstiftung.

- Rednerinnen: Abg. Mag. Jahn (Seite 20)
Abg. Lackner-Strauss (Seite 22)
Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 22)
Abg. Moser (Seite 23)

Beilage 417/2005: Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen Stalking.

- Redner/innen: Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 24)
Abg. Frauscher (Seite 25)
Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 26)
Abg. Moser (Seite 27)

Beilage 419/2005: Initiativantrag betreffend organisatorische Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen.

- Redner: Abg. Kapeller (Seite 28)
Abg. Bernhofer (Seite 29)
Abg. Trübswasser (Seite 29)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 29)

Beilage 420/2005: Initiativantrag betreffend erhöhte Transparenz des Landesbudgets.

- Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 30)
Abg. Mag. Gumpinger (Seite 31)
Abg. Trübswasser (Seite 31)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 32)

Beilage 421/2005: Initiativantrag betreffend Zählregel in Omnibussen.

Redner/innen: Abg. Pilsner (Seite 33)
Abg. Jachs (Seite 33)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 34)
Abg. Hirz (Seite 34)

Beilage 430/2004: Initiativantrag betreffend EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Redner: Abg. Dr. Fraiss (Seite 35)
Abg. Schürer (Seite 36)
Abg. Trübswasser (Seite 38)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 39)

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Die deutsche Sprache - Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Zukunft in unserer Heimat Oberösterreich"

Redner/innen: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 40)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 42)
Abg. Eidenberger (Seite 45)
Abg. Hirz (Seite 48)
Abg. Moser (Seite 50)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 51)
Abg. Trübswasser (Seite 53)
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 54)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 56)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 413/2005: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Zuweisung der Beilage 409/2004 (Initiativantrag betreffend die finanzielle Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden) an den Ausschuss für Finanzen.

Berichterstatterin: Abg. Schreiberhuber (Seite 57)

Beilage 417/2005: Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen Stalking.

Berichterstatterin: Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 57)

Beilage 421/2005: Initiativantrag betreffend Zählregel in Omnibussen.

Berichterstatter: Abg. Pilsner (Seite 57)

Beilage 430/2005: Initiativantrag betreffend EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Berichterstatter: Abg. Dr. Fraiss (Seite 58)

Beilage 435/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Ing. Hurbert Aspöck betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 232/2004, Initiativantrag betreffend den Verkauf von gentechnikfreien Saatgut in den oberösterreichischen Lagerhäusern.

Berichterstatter: Abg. Ing. Aspöck (Seite 58)

Redner: Abg. Ing. Aspöck (Seite 59)

Beilage 436/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 233/2004, Initiativantrag betreffend ein Fördermodell hinsichtlich des Verzichtes auf Gentechnik in der Landwirtschaft.

Berichterstatter: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 59)

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 59)

Beilage 437/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Dr. Josef Brunmair betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 424/2005 - Initiativantrag betreffend verpflichtende Deutschkurse am Nachmittag.

Berichterstatter: Abg. Dr. Brunmair (Seite 61)

Redner: Abg. Dr. Brunmair (Seite 61)

Beilage 438/2005: Geschäftsantrag der freiheitlichen Abgeordneten Moser betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 425/2005 - Initiativantrag betreffend die Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind Zuschuss.

Berichterstatterin: Abg. Moser (Seite 62)

Rednerin: Abg. Moser (Seite 62)

Beilage 439/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Ing. Hubert Aspöck betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 426/2005 - Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen.

Berichterstatter: Abg. Ing. Aspöck (Seite 63)

Beilage 440/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 427/2005 - Initiativantrag betreffend das Vorziehen der Schulanmeldung.

Berichterstatter: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 63)

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 63)

Beilage 441/2005: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 428/2005 - Initiativantrag betreffend die Einkommensgrenzen für Landesförderungen.

Berichterstatter: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 64)

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 64)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger,
entschuldigt Landeshauptmann Dr. Pühringer

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Dr. Röper-Kelmayr

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: ORgR Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.15 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Bitte um Entschuldigung, dass wir heute etwas verspätet anfangen. Grund war eine Klubobmännerkonferenz, die ich zu leiten habe und die bis jetzt gedauert hat, bzw. die Herren sprechen sich auch noch weiter ab. Es ist die erste Sitzung im neuen Jahr und ich wünsche uns allen gemeinsam ein gutes Jahr mit vielen guten und positiven und vielen gemeinsamen Beschlüssen zum Wohle unserer Landsleute und zum Wohle Oberösterreichs. Von der heutigen Sitzung ist der Herr Landeshauptmann entschuldigt, der ist auf Kur, und die Frau Abgeordnete Dr. Röper-Kelmayr, die erkrankt ist. Die amtliche Niederschrift über die 13. Sitzung liegt vom 28. Jänner bis 11. Februar in der Landtagsitzung zur Einsichtnahme auf und das Protokoll der vorletzten, also der 12. Sitzung des Landtags liegt auf Ihren Plätzen.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung aller Anfragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt. Zwei Anfragen wurden zurückgezogen, eben die der erkrankten Frau Dr. Röper-Kelmayr und die des Herrn Abgeordneten Dr. Brunmayr.

Beginnen werden wir mit der Anfrage der Frau Abgeordneten Helga Moser, die an den Herrn Landeshauptmann gerichtet war und die der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl für ihn beantworten wird. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. **Moser:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Medienberichten zufolge zog am 20. Dezember 2004 eine Asylwerberin auf der BH Linz-Land ein Messer und griff damit eine Mitarbeiterin an. Am 26. November 2004 hat ein Asylwerber in der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich randaliert und einen Landesbediensteten attackiert. Demselben Asylwerber sollen zuvor schon andere gemeinnützige Organisationen Hausverbot erteilt haben, weil er wiederholt aggressiv war. Zwischenfälle dieser Art passieren demnach immer wieder und stellen ein zunehmendes Problem für die Sicherheit der Mitarbeiter dar.

Meine Frage an Sie: Welche Veranlassung haben Sie getroffen, um die Mitarbeiter des Landes Oberösterreich vor etwaigen Angriffen von Asylwerbern zu schützen?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Abgeordnete Moser! Vorausschicken möchte ich, dass solche Situationen, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Amtsräumen bedroht werden, bei uns Gott sei Dank nur sehr, sehr selten vorkommen und das Amt der Landesregierung seinen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin offene Häuser anbieten kann.

Dem derzeitigen Bedrohungsbild angemessen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, um diesen seltenen Bedrohungsfällen trotzdem zu begegnen. Erstens, wenn die Neigung zur Aggressivität Einzelner schon vorab zu erkennen ist, das erfahren wir manchmal, in dem wir aus der Umgebung Warnungen bekommen oder die Betroffenen amtsbekannt sind, dann wird die Exekutive vorweg verständigt, die dann auch vor Ort überwacht, manchmal verdeckt dabei ist, also nicht sichtbar als Exekutive dabei ist, aber sich in Bereitschaft hält. Hier sind entsprechende Vorkehrungen getroffen, ohne dass sie in der Öffentlichkeit ausführlich dargelegt werden. Ansonsten besteht natürlich auch die Möglichkeit innerhalb der Abteilung, dass man sich gegenseitig schützt und absichert.

Zum Zweiten: Wenn sich aber erst im Zuge einer Vorsprache herausstellt, und man sieht in die Menschen nicht hinein und weiß nicht, wie sich was entwickelt, dass jemand aggressiv wird, wie es eben am 20. Dezember bei der BH Linz-Land der Fall war, so liegt es trotz allem vor allem am Geschick der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter, die Aggression abzuwenden oder sich der Aggression zu entziehen. Über vorbereitete Wege können auch in diesem Fall die Exekutive oder die Kolleginnen- und Kollegenschaft verständigt werden. Anzumerken ist von unserer Seite, dass zum Umgang mit schwierigen Personen in kritischen Bereichen auch Schulungen angeboten werden. Also dort wo eher damit zu rechnen ist, dass aggressive Leute auf uns treffen, dort werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in Schulungen vorbereitet. Wachdienste vor Ort könnte man auch einteilen, haben sich aber im Amtsbetrieb als bisher nicht notwendig erwiesen und würden das Problem spontaner und schwerer aggressiver Handlungen aufgrund der Zeitspanne, bis die intervenieren können, letzten Endes auch nicht lösen können. Zusammenfassend - wenn erkennbar ist, dass Leute zu uns kommen, die Probleme bereiten, dann gibt es einen sogenannten Sicherheitsordner, wo entsprechende Vorkehrungen auch aufgelistet sind, die von den Mitarbeitern aktiviert werden können. Was wir aber bisher vermieden haben, war ein Schleusensystem einzuführen, wie es beispielsweise bei Gericht gemacht wurde, denn das hat natürlich auch große Nachteile, wenn jeder kontrolliert werden muss, der in unsere Häuser kommt. Und wenn wir es machen, müssen wir es flächendeckend machen. Denn ich weiß nicht, ob bei der BH Braunau oder bei der BH Eferding oder im LDZ eine aggressive Person auftritt. Wenn man das haben will, muss man sich halt auch die nachteiligen Wirkungen überlegen. Bisher war man der Meinung, dass muss man ohne Totalkontrolle trotzdem in den Griff bekommen.

Abg. **Moser:** Eine Zusatzfrage. Ja, ich stimme in vielem, was Sie gesagt haben, mit Ihnen überein. Für mich stellt sich jetzt nur die Frage: Wie sehen Sie es? Sollte man nicht eine Art Sicherheit - eine Möglichkeit schaffen analog der Regelung hier im Landhaus der Regierungsbüros, dass bei Bedarf, weil man es einfach nicht voraussehen kann, den Sicherheitsdienst, eine Kollegin in einem anderen Raum oder wer immer dafür zuständig ist, gerufen werden kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Abgeordnete Moser, ich habe schon darauf hingewiesen. Wir haben einen Sicherheitsordner. Ich bin gerne bereit, Sie dort Einblick nehmen zu lassen. Würde Ihnen die Information als Abgeordnete zur Verfügung stellen. Wenn Sie einen Bedarf sehen, dann sind wir auch in jeder Richtung bereit, uns weiter zu entwickeln. Die Grenze war, kontrollieren wir jeden, der zu uns kommt oder kontrollieren wir ihn nicht. Wenn man es macht, muss man es rigoros machen. Denn sonst hat es überhaupt keinen Sinn. In den Regierungsbüros haben wir eine erhöhte Sicherheitsstufe, auch aufgrund der Exponiertheit und der Tätigkeiten, und trotzdem sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenn jemand zu mir kommt mit einer Aktentasche und bei mir am Tisch sitzt und dann ein gefährliches Zeug auspackt, nutzen die ganzen Sicherheitseinrichtungen nichts. Ich habe einen Alarmknopf, und ich habe ein System, wo sich die Türen automatisch verschließen. Nur bis ich dort draufgedrückt habe, hat der seine Pistole heraußen. Wenn es darauf ankäme, also, ich weiß, dass die letzte Sicherheit nur gegeben ist, wenn eine jede Person, die das Haus betritt, perlustriert und auf Waffen durchsucht wird, und dann gibt es auch noch immer ein Restrisiko. Aber dies wollten wir bisher nicht, weil es der Bürgerfreundlichkeit doch sehr stark entgegensteht.

Abg. **Moser:** Sie haben das Schleusensystem angesprochen. Was halten Sie von der Möglichkeit, eben zum Beispiel wie es in anderen Einrichtungen auch ist, mit Glasschutz zu arbeiten? Wo ja dann nicht das Schleusensystem von vornherein die Bürger vielleicht abhält

oder verwirrt, aber wir haben in anderen Einrichtungen auch bauliche Maßnahmen, wie eben so Glaswände.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Frau Abgeordnete, bisher haben wir wenig Vorfälle gehabt. Der 20. Dezember war absolut eine Ausnahme. Und wir haben immer abgewogen, zwar vorbereitend Sicherheitsordner, die Mitarbeiter vorbereitet, Exekutive bereitgehalten. Bisher ist das gut gegangen. Ich würde Sie einladen, nehmen Sie Einblick bei uns im Präsidium in die Sicherheitsvorkehrungen, die jetzt schon bestehen, sie aber öffentlich nicht bekannt geben wollen. Wenn Sie Verbesserungsmöglichkeiten sehen, ohne dass wir den Kundenkontakt total zunichte machen, dann treten wir gerne in eine Diskussion ein.

Abg. **Moser**: Danke.

Erste Präsidentin: Gibt es dazu noch Anfragen? Bitte Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es geht ja in diesem Fall auch um jemanden, der bereits mehrfach auffällig geworden ist. Als ehemaliges Regierungsmitglied kenne ich ja die Sicherheitsmaßnahmen, die für Regierungsmitglieder getätigt werden. Was es nicht gibt, ist eine Vernetzung von Informationen über potenziell gefährliche Kundschaften und Klientel, die zu einem kommen. Die Frage ist: Ob es nicht von Ihrer Seite unterstützenswert wäre, Informationen über nachhaltige Gefährlichkeit sehr wohl an exponierte Stellen weiterzugeben, damit sofort bei dem ersten Kontakt festgestellt werden kann, Achtung hier droht eine potenzielle Gefahr, eine allgemeine Kontrolle ist mit vielen Problemen behaftet? Aber jedenfalls könnte man die Wiederholungstat ausschließen. Ist in Ihren Sicherheitsmaßnahmen zukünftig an eine derartige Maßnahme gedacht?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Wenn es sinnvolle Verbesserungen gibt, bin ich jederzeit bereit, mich dort einzuklinken, weil ich auch die Damen und Herren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen habe. Wenn jemand bei uns nicht bekannt ist, ist es schwierig, den richtig einzustufen. Wenn er allerdings schon auffällig war, müsste eine Vorwarnung nützlich sein, weil man sich halt auf den Besuch vorbereiten kann. Ich muss mir aber das auch überlegen und kann es nicht spontan beantworten. Grundsätzlich ja, wenn es machbar ist und wenn es einen Sinn ergibt.

Erste Präsidentin: Danke. Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr, danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner an den Herrn Landesrat Anschober. Bitte Herr Klubobmann.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat! Laut Aussage des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 13. Jänner 2005 ist der längst überfällige Generalverkehrsplan für Oberösterreich deshalb noch nicht fertiggestellt, weil er derzeit in Ihrem Ressort begutachtet bzw. überarbeitet werde. Wann werden Sie diese Arbeiten abgeschlossen haben?

Landesrat **Anschober**: Sehr geehrter Herr Kollege Steinkellner! Der Generalverkehrsplan liegt derzeit tatsächlich in einem Rohentwurf vor. Dieser wird derzeit von verschiedenen Ressorts, unter anderem vom Umweltressort und vom Straßenbauressort im Detail bearbeitet. Ich hoffe aus meiner Sicht, dass der Entwurf bis Sommer der Landesregierung vorgelegt und anschließend dem Landtag zugeleitet werden kann.

Vor der Einbringung in die Landesregierung werden, und das ist politisch paktiert, in den nächsten Wochen auch noch Betroffene wie Wirtschaft, Industrie sowie Verkehrsorganisationen, Bürgerinitiativen sowie andere Interessierte zur Stellungnahme zum Rohentwurf eingeladen. Es ist daher grundsätzlich richtig, dass der Entwurf zum Generalverkehrsplan unter anderem nach umweltrelevanten Kriterien bewertet wird. Ich halte das auch für unbedingt erforderlich. Denn es kann nicht so sein, dass die Umweltpolitik immer nur im Nachhinein die Schadstoffkonsequenzen von Handlungen zu verwalten hat. Und du kennst es ja aus der eigenen Situation, wie schwierig das dann ist, sondern es muss unmittelbar ein Konsens bei der Erstellung von langfristigen Konzepten erreicht werden, und deswegen erachte ich genauso wie du die Erstellung des Generalverkehrsplans für so wichtig, weil wir damit ganz konkrete langfristige nachhaltige Weichenstellungen in der Verkehrspolitik, die dann auch planbar und berechenbar sind, erreichen sollten und erreichen wollen.

Um derartige umweltpolitische Problemstellungen rechtzeitig entschärfen zu können und klären zu können, liegt mein politisches Interesse vor allem darauf, den Generalverkehrsplan gleich im Vorfeld zu optimieren. Genau dies passiert im Augenblick. Falls dies nicht geschehen würde, könnten nämlich auch wachsende Emissionen aus dem Verkehrsbereich schwerwiegende Problemstellungen ergeben. Ich verweise hier auf die neuen und geplanten bedeutend strengeren Grenzwerte der Europäischen Union für die wichtigsten Schadstoffe wie PM10, Feinstäube und Stickoxide aus dem Verkehrsbereich sowie auch das Immissionsgesetz Luft, das nun von der Europäischen Union neuerlich verschärft wurde, und deswegen wir seit Jahresbeginn bei Überschreitungen von Grenzwerten sogar die Aufforderung hätten bis hin zu ganz konkreten Verkehrsverboten, Fahrverboten zu handeln. Und genau das, um das nicht verursachen zu müssen, um diesen gesetzlichen Auftrag dann nicht vollziehen zu müssen, genau deswegen müssen wir jetzt in der Planung den Umweltbereich bereits rechtzeitig einfließen lassen. Des weiteren verweise ich in diesem Zusammenhang auch auf Probleme, die es bei deutlich steigenden Emissionen aus dem Verkehrsbereich bei gleichzeitig deutlich sinkenden Grenzwerten, etwa für einen Industriestandort wie für Linz, geben könnte. Genau das wollen wir auch jetzt mit untersuchen. Denn das ist eine Verantwortung für die Sicherheit des Industriestandortes und für Tausende Arbeitsplätze, um die es geht. Das ist ein wichtiger Punkt. Ich habe aus diesem Grund gemeinsam mit den Fachabteilungen bereits ein umfassendes Konzept auch zur Verringerung der Feinstaubemissionen erarbeitet. Ich hoffe, dass das in den nächsten Wochen von der Landesregierung bereits beschlossen werden kann, aber ohne Maßnahmen im Verkehrsbereich wird dies nicht ausreichend greifen können.

Und drittens verweise ich darauf, dass wir auch die enorme Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich nicht ohne Gegenmaßnahme hinnehmen können. Ich denke, da sind wir uns auf Regierungsebene absolut einig. Es wird sehr, sehr schwierig, das Kyoto-Ziel im Verkehrsbereich zu erreichen. Aber unser Ziel muss es sein, zumindest eine Trendwende zu erreichen. Denn wir hatten seit 1990 in Oberösterreich eine Zunahme der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich um rund zwei Drittel. Und die aktuellen Daten, die wir seit gestern vom Umweltbundesamt am Tisch haben für Gesamtösterreich - die Oberösterreich-Daten gibt es dazu noch nicht - besagen, dass sich diese Zuwächse weiter verschärfen, dass wir einen neuen Rekordwert bei den CO₂-Emissionen bundesweit haben, dass wir weiter denn je vom Erreichen der Kyoto-Ziele entfernt sind. Und ich verweise darauf, ab 16. Februar sind wir zum Erreichen und für das Erreichen dieser Kyoto-Ziele völkerrechtlich verbindlich veranlasst. Das heißt, hier bestehen gesetzliche Aufträge, die in die Erstellung dieses Konzeptes mit einfließen müssen. Diese Fragen müssen nicht nur aus meiner Sicht in einem Gesamtverkehrsplan ausreichend überprüft und berücksichtigt werden, dies ist vielmehr der konkrete gesetzliche Auftrag, an den ich mich in meiner Funktion zu

halten habe. Es liegt in meinem Interesse, bei der Mitgestaltung des Generalverkehrsplans eine nachhaltige und eine konsensuale Politik zu vertreten, weshalb in der Entstehungsphase mögliche Problemfälle erkannt und gemeinsam gelöst werden sollen. Ich kann dir aber auf jeden Fall zusichern, dass von meiner Seite die Erarbeitung des Generalverkehrsplans in keiner Weise verzögert wird, sondern dass wir mit großem Tempo und Druck an der Einarbeitung dieser umweltpolitisch relevanten Aspekte arbeiten. Die genannten Evaluierungen und Optimierungen brauchen - ebenso wie die Detailverfeinerung im Bereich anderer Ressorts - ausreichend Zeit. Ich hoffe, dass der derzeit erfolgte Feinschliff des Rohentwurfs durch verschiedene Ressorts und die Einholung von Stellungnahmen von besonders Betroffenen so rasch umgesetzt werden kann, dass ein überarbeiteter Entwurf bis Sommer der Landesregierung vorgelegt werden kann.

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Klubobmann.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Landesrat, du hast ja selbst als Klubobmann deiner Fraktion noch vor nicht all zu langer Zeit darauf hingewirkt, dass die Versprechungen der Landesregierung eingehalten werden. Die Landesregierung hat diesem Hohen Haus versprochen, bereits vor zwei Jahren, diesen Rohentwurf oder den Entwurf eines Generalverkehrsplans vorzulegen, denn die endgültige Entscheidung obliegt diesem Haus. Jetzt werden alle möglichen Beteiligten mit eingebunden. Ich höre jetzt Industrie, Wirtschaft und sonstig besonders Interessierte. Ich melde auch für den Verkehrsausschuss dieses Landtages an, dass hier besonders Interessierte sind. Die Grünen haben immer und waren immer für eine transparente Politik. Ich frage dann, warum nicht wie bei einer anderen Gesetzeswerdung dieser Rohentwurf in das Internet gestellt wird und alle beteiligten Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen sehr wohl Stellung nehmen können und ein Begutachtungsentwurf wie bei der Entstehungsgeschichte eines anderen Gesetzes eingehalten wird? Ich nehme nicht zur Kenntnis, dass die Versprechungen gegenüber dem Landtag nicht eingehalten werden, die seit zwei Jahren überfällig sind. Gilt die Transparenz der Grünen der Vergangenheit noch? Und bist du bereit, diesen Entwurf – um wirklich alle Interessierten und Betroffenen einzubinden – ins Internet zu stellen? Damit also eine große breite Diskussion möglich wird!

Landesrat Anschöber: Kollege Steinkellner, auf die Fülle diese Fragen, jetzt kurz antwortend! (Erste Präsidentin: „Eine!“) Na ja, es war eine lange Begründung, sagen wir so. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Es war auch eine lange Antwort!“) Das habe ich genauso gemacht in der Situation, und das ist auch gut so. Das war keine Kritik selbstverständlich, das steht ja auch der Regierungsbank nicht zu. Kollege Steinkellner, selbstverständlich bekenne ich mich zu Transparenz. Selbstverständlich bekenne ich aber mich auch zu einem konsensualen Vorgehen. Selbstverständlich ist es so, dass dann ab dem Zeitpunkt, wo die derzeitige Verfeinerung des Gesamtverkehrsplans abgeschlossen ist, auch eine umfassende Beteiligung von Betroffenen realisiert werden soll. Auf welche Art und Weise dies verwirklicht wird, werden wir uns im Diskurs mit den beiden anderen betroffenen Kollegen in der Landesregierung anschauen.

Erste Präsidentin: Danke, bitte Herr Klubobmann.

Abg. Mag. Steinkellner: Ja, nachdem sowohl seitens der SPÖ der Verkehrsreferent Dipl.-Ing. Erich Haider mit seinem Teil fertig ist und hier nicht bis jetzt gesagt hat, dass er diesen Bericht verweigert, ebenfalls fertig ist der Straßenbaureferent Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, liegt jetzt der Bericht bei dir zur weiteren Begutachtung. Ich frage noch einmal, bist du bereit, den Landtag und die Öffentlichkeit über diesen Entwurf zu informieren

und diesen den Abgeordneten und der Öffentlichkeit über das Internet zur Verfügung zu stellen?

Landesrat **Anschober**: Das ist unrichtig. Der Entwurf liegt nicht nur im Umweltressort zur Bearbeitung, sondern in verschiedenen zuständigen Ressorts zur Bearbeitung und Verfeinerung. Denn, es ist ja selbstverständlich so, dass, wenn es aus dem Umweltressort zu einzelnen Projekten Bedenken gibt und diese negativen Auswirkungen auf die Schadstoffsituation haben, dass das selbstverständlich mit den zuständigen Kollegen aus dem Straßenbaubereich und aus dem öffentlichen Bereich zur Diskussion und zum Nachjustieren und Verfeinern der entsprechenden Planungskonzepte führen muss. Sobald dies geschehen ist, werden wir umfassend an die Öffentlichkeit treten.

Erste Präsidentin: Weitere Wortmeldungen dazu? Bitte Herr Abgeordneter Hirz.

Abg. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Landesrat, Sie haben ausgeführt, dass die Zunahme des motorisierten Verkehrs sehr starke Auswirkungen auf die Umwelt hat, vor allen Dingen, was also die CO₂-Emissionen betrifft und die Klimaschutzziele. Gibt es irgendwelche Vorarbeiten aus der letzten Legislaturperiode durch den Umweltreferenten zum Generalverkehrsplan auf die Sie zurückgreifen können?

Landesrat **Anschober**: Derartige entsprechende Detailinformationen liegen mir nicht vor. (Zwischenruf Abg. Hirz: „Unglaublich!“)

Erste Präsidentin: Frau Abgeordnete Schreiberhuber, bitte.

Abg. **Schreiberhuber**: Herr Landesrat, könnte die Beurteilung des Generalverkehrsplans nach umweltrelevanten Kriterien in deinem Ressort auch dazu führen, dass ein bedarfsgerechter vierspuriger Ausbau eines Verkehrsträgers, der ja auch der Sicherheit der PKW-Benutzerinnen und –Benützer dient, schließlich nur zweispurig erfolgt?

Landesrat **Anschober**: Du meinst einen ganz bestimmten vierspurigen Ausbau in einer ganz bestimmten Region?

Abg. **Schreiberhuber**: Nein! Es ist eine grundsätzliche Frage für mich, die durchaus Auswirkung auf einen bestimmten Verkehrsträger haben könnte?

Landesrat **Anschober**: Auf einen bestimmten Verkehrsträger! Ich habe derzeit, was einen bestimmten Verkehrsträger in der Steyrer Region betrifft, keine Informationen, dass es entsprechende Auswirkungen geben könnte.

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Dr. Brunmair, bitte.

Abg. **Dr. Brunmair**: Herr Landesrat, in der letzten Verkehrsausschusssitzung hat ja Ihr Fraktionskollege Hirz dezidiert gesagt, dass er das Konzept kennt, also den Generalverkehrsplan kennt. Meine Frage an Sie, als Verkehrssprecher der Freiheitlichen glaube ich, auch mit gleichen Rechten behandelt werden zu müssen. Und ich frage Sie daher, wann und ob ich und wann ich dieses Rohkonzept, diesen Generalverkehrsplan auch zur Einsicht bekomme?

Landesrat **Anschober**: Herr Kollege Brunmair, ich verweise auf meine Beantwortung der Anfrage des Kollegen Steinkellner, der genau diese Frage gestellt hat. Ich habe mich nach besten Wissen und Gewissen bemüht, sehr präzise diese Anfrage zu beantworten.

Abg. **Dr. Brunmair:** Das ist aber keine Gleichbehandlung der Abgeordneten.

Erste Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Danke Herr Landesrat Anschober. Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Martina Pühringer an den Herrn Landesrat Dr. Stockinger, bitte.

Abg. **Pühringer:** Sehr geehrter Herr Landesrat Dr. Stockinger, mit dem neuen Bundestierschutzgesetz ist ab 2008 die Käfighaltung verboten. Mit welchen Förderungsimpulsen unterstützt die Landesagrarpolitik den Ausstieg aus der Käfighaltung nach dem neuen Bundestierschutzgesetz?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Abgeordnete, es ist in der Tat so, dass als Ergebnis des Bundestierschutzgesetzes Oberösterreich und damit auch die gesamte Republik Österreich fixiert hat, dass wir als erstes Land der EU einen Totalausstieg aus der Käfighaltung bei Legehennen machen, als erstes EU-Land diesen Totalausstieg umsetzen. Es ist zur Begleitung dieses Umstiegs, zur Begleitung jener Landwirte, die Investitionen in den Käfig getätigt haben und jetzt auf tierfreundliche Haltungssysteme umsteigen wollen, es ist ein mit dem Bund und mit der EU gemeinsam kofinanziertes Programm konzipiert worden, das mit 1. März dieses Jahres in Kraft treten soll, ein Anbot an Betriebe umzusteigen. Wir zahlen nicht für den Ausstieg, nur für den Umstieg und für die Neupositionierung auf Basis tierfreundliches Haltungssystem. Dieses Programm beinhaltet für ältere Stallungen eine 20prozentige, für jüngere Stallbausysteme, die verschrottet werden müssen, eine 25prozentige Investitionsförderung der Gesamtkosten. Ich habe auch auf der Basis vieler Diskussionen im Land vorgeschlagen, dass Oberösterreich einen fünfprozentigen Bonus dort drauflegt, wo besonders artgerechte Legehennenhaltungssysteme, besonders tierfreundliche Haltungssysteme, etwa Freilandhaltung verwirklicht wird. Das heißt, neben der Kofinanzierungsanteile mit 20 Prozent wird Oberösterreich noch bereit sein, einen fünf-prozentigen Sonderbonus auf diese Umstiegsförderung draufzulegen.

Abg. **Pühringer:** Ich habe noch eine Zusatzfrage. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe sind von der Regelung im Bundestierschutzgesetz betroffen und müssen ihren Betrieb umstellen?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Wir haben in Oberösterreich zur Zeit 93 Betriebe, die noch Legehennen in Käfige halten, es sind also 93 Betriebe betroffen. Ich weiß zum jetzigen Zeitpunkt nicht, wie viele dieser Betriebe dieses Umstiegsangebot annehmen werden und wie viele dieser Betriebe die Eierproduktion aufgeben werden, unsere Auslobung geht in Richtung 93 betroffener Betriebe, die insgesamt rund 380.000 Legehennen halten.

Abg. **Pühringer:** Ich habe noch eine zweite Zusatzfrage, Herr Landesrat. Sind mit dem Ausstieg Österreichs aus der Käfighaltung auch die Käfigeier aus den Ladenregalen verboten?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Sind sie leider nicht, das ist eigentlich das Problem, dass das, was im Bauernstall verboten ist, nicht auch im Ladenregal verboten sein wird, sondern es wird rechtlich ein nebeneinander von teuer tierfreundlich produzierten Haltungsformen, Bodenhaltung oder Freilandhaltung beim Ei geben und daneben auch noch das Käfigei. Wir können es rechtlich nicht verbieten, es wird aber dieser hohe moralische Anspruch Österreichs, mit dem Vorbild des Umstiegs und des Ausstiegs aus der Käfighaltung für uns ein Anlass sein müssen, um in ganz besonderer Weise in Richtung Handelsketten, aber auch in Richtung Konsumenten zu appellieren, unterstützt die eierhaltende Branche und die heimische Landwirtschaft auf dem Weg des Ausstiegs vom Käfig, denn ansonsten wäre das eine

halbe Scheinmoral, zu sagen, wir verlangen zwar den Ausstieg, kaufen aber weiter das billige Käfigei. Ich denke, dass das eine wichtige Bewusstseinsbildung wird, die wir uns alle miteinander vornehmen sollen, denn schließlich wäre es ein wenig kurzsichtig, wenn der Gesetzgeber zwar die Käfige verbietet am Bauernhof, gleichzeitig das Käfigei zulässt, um quasi damit Wertschöpfung im Inland zu verbieten und im Ausland über Importe von Käfigeier diese Wertschöpfung dann nach Österreich hereinzuholen. Ich hoffe da sehr, dass die Handelsketten und letztlich auch die Konsumenten, Österreichs Bauern, Oberösterreichs Landwirte auf diesem Weg des Käfigausstiegs unterstützen und künftig wirklich zum heimischen Ei aus tiergerechter Produktion greifen.

Abg. Pühringer: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen dazu? Bitte, Herr Abgeordneter Aspöck.

Abg. Ing. Aspöck: Herr Landesrat! Wie schaut es jetzt aus, es soll eine Möglichkeit geschaffen werden für konventionelle Käfiglegehennenhalter ein Ausstiegsszenario zu ermöglichen, ein attraktives Angebot zu schaffen, wie schaut es jetzt aus? Der Ausstieg aus der Käfighaltung zur Bodenhaltung, zur Freilandhaltung ist ja nicht sehr weit, dann ist der nächste Schritt schon eigentlich der Umstieg in den Biolandbau, Sie wissen die Situation, dass das ÖPUL-Programm jetzt 2005 ausläuft, 2007 beginnt das nächste ÖPUL-Programm. Welches Angebot haben Sie für diese Landwirte jetzt, die eventuell überlegen, komplett aus dem konventionellen Bereich auszusteigen, in den Biolandbau hineinzugehen, aber für diese Bauern eben keine Förderungen im Jahr 2006 zur Verfügung stehen, haben Sie sich hier schon etwas überlegt?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Stockinger: Mir ist es wichtig, dass es diese Umstiegsangebote gibt, dass wir nicht nur reden und etwas verbieten, sondern auch etwas tun für die Neupositionierung der betroffenen Landwirte auf einem neuen Markt, es ist wichtig, wenn wir schon vorzeitig aussteigen, viel früher als alle anderen EU-Länder und viel konsequenter und damit unseren Ruf als besonders sauberes und tiergerechtes Agrarland nachkommen, dass es dann auch eine Chance der Bauern ist und nicht nur ein Verbot. Wir haben gerade am Freitag letzter Woche bei einer großen Veranstaltung in St. Florian zur Zukunft der ländlichen Entwicklung die Frage der Investitionsförderung und des Überstiegs vom laufenden Programm der ländlichen Entwicklung bis 2006, das auslaufen wird, zum neuen Programm bis 2007, die Vorbereitungen und Beratungen sind in allen Bereichen im Gange, angesprochen. Es ist dort vom Vertreter der EU-Kommission für die Investförderung klar gestellt worden, dass wir Übergangsregelungen bekommen. Das heißt, dass wir mit investitionswilligen Landwirten als Vorgriff auf das neue Programm Verträge abschließen können und nicht sagen müssen, tut uns leid, wir haben noch kein neues Programm, es gibt quasi einen Antragsstopp bei Förderungen. Also, diese Frage ist erledigt und positiv aufgelöst.

Die Frage ÖPUL ist jetzt eine Spezialthematik, du weißt, Herr Abgeordneter, es ist das ÖPUL auch aus praktischen Gründen um ein Jahr verlängert worden. Die Programmperiode ist aber eine sechsjährige, das heißt, in diesem einen Verlängerungsjahr haben wir mit Neuzutritten und Neuzustiegen ein Problem, aber wir werden auch dort eine Lösung finden, dass es quasi Voranmeldungssysteme geben wird. Von der Möglichkeit, über höhere Anmeldungen im Jahr 2007 aus dem ÖPUL Leistungen zu beziehen, wird so sein, dass es nicht möglich sein wird nach dem heutigen Stand, aber es wird eine Voranmeldung auf das nächste ÖPUL-Programm gerade in diesen Fragen geben, da wird die Tür offen sein.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Abgeordneter Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Ist es richtig, dass es noch im 2. Halbjahr des vorigen Jahres, es auch in diesem Jahr noch möglich ist, also nach Beschlussfassung des neuen Bundestierschutzgesetzes, das sozusagen auf absehbare Zeit die Käfighaltung verbieten wird, dass in dieser Zeit, also nach Beschlussfassung, trotzdem noch Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben gefördert worden sind und noch gefördert werden, die letztendlich sozusagen zur Zeit die Käfighaltung sozusagen entweder erweitern oder sozusagen neu aufbauen, dass sozusagen dort noch investiert wird, obwohl man genau weiß, dass es 2008 nicht mehr erlaubt ist?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Also, eine Investition und eine Neugenehmigung von Käfigsystemen ist nicht mehr möglich, das haben wir ja auch schon vorher beschlossen gehabt, die ist seit 1999 untersagt, was noch möglich war in den letzten Jahren, waren ausgestaltete Großvoliere, die sind noch gebaut worden, auch die müssen mit dem Fristablauf dann beseitigt werden, aber die sind nicht mehr gefördert worden.

Erste Präsidentin: Danke. Frau Präsidentin Eisenriegler, bitte.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Herr Landesrat, an welche Maßnahmen denken Sie zur Bewusstseinsbildung der KonsumentInnen bzw. der Information der KonsumentInnen bezüglich Tierschutz in der Landwirtschaft, Boden- und Freilandhaltung von Hühnern?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Mir wäre es zum Beispiel, Frau Präsidentin, sehr am Herzen gelegen, da habe ich gerade auch heute mit dem Präsidenten des Landesschulrates gesprochen, wenn wir auch die neue Situation mit dem Bundestierschutzgesetz im Unterricht in den Schulen entsprechend darlegen. Ich höre immer noch, dass Filme gezeigt werden und nicht dazu gesagt wird, dass es Österreich politisch geschafft hat, diesen Ausstieg umzusetzen, dass wir quasi auf dem Weg in eine neue tiergerechtere Welt, auch mit dem Rückzug aus der Käfighaltung sind.

Das Zweite, ich führe Gespräche mit den Handelsketten, die ja letztlich eine große Verantwortung auch in Richtung Konsumenten haben, zu bewegen diesen Ausstieg aus der Käfighaltung mitzuvollziehen, parallel mitzuvollziehen, denn wo kein Angebot, da kann ich auch nicht kaufen. Die letzte Kaufentscheidung hat aber der Konsument selbst, natürlich wird es dort notwendig sein, auch darüber zu reden, dass es scheinheilig wäre, zuerst den Ausstieg am Bauernhof zu fordern und wenn der Ausstieg geschafft ist, die Eier womöglich zu importieren, zu importieren und damit Wertschöpfung an das Ausland zu verschenken, Wertschöpfung irgendwo hinzubringen, wo wir keinerlei Kontrolle und Übersicht haben, unter welchen Bedingungen dort Eier und Geflügel produziert worden sind, ob das aus Brasilien oder aus Thailand kommt oder von sonst irgendwo. Diese Importe gibt es, da müssen wir schon sehr offen darauf hinweisen, was auch für die regionale Wertschöpfung und für die heimischen Bauern dadurch am Spiel steht.

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landesrat Stockinger. Nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Stanek an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Landshauptmann-Stellvertreter! Jahrelang wurde über die Umfahrung Doppl im Verlauf der Kremstalbundesstraße B139 diskutiert, der Medienberichterstattung war zu entnehmen, dass nunmehr die Vorfragen gelöst sind. Wie schaut der Zeit

plan für die Verwirklichung der zur Verkehrsentslastung der B139 dringend notwendigen Straßenbaumaßnahmen aus?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Abgeordneter, die Umfahrung Doppl II im Zuge der B139 Kremstalstraße hat eine Länge von ungefähr zwei Kilometern, sie stellt den Lückenschluss zwischen der Uno-Shopping und dem Baulos Doppl I dar, das derzeit beim Flughafenkreisverkehr endet. Bei der zu erwartenden Verkehrsmenge, die auf bis zu 40.000 Fahrzeuge pro Tag geschätzt wird, können rund 25.000 Fahrzeuge pro Tag auf die neue Straße umgelenkt werden. Erst vor wenigen Tagen konnten die Vertreter der Baudirektion mit den Finanzierungspartnern, das sind die Gemeinden Pasching, Leonding und der Flughafen, einen entsprechenden Finanzierungsschlüssel fixieren, in diesen Tagen werden den Partnern die entsprechenden Finanzierungsvereinbarungen vorgelegt. Wenn die Verträge rasch unterzeichnet werden und es auch beim straßenrechtlichen Bewilligungsverfahren bzw. bei den Grundeinlösen keine sich derzeit nicht abzeichnenden Schwierigkeiten gibt, ist der Baubeginn für Herbst des heurigen Jahres vorgesehen. Die Verkehrsfreigabe könnte dann im Spätherbst 2006 erfolgen.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es dazu sonst noch Anfragen? Nein. Danke. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Klubobmann Dr. Frais an den Landesrat Stockinger. Bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Eine im Auftrag von Greenpeace durchgeführte Untersuchung von US-Agrarwissenschaftlern hat ergeben, dass Österreichs Milch-, Fleisch- und Eierproduzenten im entsprechenden landwirtschaftlichen Bereich jährlich über 500.000 Tonnen gentechnisch veränderten Sojaschrot verfüttern. Angesichts der Sensibilität der oberösterreichischen Bevölkerung gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln, frage ich dich, wie viele Tonnen von diesen 500.000 Tonnen Gentechniksoja werden von oberösterreichischen Milch-, Fleisch- und Eierproduzenten jährlich verfüttert?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Herr Klubobmann, wir haben in Oberösterreich keine exakten Aufzeichnungen von Importen und Exporten, aber ich gehe davon aus, dass nachdem ein Drittel der Gesamtproduktion bei Rindern, Schweinen im stärksten Agrarland Österreichs, nämlich Oberösterreich beheimatet ist, dass ein Drittel der Importmengen von Eiweißfutter in Oberösterreich verfüttert werden.

Abg. **Dr. Frais:** Zusatzfrage: Nach deiner Antwort, glaube ich, dass der Begriff "Gentechnikfreie Zone Oberösterreich" wohl nur sehr schwer aufrecht erhalten werden kann. Ich frage dich deshalb, ob du bereit bist, als zuständiger Agrarreferent im Sinne der Konsumenten eine Positivkennzeichnung, etwa nach dem Muster "Milch, Fleisch, Eier ohne Gentechnikfutter" einzuführen bzw. auch zuzulassen, sowie die Landwirtschaftsförderung für solche Landwirtschaftsbetriebe, die Gentechnikschrot verfüttern, entweder abzustellen oder zumindest ein kostenneutrales Bonus-Malus-System einzuführen?

Landesrat **Dr. Stockinger:** Herr Klubobmann Frais, ich bin sehr dankbar für deine Anfrage, denn sie gibt mir Gelegenheit, eine Vereinfachung aufzuklären, der Begriff gentechnikfreie Zone ist an sich problematisch, weil es keine gentechnikfreien Zonen gibt. Wir haben selbstverständlich akzeptiert, dass Gentechnik beispielsweise in der Medizin Eingang gehalten hat und es in vielen Bereichen zum Standard gehört. Wozu wir uns als Oberösterreichischer Landtag mit den Stimmen aller vier Parteien verstanden haben, ist ein klares Verbot der Aussaat und der Anpflanzung von gentechnisch veränderten Organismen und Pflanzen. Nach dem Motto, wir Oberöreicher wollen unsere Lebensgrundlagen, unser Landesgebiet und unsere intakte Natur sauber halten und nicht der Verschmutzung mit GVO-Saatgut

und Pflanzen aussetzen. Denn wir wissen heute, dass einmal angepflanzt und ausgesetzt einen Prozess startet, der nicht wieder rückholbar ist, das war der Grund für unser Verbotsgesetz, das sich ganz klar in Richtung Anbau und Aussaat richtet. Das war auch unser Bestreben und ist unser Bestreben mit der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH, dieses Recht auf Selbstbestimmung über das eigene Landesgebiet durchzusetzen.

Ich weise aber darauf hin, dass für Futtermittel genau so wie für Nahrungsmittel strenge Kennzeichnungspflichten gelten, für Futtermittel sogar interessant, für Tierfutter strengere Kennzeichnungen EU-weit als für Lebensmittel. Bei Tierfutter ist der Grenzwert 0,5, bei Lebensmittel 0,9 Prozent Anteile an GVO, diese Kennzeichnungen werden exakt geprüft, jedes Futtermittel muss, wenn es GVO enthält, ob das Vitamine, ob das Fettsäuren, ob das Beimischungen, Enzyme sind oder ob es GVO-verunreinigter oder GVO-Soja ist, gekennzeichnet werden, so gekennzeichnet werden wie jedes Lebensmittel. Tierische Produkte sind generell weder am Futtermittelsektor noch am Lebensmittelsektor zu kennzeichnen, also das heißt, Produkte, die aus dem Tier, was gefüttert worden ist, gewonnen werden, sind nicht zu kennzeichnen nach dieser EU-Richtlinie. Es hat aber jeder Konsument schon heute die Möglichkeit, wer absolut sicher gehen will, solche Produkte beispielsweise beim Biobauern zu erwerben, denn die Biobauern haben sich freiwillig dazu verstanden, in allen Produktionsschritten absolut auf Gentechnik zu verzichten, solche Produkte kosten aber dann auch etwas mehr, weil diese Sonderform der Produktion teurer ist als der konventionelle Eiweißfuttermittelseinsatz.

Erste Präsidentin: Danke. Bitte, Herr Klubobmann.

Abg. Dr. Frais: Noch eine Zusatzfrage. Vielleicht lässt sich meine erste Frage beantworten, ob eine Positivkennzeichnung auch zugelassen wird, nicht auf Biobasis meine ich jetzt, sondern im Grund tatsächlich mit dem Titel, den ich genannt habe, wenn Milch, Fleisch, Eier letztendlich für den Konsumenten nicht gekennzeichnet sind, ob ein Futtermittel dabei ist oder nicht, ich ersuche das bei der Zweitzusatzfrage mitzubeantworten. Meine Frage ist eine ernsthafte: Kannst du als verantwortlicher Agrarreferent hier mit bestem Wissen und Gewissen festhalten, dass in den vergangenen Jahren in Oberösterreich keine wie immer gearteten Saatgutsorten für Getreide- und Futterpflanzen ausgebracht wurden, die gentechnisch verändert waren, und kannst du dafür die entsprechenden wissenschaftlichen Unterlagen auch bereitstellen?

Landesrat Dr. Stockinger: Zunächst zur Kennzeichnung: Es gibt das Kennzeichen „gentechnikfrei produziert“; dieses Kennzeichen lässt null Toleranz zu. Also, dort geht man auf absolut Nummer sicher. Das wird über Kontrollen über alle Produktionsstufen umgesetzt, und das gibt es. Also, es gibt diese Möglichkeit. Allerdings ist diese besondere und strenge Produktionsform auf freiwilliger Basis eingeführt. Aber es gibt in jedem Supermarkt dieses Angebot, aus meiner Sicht auch zu vertretbaren Preisen.

Zweiter Punkt: Wir haben uns in Oberösterreich sehr bemüht, ich erinnere an die Diskussion um verunreinigtes und verschmutztes Maissaatgut, das durch eine Firma am Beginn der ganzen Debatte rund um die Gentechnik ins Land gebracht wurde, hier rechtzeitig und frühzeitig tätig zu werden. Ich gehe davon aus, dass kein Saatgut im Umlauf ist, denn, du musst auch wissen, Herr Klubobmann, es ist zwar Saatgut zugelassen, aber es gibt die Mengen an Saatgut, vor allem auch für unsere klimatischen Verhältnisse adaptiert, in keiner Weise derzeit am europäischen Markt. Ich kann daher mit gutem Wissen sagen, dass alle bisherigen Monitoringsysteme, auch das, was wir nach der Vernichtung jener Maisfelder, wo wir nachweisen konnten, dass Verschmutzungen beim Saatgut dabei waren, dass alle Monitoring

systeme darauf hingedeutet haben und erwiesen haben, dass es keine solchen Anpflanzungen gibt. Es wäre übrigens auch aus mehreren Gesetzen her absolut rechts- und gesetzeswidrig und würde mit entsprechenden Haftungsregelungen, die der Bund ja beschlossen hat, extrem streng bestraft.

Genau dieser Punkt ist es ja, der uns sagen lässt, wir können mit dem Konzept der Koexistenz nichts anfangen, denn wir wissen, dass beispielsweise bei gentechnisch veränderten Rapssaatgut die Übertragung durch Bienen, durch Pollenflug vier Kilometer und weiter stattfindet, das heißt, eine Auspflanzung würde ganze Dörfer und ganze Gemeinden, die Ursprünglichkeit, die natürliche Produktionsgrundlage nehmen. Das ist für die Biobauern entscheidend, aber auch für die konventionelle Landwirtschaft. Beispielsweise gibt es bei der gentechnikfreien Rapsproduktion ein Erfolgsprodukt aus Oberösterreich, das sich am europäischen Markt sensationell verkauft. Es würde dort die Grundlagen, die Lebensgrundlagen, den Bauern nehmen und zerstören. Und deswegen ist für uns die Koexistenz, das friedliche Nebeneinander von Gentech, konventionell und Bio kein Thema und auch keine Lösung. Das müssen wir immer wieder der EU-Kommission, die von der Koexistenz träumt, in aller Deutlichkeit sagen.

Abg. **Dr. Frais:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Frau Abgeordnete Brunner, bitte.

Abg. **Brunner:** Sehr geschätzter Herr Landesrat! Eine Zusatzfrage: Die neue EU-Kommissarin Fischer Boel, Agrarkommissarin, hat jüngst Aussagen zum Thema Gentechnik und die Vorgangsweise getroffen, auch im Bereich der Koexistenz. Wie wird das in Zukunft dann für Oberösterreich ausschauen, wie wird die Vorgangsweise für Oberösterreich ausschauen?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Na ja, es war ja, wenn man die EU-Politik rund um die Zulassung von GVO und gentechnischen Pflanzen und Saatgut sieht, ein etwas widersprüchliches Verhalten in den letzten Jahren. Zunächst hat man zugelassen. Dann hat man vier Jahre lang nichts getan, weil man offensichtliche selbst Angst bekommen hat, dieses berühmte Moratorium, weil man gesehen hat, dass Dinge, die für unmöglich gehalten wurden, trotzdem stattgefunden haben, nämlich ein Überspringen der Resistenzen. Und jetzt, im Hinausgehen quasi, hat die letzte Kommission noch einige Zulassungen getroffen. Aus meiner Sicht war das ein nicht sehr kluges Verhalten.

Denn, wenn man sich die Meinungsbildung auf europäischer Ebene, die demokratische Meinungsbildung auf europäischer Ebene, ansieht, dann weiß man, dass im Parlament selbst, noch dazu gestützt durch die neuen Beitrittsländer, eine klare demokratische Mehrheit gegen den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen und Gentech in der Landwirtschaft vorhanden wäre. Nur das Parlament kann abstimmen. Das nützt nichts, wenn die Kommission, die derzeit noch das Recht hat, die entsprechenden Zulassungen auszusprechen. Das heißt, unser Ziel muss sein, diese Zukunftsfrage für Europa, ich habe es schon gesagt, wenn einmal etwas ausgesetzt ist in die Natur, ist es nicht mehr rückholbar, diese Zukunftsfrage vor die demokratischen Gremien Europas, letztlich vor das Parlament zu bringen.

Und wir haben mit unserer Nichtigkeitsklage, dieses kleine Land Oberösterreich, dieser kleine Landtag, eigentlich den europäische Stier bei den Hörnern genommen und gesagt, wir

Oberösterreicher wollen es wissen. Haben wir das Recht in dieser Frage für uns selbst zu entscheiden mit dem Verbotsgesetz, oder entscheidet Brüssel? So nach dem Motto, was wir für gut halten, muss für euch auch gelten. Ich weiß schon, dass uns viele sagen, mit dieser Klage, mit diesem sturen oberösterreichischen Weg der Selbstbestimmung, da werdet ihr mit dem europäischen Recht Probleme bekommen. Ich meine aber, es darf nicht alles in Europa dem Wettbewerb untergeordnet werden, sondern es gibt auch sensible Fragen, um deren eigenverantwortliche Lösung, um deren Selbstbestimmung wir eben vor dem europäischen Gerichtshof geklagt haben. Hinter den Kulissen hört man auch aus Brüssel, dass viele dieser Klage besondere Bedeutung, grundsätzliche Bedeutung zumessen. Nicht umsonst wird ja diese Frage über Monate schon wie eine heiße Kartoffel in Brüssel von einem zum anderen weitergegeben. Aber es gibt Signale, dass sie heuer noch entschieden werden soll.

Die Aussagen der EU-Kommissarin, der neuen, stärken uns in dieser Richtung. Denn, sie hat mehr oder minder am Rande der grünen Woche in Berlin einbekannt, dass das bisher verfolgte Konzept der Koexistenz nicht haltbar ist. Nicht haltbar ist, denn die Risiken der Verschmutzung bei zu geringen Abstandsbestimmungen sind zu groß. Die Kommissarin Fischer Boel hat da mit eigentlich unseren Argumenten klar Rechnung getragen und unsere Argumente bestätigt. Das heißt, ich bin eigentlich über die jüngste Entwicklung sehr glücklich, dass es diese Erkenntnisse jetzt auch in höchsten EU-Kommissionskreisen gibt.

Abg. **Brunner**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen dazu? Bitte, Herr Abgeordneter Ing. Aspöck.

Abg. **Ing. Aspöck**: Herr Landesrat! Was werden Sie machen, wenn jetzt der Frühling ins Land zieht und die Bauern wieder die Maschinen anstarten und anwerfen und den Anbau der Früchte vornehmen werden, dass wirklich nämlich gesichert ist, dass es zu keinem Ausbringen und es zu keinem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzgut kommen wird? Was werden Sie hier machen? Ich verweise noch auf unsere beiden freiheitlichen Anträge, die in den Ausschüssen jetzt beraten werden. Der eine eben, dass man kooperiert und zusammenarbeitet mit dem Landesproduktenhandel und dem Lagerhaus, dass es eben unterbunden wird, denn es ist, wie Sie es schon erwähnt haben, absolut wichtig, dass man hier hundertprozentige Gewissheit hat.

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Dr. Stockinger**: Also zunächst: Es gibt weder in Österreich noch in den meisten EU-Ländern kein GVO-Saatgut und es gibt in Österreich ein klares Verbot für dieses Saatgut. Es ist nicht zugelassen. Es darf nicht ausgesät werden. Und jemand, der das tun würde, riskiert nicht nur einen Gesetzesverstoß, sondern millionenschwere Haftungen. Der Bund hat die Haftungsbestimmungen nachgeschärft. Das heißt, ich gehe nicht davon aus, dass ein einzelner Landwirt so ein Risiko eingehen würde. Was hat er denn letztlich davon? Welchen Nutzen bringt ihm denn das? Und ich gehe auch nicht davon aus, dass es eine Saatgutfirma, eine internationale, ein Lobbyist probiert, denn er muss auch hier mit enormen Klagsforderungen und Haftungsforderungen rechnen.

Abg. **Ing. Aspöck**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landesrat. Die letzte Anfrage ist die der Frau Präsidentin Eisenriegler an die Frau Landesrätin Dr. Stöger, bitte.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 20.11.2004 wurde die mit dem neuen Tierschutzgesetz eingeführte Funktion der Tierschutz-Ombudsperson mit einer dreiwöchigen Bewerbungsfrist ausgeschrieben. Meine Frage an Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin Stöger: Ist die Entscheidung über die Besetzung dieser Funktion bereits gefallen?

Erste Präsidentin: Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin **Dr. Stöger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Präsidentin Eisenriegler, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben unter den 21 BewerberInnen eine Tierärztin gefunden, die den fachlichen Voraussetzungen entspricht, wobei interessanterweise bei dieser Ausschreibung klar wurde, dass eine Zusatzausbildung gefordert war, und zwar der Fachtierarzt für Tierhaltung und Tierschutz, und daher die breite Basisausschreibung, dass auch Absolventen der Veterinärmedizin oder Zoologie ad absurdum geführt wurde. Das hat natürlich den Personenkreis weiter eingeschränkt. Also, wie gesagt, eine Tierärztin. Wir führen mit ihr derzeit Gespräche, wobei sie sehr hohe Forderungen stellt und wir teilweise auch abhängig sind von der Entscheidung des Präsidiums wegen einer Zurverfügungstellung des Büros und von Seiten der Personalabteilung, weil sie zwei MitarbeiterInnen fordert.

Erste Präsidentin: Eine Zusatzfrage? Bitte, Frau Präsidentin.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Das leitet gleich über zu meiner Zusatzfrage. Meiner Information nach gibt es derzeit in Wien, in Niederösterreich, in Kärnten und sogar im Burgenland Vollzeitstellen. Die übrigen Bundesländer, soweit das bekannt ist, haben zumindest Halbtagsstellen eingerichtet. Das kleine Vorarlberg hat einen Tierarzt ein Drittel der Zeit dienstfrei gestellt. Das heißt, so wie es aussieht ist Oberösterreich mit der geplanten geringfügigen Anstellung wieder einmal Schlusslicht. Meinen Sie nicht, Frau Landesrätin, dass es auch in Oberösterreich eine solche Vollzeitstelle geben soll, nachdem die Einwohnerzahl von Oberösterreich durchaus mit Wien und die Verhältnisse in Oberösterreich mit Niederösterreich vergleichbar sind?

Erste Präsidentin: Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin **Dr. Stöger:** Wir haben mit der Bewerberin über einen Halbtagsjob gesprochen. Deswegen, weil sie auch noch auf der Universität in Wien beschäftigt ist mit einem Stundenlohn von 20 Stunden pro Woche. Das war ihr Angebot. Und warum wir immer noch hängen ist, weil sie 37 Euro pro Stunde fordert. Wenn wir das umrechnen, würde das einer Einstufung in die Dienstklasse 9 entsprechen, so wie sie der Landesamtsdirektor, der Landespersonaldirektor, der Landesfinanzdirektor und der Landespräsidialdirektor haben. Also, es ist klar, dass wir diese Verhandlungen weiterführen wollen. Sie glaubt mit 20 Stunden ein Auskommen zu finden. Wir haben keine Erfahrungswerte. Und wir haben uns natürlich den Vergleich mit den anderen Bundesländern angeschaut. Aber teilweise wurden dort diese Positionen mit Personen besetzt, wo wir eine Unvereinbarkeit gesehen hätten, weil teilweise auch Personen im Landesdienst, die Amtstierärzte sind, diese Funktion wahrnehmen. Und das war für meine Begriffe für die Tierschutzombudsfrau nicht akzeptabel.

Erste Präsidentin: Danke.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Die Unvereinbarkeit, die gibt es da und dort. Aber nicht in den Bundesländern, die ich aufgezählt habe.

Landesrätin **Dr. Stöger**: Korrekt, aber wir haben einen gesamten Bundesländervergleich gemacht, den ich Ihnen gerne auch zur Verfügung stellen kann schriftlich, wenn Sie ihn brauchen.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Bitte, ja. Ich hätte noch eine Frage: Möchten Sie persönlich als Tierschutzreferentin, dass die Stelle eines Tierschutzombudsmenschen entsprechend wirksam ist und tatsächlich Auswirkungen auf die Kontrolle der Durchführung des Tierschutzgesetzes hat?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Selbstverständlich! Das ist auch mein Bestreben. Und deswegen haben wir uns auch um eine entsprechend kompetente Persönlichkeit bemüht und auch um jemanden, den wir als unvoreingenommen sehen. Tatsache ist, wir stecken in den Verhandlungen, weil die Vorstellungen, die wir bieten wollen, und die Vorstellungen, die diese Tierärztin hat, noch sehr differieren. Sollten wir hier zu keiner Einigung gelangen, weil bis jetzt hat sich nur die ursprüngliche Forderung von 40 Euro pro Stunde auf 37 Euro pro Stunde erniedrigt, ich habe Ihnen schon gesagt, welchem Gehaltsschema das entsprechen würde, noch dazu wo sehr viele Bedenken natürlich bestehen, weil in einem freiem Werksvertrag, den wir anbieten können, gewisse Unsicherheiten auch bezüglich Aufgabenstellung und Aufgabenwahrnehmung vor allem bestehen, also mit einem Wort, wir werden hier die Verhandlungen weiter führen. Sollten wir hier zu keinem Ergebnis kommen, müssen wir noch einmal ausschreiben. Allerdings, nachdem bei 21 Bewerberinnen eine wirklich die Befähigung gebracht hat, wird es natürlich fraglich sein, ob wir eine besser geeignete Person finden.

Erste Präsidentin: Danke.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Eine Bemerkung noch! 40 Euro bekommt ein Tischler auch, der ins Haus kommt. (Zwischenruf Abg. Schenner: „Was?“)

Landesrätin **Dr. Stöger**: Na dann sind unsere Landesbeamten also sehr schlecht bezahlt. (Heiterkeit. Beifall)

Erste Präsidentin: Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Danke Frau Landesrätin. Die Fragestunde ist geschlossen. Der Herr Schriftführer wird uns jetzt den Eingang bekannt geben, bitte.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen. Die Beilage 414/2005, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Gleichbehandlungsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten über den Zeitraum 2001 bis 2004. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters die Beilage 415/2005, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 416/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Frauenstiftung soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 417/2005, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen gegen Stalking keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 419/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend organisatorische Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 420/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend erhöhte Transparenz des Landesbudgets soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 421/2005, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Zählregel in Omnibussen soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 430/2005, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend EU-Dienstleistungsrichtlinien soll ebenfalls gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Ich danke dem Herrn Schriftführer, dem Herrn Abgeordneten Bernhofer. Die von ihm verlesenen Beilagen liegen entweder auf Ihren Plätzen schriftlich in Papierform auf oder Sie sind Ihnen auf elektronischem Wege zugegangen.

Wir behandeln zu Beginn die Dringlichkeiten und beginnen mit der Beilage 416/2005. Die Beilage 416/2005 ist ein Initiativantrag betreffend eine Frauenstiftung. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede und erteile der Frau Kollegin Jahn das Wort. Bitte.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! 35 Prozent verdienen Frauen in Oberösterreich weniger als Männer, und das bei Vollzeitbeschäftigung. Die Frauenarbeitslosigkeit steigt stark an. Und Frauen haben die am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze. Wir wissen auch aus allen Prognosen, dass Frauen zwar mehr Beschäftigung in Zukunft haben werden, mehr Beschäftigungszuwachs auch als die Männer, nur es werden in erster Linie schlecht bezahlte Arbeitsplätze und welche mit geringen Aufstiegsmöglichkeiten sein. Und daher wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, die Möglichkeit haben, im Rahmen einer Stiftung eine Ausbildung ihrer Wahl nachzumachen oder eine Weiterbildung zu machen. Wenn hier nicht rasch gegengesteuert wird, wird sich die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt weiter verstärken. Es geht hier vor allem um jene Frauen, die derzeit keinen Zugang zum Instrument einer Stiftung haben. Wenn etwa ein großer Betrieb geschlossen wird, dann gibt es ja üblicherweise Sozialplanverhandlungen mit den Gewerkschaften und dann werden Stiftungen eingerichtet. Es gibt auch einzelne große Betriebe, die sich freiwillig zusammenschließen um ihren Arbeitnehmern, die sie kündigen, die Möglichkeit einer Stiftung zu eröffnen. Wir brauchen dieses Instrument auch für jene Branchen mit sehr, sehr hohem Frauenanteil und vor allem auch für Klein- und Mittelbetriebe. Diese Frauen haben derzeit die Möglichkeit einer Stiftung nicht.

Ich möchte auch ganz kurz die Vorteile so einer Stiftung erwähnen. Das ist eine Ergänzung zu Maßnahmen des AMS. Das soll keine Maßnahme des AMS ersetzen, denn eine Stiftung führt ja eine Ausbildung nicht selber durch, sondern managt den Bildungsplan einer Frau. Das funktioniert so, dass ab Beginn der Arbeitslosigkeit die Frau von einer Stiftung begleitet wird, sowohl bei der Berufsauswahl, bei der Berufsorientierung als auch dann bei der Qualifizierung bis zum Wiedereinstieg in den Beruf. Das kann man mit dem AMS in Kooperation machen mit den bestehenden Instrumenten, die es dort auch jetzt gibt. Es ist bei einer Arbeitsstiftung die Vermittlungsquote sehr hoch, zwischen 80 und 90 Prozent, und vor allem die Phase der Arbeitslosigkeit wird ganz kurz gehalten. Die Möglichkeit der Frau ist sofort hier einzusteigen. Es gibt auch eine Reihe von Berufen mit sehr guten Zukunftsaussichten, und es geht darum, dass diese Berufe auch für Frauen aufgeschlossen werden, dass Frauen die Möglichkeit haben, in diese zukunftsorientierten Berufe aufqualifiziert zu werden.

Es sind die Hälfte aller arbeitslosen Frauen, die keinen Berufsabschluss haben. Auch bei Männern ist dieser Anteil sehr hoch, nur die Gesamtbenachteiligung der Frauen beim Einkommen ist enorm. Wir wissen auch von der Frauenstiftung Steyr, die ja hier sozusagen die Vorreiterrolle damals eingenommen hat als es in Steyr zu diesen strukturellen Problemen gekommen ist, wie erfolgreich so eine Stiftung agieren kann. Es ist aber dann aus Geldmangel die Frauenstiftung in Steyr im Wesentlichen zurückgefahren worden.

Es geht uns darum, dass das Instrument einer Stiftung für Frauen möglich wird. Selbstverständlich soll die im Rahmen bestehender Stiftungen abgewickelt werden. Das ist im Antrag auch so vorgesehen. Wir werden keine neue übergreifende Institution schaffen, sondern das Stiftungsinstrument für Frauen soll eingerichtet werden. Und die Grünen beklagen sich heute über die Medien, höre ich, dass wir den Antrag von ihnen abgeschrieben hätten. Also es braucht wirklich keine Abschreibübung, um auf Basis der schlechten aktuellen Einkommensdaten so eine Idee zu forcieren. Dazu sitze ich lang genug im AMS, dass das Thema einer Frauenstiftung von niemandem abgeschrieben zu werden braucht. Wenn ihr das im Programm habt, warum habt ihr dann den Antrag noch nicht eingebracht? Es ist wirklich hoch an der Zeit. Aber ich bitte um eines, ich bitte sowohl die Grünen als auch den zuständigen Landesrat Sigl, hier nicht voreilig etwas abzulehnen womöglich oder zu sagen, na die Frauen haben beim AMS ohnehin mehr Geldmittel zur Verfügung als die Männer und die Frauenbeschäftigung nimmt (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Du weißt eh alles!") stärker zu. Ich weiß alles? Herr Landesrat, in diesen Fragen, selbstverständlich. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Du weißt alles!")

Der Punkt ist, Frauen sind an den schlechtest bezahlten Arbeitsplätzen und Frauen haben 35 Prozent Einkommensnachteil. Hier muss man alle Möglichkeiten nützen, um diesen Einkommensnachteil zu verringern und den Frauen die Möglichkeit geben, höherwertige Arbeitsplätze zu bekommen. Da ist eine entscheidende Frage die Qualifizierung dazu. Daher ersuche ich, hier wirklich ein Konzept zu entwickeln. Das ist nicht etwas, was man übermorgen macht, ein Konzept ressortübergreifend AMS, Land, Sozialpartner, um möglichst allen Frauen, möglichst vielen Frauen perspektivisch so eine Möglichkeit zu eröffnen. Das ist mein Ersuchen, und ich ersuche daher auch, der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen. Denn die neuesten Daten sagen dazu alles. Frauen brauchen die Chance, eine Ausbildung nachzuholen, ansonsten wird ihre Benachteiligung im Beruf noch stärker. Eine Arbeitsstiftung für Frauen wäre dazu ein wesentlicher Schritt vorwärts. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Lackner-Strauss.

Abg. Lackner-Strauss: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Jahn, Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Auch ich bin im Vorstand vom AMS und mir ist die Problematik wirklich sehr bewusst. Frauenpolitik soll auch unser Thema sein im Landtag. Die Schwerpunkte und Ziele der Arbeitsmarktpolitik im Land 2005 in Oberösterreich sind ja auch im Besonderen die Berücksichtigung von Frauen bei allen Maßnahmen; z.B. bei den Inplacement-Stiftungen, die durch das AMS gefördert werden, im Bereich der Technik, aber auch im Gender-Budgeting. 30.000 Frauen werden ja dem Bereich durch die Modelle des Beschäftigungs- und Qualifizierungspaktes unterstützt. Dazu gehören zum Beispiel auch die Beratung für Wiedereinsteigerinnen, die Kinderbetreuungsprojekte, aber auch die Kinderbetreuungsbeihilfe und die Qualifizierungsbeihilfe. Da sind 7.600 Frauen beschäftigt.

Auch bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Frauen, die bundesweit steigt, nicht nur in Oberösterreich, weist auch hier Oberösterreich mit Abstand die niedrigste Rate aus. Das soll natürlich trotzdem keine Entschuldigung sein, auch da ist Oberösterreich am besten. Oberösterreich ist aber auch mit Abstand das Bundesland, welches die größte Summe für aktive Arbeitsmarktpolitik investiert. Im Jahr 2004 zum Beispiel sind insgesamt 50.000 Personen im Rahmen des Beschäftigungs- und Qualifizierungspaktes unterstützt worden mit insgesamt 99 Millionen Euro. 39 Millionen Euro davon werden aus den Mitteln des Landes Oberösterreich aufgebracht.

Ich glaube wirklich, dass im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen noch viele Initiativen gesetzt werden müssen. Aber ich denke, es sollten keine Einzelmaßnahmen sein, sondern für bestehende Einrichtungen gemeinsam ein Projekt und ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Zum Beispiel, es gibt ja schon das Forum "aktive Arbeitsmarktpolitik", wo die Sozialpartner, AMS und der Landesschulrat involviert sind.

Wir werden aus diesem Grund der Dringlichkeit nicht zustimmen und werden es im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten behandeln, denn die Themen sind uns wirklich wichtig, aber wir sollten ein gemeinsames Projekt erarbeiten und nicht wieder zusätzlich eine Stiftung. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Präsidentin Eisenriegler.

Abg. Präsidentin Eisenriegler: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe KollegInnen! Frau Kollegin Jahn, der Vorteil, den die Grünen haben ist, dass wir nicht unbedingt Dringlichkeitsanträge brauchen, sondern dass wir Arbeitsübereinkommen haben und Sachen direkt vereinbaren können. Das ist auch nachzulesen im Internet. Da steht, arbeitsmarktpolitische Anreize zur Reduzierung der Frauenarbeitslosigkeit nach dem Beispiel der Frauenstiftung Steyr umfassen auch innovative Berufsorientierungs- und Fortbildungsprogramme für Frauen. Das heißt, das hätten wir irgendwie schon festgehalten. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Längst im laufen!") Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber es ist nichts passiert!")

Ich gebe Ihnen Recht, dass es dringend notwendig wäre hier etwas zu tun. Die Arbeitsmarktinformatik vom Dezember 2004 zeigt auf, dass unter den 15- bis 24-jährigen vorgemerkten Arbeitslosen ein Zuwachs von 6,4 Prozent bei den Frauen ist. Bei den über Fünfzigjährigen gibt es einen Frauenanteil von plus 10,3 Prozent und bei den Langzeitarbeitslosen steigt sogar der weibliche Anteil auf plus 52,7 Prozent. Das sind zugegebenermaßen alarmierende Zahlen, wo tatsächlich etwas geschehen muss. Die Frage ist nur, ob das eine eigene Stiftung sein soll?

Dabei erinnere ich Sie an meine Kritik zum Frauenbudget, wo wir aufgezeigt haben, dass von insgesamt 1,1 Millionen Euro für Fraueninitiativen 250.000 Euro weggehen an PR-Geldern, und Frauenvereine vor der verschlossenen Tür sozusagen stehen und das Geld, das sie dringend bräuchten für Aktivitäten, nicht bekommen können, weil das in die Eigenwerbung geht. Das muss man natürlich auch sehen dabei. Ich denke, es muss um den Ausbau, es muss um die längerfristige und mittelfristige Absicherung der bestehenden Einrichtungen gehen, und es muss natürlich auch darum gehen, diese Einrichtungen weiterzuentwickeln. Es muss verbesserte Beratungsangebote für betriebliche Frauenförderpläne und die Förderung von Unternehmensgründerinnen geben. Es muss die Einrichtung und Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für nicht erwerbstätige Mütter geben. Es muss eine Forcierung des Angebots an Aus- und Weiterbildungen speziell für Frauen durch das AMS Oberösterreich eingerichtet werden. Es sollte eine Studie geben zum Thema Einkommensdisparitäten Frauen und Männer in Oberösterreich, denn auch hier ist Oberösterreich alarmierendes Schlusslicht. Es muss eine Evaluierung der Frauenförderpläne und der Einreichungsverordnung des Landes Oberösterreich geben. Da sind schon Gespräche im Gange. Und es muss das Vernetzungspotenzial bestehender Einrichtungen im Hinblick auf die schwerpunktmäßige Unterstützung von Frauen im oberösterreichischen Arbeitsmarkt gestärkt werden.

Das sind Forderungen, die wir einbringen. Die Unterlagen finden Sie in Ihren heutigen Sitzungsunterlagen. Ich denke, dass wir das Thema angehen müssen. Allerdings sehe ich die besondere Dringlichkeit nicht, sondern das sollte im entsprechenden Ausschuss ausführlich beraten werden. Deshalb bin ich zwar inhaltlich Ihrer Meinung, wir stimmen aber trotzdem der Dringlichkeit nicht zu. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag, eine Frauenstiftung zu installieren, einen Schwerpunkt zu setzen und diesen Antrag als dringlich einzubringen, dieser Antrag wird von uns Freiheitlichen unterstützt. Er wird deshalb unterstützt, weil auch wir sagen, in der zweiten Legislaturperiode haben auch wir Vorstöße gemacht seit Jahren, etwa die Besserqualifizierung der Frauen betreffend, andere Modelle zu entwickeln, und es geht nichts weiter. Wir haben Gespräche gehabt mit Vertretern der Wirtschaftskammer im Ausschuss, vom AMS, die uns Dinge präsentiert haben, die wir kennen, aber es ist auch dort leider zu keinen neuen Vorschlägen gekommen. Ich persönlich, es war ja auch meine Anregung, Fachleute beizuziehen, war sehr enttäuscht, weil ich mir erwartet habe, dass dort für uns Politikerinnen neue Ideen uns präsentiert werden, wo dann wir als Land Oberösterreich sagen können, in diese Richtung soll es gehen.

Es ist natürlich so, Frau Kollegin Lackner-Strauss, dass wir Einzelmaßnahmen setzen müssen. Die haben wir immer gesetzt. Wichtig ist aber auch, dass sie miteinander vernetzt und koordiniert werden. Ich denke nur daran, Frau Präsidentin Eisenriegler hat es leider vergessen, dass zum Beispiel die Änderung im Bildungskonto existiert, und da wird mir der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider zustimmen, für die Wiedereinsteigerinnen damals von uns gekommen ist, weil wir gesagt haben, die sollen auch im Bildungskonto ihre Berücksichtigung finden. Ich muss aber Ihnen natürlich jetzt auch eines sagen, liebe Frau Kollegin Jahn, mich wundert natürlich jetzt schon auch bei Ihren Ausführungen, wo ich sehr viel unterstreiche, dass wir zum Beispiel für Besserqualifizierungsmaßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, wie den Bildungsscheck, der individuell zu handhaben wäre, keine Unterstützung bekommen haben.

Und wenn Sie heute ausgeführt haben und auch in den Unterlagen, die Sie zugesandt haben, beklagen, 48 Prozent der arbeitslosen Frauen haben keinen Berufsabschluss, dann muss ich sagen, ich glaube, wir müssen noch wesentlich früher anfangen. Wie viele haben keinen Pflichtschulabschluss? Und es war zum Beispiel für uns nicht möglich, in einer schriftlichen Anfrage herauszufiltern, wie viele Jugendliche in Oberösterreich, und da sind halt auch stark Mädchen betroffen, nicht einmal den Pflichtschulabschluss haben, weil bis jetzt hat es keine dementsprechende Statistik gegeben. Also die Probleme beginnen ja schon wesentlich früher. Aber ich gebe Ihnen Recht, dass wir natürlich immer wieder die wirtschaftliche Situation im Auge haben müssen und daher eben auch neue Wege gehen sollen.

Deshalb werden wir, weil ich glaube, dass es wirklich eine brisante Frage ist, dem Antrag heute zustimmen. Ich erhoffe mir, Frau Landesrätin, und ich wünsche mir, dass wir im Unterausschuss, was die Frauenbeschäftigung betrifft, wirklich auch zu Lösungen kommen, möglichst rasch zur Umsetzung, die einfach den Frauen dienen, denn immer nur "reden" reicht nicht. Wir reden sehr intensiv und inhaltlich strukturiert, aber die Frauen warten auf Maßnahmen. Und die erwarte ich mir. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 416/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden, und ich weise diese Beilage dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zu.

Wir behandeln die Zuerkennung der Dringlichkeit zur Beilage 417/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen gegen Stalking. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile der Frau Präsidentin Weichsler das Wort.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Kollegin Orthner! Ich hoffe nicht, dass dieser Antrag, den wir hier eingebracht haben, das selbe Schicksal erleidet, nämlich dass das Thema zwar wichtig ist, aber nicht dringlich. Ich denke, gerade wenn ich mir jetzt die Diskussion des letzten Antrages, was eine Frauenstiftung in Oberösterreich betrifft, mitverfolgt habe, bei einer Problematik von 35 Prozent weniger Verdienstmöglichkeiten für Frauen, bei einem riesengroßen Anstieg an Frauenarbeitslosigkeit, bei einem riesengroßen Anstieg von Frauen, die nicht qualifiziert sind oder keinen Schulabschluss haben, dann zu sagen, wir kennen zwar das Thema, aber es ist nicht dringlich, das tut mir als Frauenausschussvorsitzende in Oberösterreich wirklich weh.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht, dass das Thema "Stalking" auch so lapidar abgehandelt wird, denn das ist ein Thema, dem wir uns gesellschaftspolitisch und auch gesellschaftsbewusst wesentlich mehr annehmen müssen. Worum geht es bei "Stalking"? Wenn ich denke, woher kommt denn eigentlich dieser Begriff und was bedeutet er übersetzt? Ich weiß also, er mag vielleicht, weil er aus dem Englischen kommt, etwas zur Verwirrung beitragen, aber "to stalk" bedeutet übersetzt nichts anderes als belästigen, jemanden verfolgen. Das mag vielleicht sogar ein bisschen eine Ironie sein, dass Stalking aus der Jägersprache kommt, wo es nichts anderes bedeutet als auf die Pirsch gehen.

Genau so gehört das auch übersetzt. Es ist, jemanden belästigen, jemanden verfolgen und auch auf die Pirsch gehen. Wir kennen Zahlen, geschätzte Zahlen in Wien, dass bei einer Millionen-Einwohnerstadt wie Wien geschätzt wird, dass im Durchschnitt 800 Personen jährlich davon betroffen sind. Ich möchte das gar nicht auf die Zahlen, die wir in Oberösterreich haben, umlegen, weil das sind auch mehrere hundert Personen, die unfreiwillig, ungewollt belästigt werden, verfolgt werden, Anrufe bekommen, die keiner haben will, Geschenke zugestellt bekommen, die niemand haben will, ständig verfolgt werden. Die Verfolger versuchen das Lebensumfeld der verfolgten Person auszumachen und immer wieder ungefragt aufzutauchen.

Es sind in erster Linie Frauen, 80 Prozent der Frauen, die davon betroffen sind, aber es sind auch 20 Prozent der Männer, die sich solchen Angriffen ausgesetzt fühlen müssen und das führt zu entsprechenden Problematiken. Leider ist die Handhabe in unserer Gesetzgebung nicht so, dass hier etwas dagegen unternommen werden könnte, denn Sie kennen vielleicht dieses Wort oder diesen Satz der sehr oft kommt: "Muss denn zuerst etwas passieren, damit mir geholfen wird".

Dieses Passieren in dem Fall geht dann in körperliche Gewalt und in entsprechende Übergriffe über. Aber das alles was im Vorfeld passiert, kann leider in unserer momentanen Gesetzgebung nicht verfolgt werden. Und dort ist eigentlich der Ansatz und wir haben schon sehr viele Länder, auch innerhalb der Europäischen Union, Deutschland arbeitet ja daran, in Holland gibt es ein derartiges Gesetz bereits, Kanada, Amerika kennen diese Problematik schon wesentlich länger als wir und verfolgen das auch gezielt und haben also auch schon eine Gesetzesgrundlage geschaffen, damit derartige Dinge auch eingestellt werden können.

Und ich denke es ist dringend notwendig, dass auch in Österreich ein derartiges Gesetz geschaffen wird und ich weiß, ich habe die neue Frau Justizministerin einmal sprechen gehört, sie ist sich dieser Problematik bewusst, ich hoffe auch, und das soll auch eine Unterstützung von oberösterreichischer Seite sein, dass sie das nicht nur gesagt hat, sondern dass das jetzt auch in Angriff genommen wird und entsprechend umgesetzt wird.

Vielleicht haben Sie die Rundschau beilage gelesen vom 12., 13. Jänner, wo sich also auch ein entsprechender Beitrag damit beschäftigt hat. Es ist leider immer wieder so, dass Stalking meistens mit prominenten Persönlichkeiten, wie es Schauspielerinnen sind, in Zusammenhang gebracht wird. Aber der tägliche Wahnsinn, der sich in der Bevölkerung abspielt und wie viele Frauen und Männer sich tatsächlich jeden Tag auch damit auseinandersetzen müssen, SMS zu bekommen, mit nächtlichen Anrufen bombardiert zu werden, verfolgt zu werden, ohne dass tatsächlich ein körperlich gewalttätiger Übergriff passiert. Das sind also Themen, die müssen wir jetzt wirklich angehen, denn es ist in unserer Gesellschaft leider vorhanden.

Ich hoffe, dass wir einen gemeinsamen Beschluss fassen können und ich wünsche mir auch, und diese Adresse richte ich an die Frau Justizministerin, dieses Thema ehestmöglich anzugehen und eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu schaffen, damit die Exekutive und die Behörden auch entsprechend einschreiten können. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Frauscher.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Mensch, jeder Bürger hat ein Recht auf Schutz seiner Privatsphäre, seines privaten Lebens. Wir haben es ja gerade gehört von der Frau Präsidentin Weichsler, es wird heute

dieses Stalking eigentlich nur in erster Linie mit Prominenten in Verbindung gebracht, wo man dann auch die Meinung hat, dass sich die ja ohnehin besser zur Wehr setzen können und dass das auch ein Teil ihrer Präsenz ist, den sie sozusagen miterdulden müssen.

Zu einem gewissen Teil ist das auch so. Wenn es aber dann gewisse Maßnahmen überschreitet, dann gleitet das Ganze ins Kriminelle ab. Es ist eben nicht so, dass es hauptsächlich Prominente betrifft, sondern hauptsächlich ganz normale Bürger und da wieder hauptsächlich die Frauen. Und auch die Täter sind aus allen Bevölkerungsschichten. Es gibt da Untersuchungen, das reicht vom Rentner bis zum Rechtsanwalt, vom Arbeitslosen bis zum Politiker, bis zum Moderator. Sämtliche Bevölkerungsgruppen sind da vertreten.

Es gibt ja mehrere Arten dieses Stalkings. Da gibt es einmal die, die sozusagen die Opfer mit ihrer Liebe verfolgen, die dauernd betonen wie sehr sie sie begehren und so weiter und natürlich dann, wenn diese Liebe nicht erwidert wird, logischerweise diese Motivation dann sehr oft in Hass und Rache umschlägt. Da gibt es aber auch die, die überhaupt keine Zuneigung empfinden, sondern von vornherein nur das Opfer quälen wollen. Das sind oft Menschen die sich einbilden, dass sie einmal bei gewissen Rechtsmeinungen oder bei Beleidigungen schlecht abgeschnitten haben. Und dann gibt es auch noch welche, die sogenannten Querulanten, die eigentlich mit ihrem eigenen Leben nicht zurecht kommen und diesen Frust so ausleben, dass sie eben alle anderen immer anzeigen oder irgendwelche anderen Dinge machen. Und das spielt sich sehr oft dann im Nachbarschaftsbereich ab.

Natürlich ist es so, dass wir hier massiv eingreifen müssen. Es wird Probleme in der Definition geben, wie kann man das abgrenzen, ab wann beginnt dieses Stalking, bis wohin ist es noch normal. Ab da wird es Definitionen geben müssen. Die Frau Präsidentin Weichsler hat ja gesagt, es gibt in Kanada, in den USA, Irland, Niederlande, Belgien dementsprechende Tatstrafbestände bereits jetzt. Da wird man sich anlehnen können. Es gibt auch Informationen, dass das Ministerium schon gewisse Vorarbeiten getätigt hat.

Wir sind selbstverständlich dafür, dass es nicht angehen kann, dass Menschen, speziell Frauen, hier einem Psychoterror ausgesetzt sind und keine rechtliche Möglichkeit haben, sich dagegen zu wehren. Aufgrund dessen, werden wir als ÖVP selbstverständlich diese Dringlichkeit unterstützen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Eisenriegler.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Weichsler hat schon sehr ausführlich ausgeführt, worum es geht. Kein Zweifel, dass hier vor allem für den Schutz der Opfer etwas getan werden muss. Der Unterschied zum vorherigen Antrag ist der, dass wir hier eine klare Forderung haben, wo wir uns von vornherein auch einig sind und wo wir nicht noch länger darüber reden müssen. Deshalb ist es auch so, dass wir dieser Dringlichkeit zustimmen.

Und ich hoffe, dass hier in absehbarer Zeit Abhilfe geschaffen wird, die meiner Meinung nach nicht nur in strengen Strafen besteht, weil das gibt es in Amerika und das ist bekanntlich auch nicht immer die Lösung vor Gewalttaten. Ich denke, dass es auch um Begleitmaßnahmen geht, vor allem analog zum Wegweisungsrecht, dass man die Möglichkeit hat, potentielle Täter von der Opfern in irgendeiner Weise fern zu halten. Und ich denke, um das geht es und damit sind wir einverstanden. Wir werden, wie schon gesagt, der Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, dass wir uns diesem Thema annehmen sollen, bekommt natürlich von uns jede Unterstützung, denn ich habe ja mit Frau Präsidentin Weichsler schon im Dezember beim Budgetlandtag darüber gesprochen und habe Sie informiert, dass Frau Justizministerin Miklantsch bereits eine Arbeitsgruppe installiert hat und am 25. November, also am Tag gegen die Gewalt, hat es eine Pressekonferenz gegeben und da hat die Frau Minister sehr wohl darüber berichtet, dass seit Sommer eine Arbeitsgruppe bereits an diesem Thema arbeitet. Das ist der eine Punkt.

Und Kollegin, Frau Präsidentin Eisenriegler, dir kann ich vielleicht auch die Information geben, dass auch im Justizministerium daran gearbeitet wird eine Regelung zu erarbeiten, was das Wegweiserecht betrifft, und zwar zum Beispiel eine Ausweitung auf sechs Monate, weil du ja gesagt hattest, du erhoffst dir in dem Zusammenhang auch etwas.

Es gibt ja auch, ich nehme an, dass das den Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten ja bekannt ist, eine gemeinsame Initiative der Frau Justizministerin Mag. Karin Miklantsch mit der Frauenstaatsrätin Mag. Sonja Meselli, die sehr wohl auch mit eingebunden ist und an dieser Initiative arbeitet.

Ich habe das jetzt deshalb in Erinnerung gerufen, weil mich trotz allem dann immer ein bisschen irritiert, dass, wenn schon Initiativen da sind, man so tut, als ob man ein neues Thema entdecken würde.

Ich weiß, dass das die oberösterreichischen Sozialdemokraten nicht so sehen. Aber bitte eine Ergänzung. Es wurde gestern im Parlament von den Sozialdemokraten ein Entschließungsantrag eingebracht. Sie sind eingebunden in die Beratungen und bringen, so wie gestern, einen Entschließungsantrag ein, dass die zuständigen Regierungsmitglieder da endlich aktiv werden sollen. Ich finde das eine sehr unfaire Art und Weise, noch dazu wenn bekannt ist, dass voraussichtlich Mitte bis Ende Februar einmal ein Zwischenbericht kommt. Diesbezüglich sind ja auf Wiener Boden alle Parteien mit eingebunden.

Ich darf mir aber in Bezug auf diesen Antrag erlauben, noch auf eine Sache einzugehen und da bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten sich dieses Themas anzunehmen. Wir sprechen hier über Psychoterror. Wir sind aber andererseits, bzw. ich bin gestern damit konfrontiert worden, dass der Sicherheitssprecher der Sozialdemokraten, Jarolim, zu der Studie, die in Linz veröffentlicht wurde bezüglich frühzeitiger Entlassungen aus den Gefängnissen von Tätern, die Sexual- und Raubdelikte begangen haben, gemeint hat, dass diese Studie vollkommen die Politik der Sozialdemokraten unterstütze und wenn in der Studie rauskommt, ich habe die APA da, Frau Landesrätin ich lasse sie Ihnen gerne lesen, weil ich glaube Sie sollten wissen, dass ich nicht einfach etwas zitiere, aber das ist ja eine Meldung die über die APA gekommen ist, er sagt, ich zitiere es jetzt genau am Mittwoch gegenüber dem SPÖ-Pressedienst: Die Studienergebnisse würden voll und ganz die seit langem dargelegte SPÖ-Position bestätigen. Wir brauchen keine Gefängnisse, sondern wir brauchen neue Systeme der bedingten Haftentlassung. Und wenn man sich aber nun anschaut, was bei dieser Studie rausgekommen ist, wo es eben nur um eine Erhebung, nicht mit fachlichem Hintergrund, gegangen ist und die Studiersteller sagen, angesichts der hohen Anteile jener, denen fälschlich eine negative Zukunftsprognose erteilt wurde, kommt die Studie zum Schluss, dass die vorzeitige Entlassung aus der Freiheitsstrafe weiter gefördert werden müsse, weil das Risiko bedingter Entlassung aus dem Strafvollzug jedenfalls verkraftbar sei.

Bitte in der Tat zu sagen, ein Restrisiko ist im Bereich der sexuellen Delikte oder der Raubdelikte verkräftbar, ist eine Ignoranz gegenüber den Opfern, die oft ein Leben lang traumatisiert sind. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Wenn Sie der Beilage 417/2005 die Dringlichkeit zuerkennen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 419/2005. Auch hier geht es um die Zuerkennung der Dringlichkeit. Der Initiativantrag handelt von organisatorischen Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile Herrn Kapeller das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Initiativantrag heute vorgelegt, damit wir die Möglichkeit haben, mit neuen Regeln bei zukünftigen Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen vorzugehen. Uns ist natürlich schon bewusst, dass eine neue Regelung, gerade bei Ausgliederungen, eine Verfassungsbestimmung ist und ein Dringlichkeitsantrag in diesem Bereich auch für uns eine nicht tagtägliche Vorgangsweise darstellt.

Aber im Hinblick auf die Dringlichkeit wollen wir den Antrag öffentlich machen und verhindern, dass er im Ausschuss oder in einem Unterausschuss so lange diskutiert wird, bis alle Ausgliederungen vollzogen sind. Dieser Antrag ist für uns daher ein dringliches Anliegen, da es im Land Oberösterreich Ausgliederungen gab und gibt, wo die Aufgaben des Landes nicht mehr durch die eigene Behörde wahrgenommen werden, sondern durch eigens dafür geschaffene ausgegliederte Organisationseinheiten erledigt werden.

Und in den meisten Fällen wird dafür die Form von Kapitalgesellschaften ausgewählt. Und nachdem ich davon ausgehe, dass alle hier im Haus befindlichen Regierungsmitglieder und Abgeordnete sehr verantwortungsvoll mit dem öffentlichen Eigentum umgehen, schlagen wir mit unserem Antrag folgende neue Vorgangsweise vor: Vor jeder Ausgliederung ist zuerst nachzuweisen, dass die gewählte Maßnahme, im Verhältnis zur bisherigen Organisation, den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit besser entspricht.

Und sollte dann nach dieser Überprüfung eine Ausgliederung besser sein als die bisherige Organisation und die Struktur einer Kapitalgesellschaft gewählt werden, dann sind diese mit Aufsichtsräten auszustatten, wobei wir vorschlagen, dass hier die Sitzverteilung in den Aufsichtsräten die Sitzverteilung in der Landesregierung widerspiegeln soll. Und sollte dann eine andere Form der Ausgliederung von öffentlichen Einrichtungen gewählt werden, weil die erste, die ich zitiert habe, hier nicht angestrebt wird, so ist eine Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung im Landtag erforderlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie der Dringlichkeit zu unserem Vorschlag über diese neuen Regeln bei der Ausgliederung zuzustimmen und dann auch im Anschluss dem Antrag zuzustimmen. Ich danke Ihnen dafür. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bernhofer.

Abg. **Bernhofer**: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Dringlichkeitsantrag darf ich grundsätzlich einmal feststellen, dass eine Zweidrittelmehrheit für organisatorische Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen offensichtlich derzeit weder im Bund noch in den Bundesländern vorgesehen ist. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Beim Statut Linz!“) So gliedert also auch Wien und ebenso unsere Landeshauptstadt Linz mit einfacher Mehrheit, gerade in letzter Zeit, sehr munter die verschiedensten Dinge aus.

Wir glauben prinzipiell, dass dieser Antrag, weil es eben hier derzeit noch eine sehr einheitliche Vorgangsweise von Bund und Ländern gibt und das etwas ganz Neues wäre, im zuständigen Ausschuss sehr gründlich beraten und überdacht werden muss. Und daher scheint unserer Meinung nach eine Beschlussfassung der Dringlichkeit sofort und am heutigen Tage nicht als sinnvoll. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Herr Klubobmann Trübswasser bitte.

Abg. **Trübswasser**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Die Problematik, die hier angesprochen wird in dem Dringlichkeitsantrag, ist tatsächlich vorhanden und wir haben ja bereits im Verlauf des vergangenen Jahres, im Spätherbst, uns anlässlich der möglichen Schaffung einer Holding im Landesbereich auch gesorgt um die weitere Zukunft der Energie AG.

Die Entscheidungen über solch maßgebende Ausgliederungen sind gründlich zu überlegen und sind auch durch eine entsprechende politisch legitimierte Mehrheit durchzuführen. Ich sage das so allgemein, weil wir in einen Bereich kommen, wo sehr vorsichtig umgegangen werden muss mit den Regeln, mit den Steuerungsmechanismen, das ist die Verfassung. Und ich denke, Verfassungsänderungen haben immer erst nach gründlichen Überlegungen zu geschehen. Das heißt nicht, dass diese Überlegungen lange dauern müssen, aber ich spreche mich sowohl für die Wichtigkeit des Themas als auch gegen eine, sagen wir eine schnelle Entscheidung aus. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, wir werden aber uns dieses Themas sehr eingehend widmen. Ich denke, es ist die Dringlichkeit auch nicht gegeben, weil nicht unmittelbar Ausgliederungen bevorstehen und es wird sicher in der Zwischenzeit keine Gefahr im Verzug sein.

Wir haben uns seinerzeit im November, Oktober sehr eingehend mit der Sicherung der Eigentumsverhältnisse von der Energie AG auseinandergesetzt und es war nicht leicht, innerhalb von einigen Tagen eine Rechtsmeinung zustande zu bringen, wie wir das am besten bewerkstelligen und wie können wir eine Holding schaffen, ohne dass eigentümerrechtliche Veränderungen stattfinden, dass weiterhin das Handlungsrecht beim Landtag oder zumindest bei der Landesregierung bleibt. Das war eine schwierige Materie, ich denke, wir sind gut beraten, wenn wir uns diesen Antrag oder dieses Ziel genau ansehen und ich schließe mich hier dem Vorredner insoweit voll an, wenn er sagt, dass der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung der richtige Ort ist, sich mit dieser Materie auseinander zu setzen. Wie gesagt, wir werden für die zügigen Verhandlungen Sorge tragen oder dazu beitragen und wir stimmen der Dringlichkeit dieses Initiativantrags nicht zu. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Herr Klubobmann Mag. Steinkellner bitte.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Freiheitlichen werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber auch inhaltlich nicht zustimmen. Ad eins wundert es mich, dass die SPÖ wiederum mit neuen Verfassungsbestimmungen beginnt und damit einem Einzementieren eines Systems das Wort redet, das also

entsprechend demokratisch einen Rückschritt bedeuten würde. Da wäre es so, wenn jetzt beschlossen würde, ohne SPÖ darf nichts passieren, es muss mitgestimmt werden. Das also vice versa genauso umgekehrt heißen würde, ohne ÖVP gibt es keine Entscheidung, weil es entscheiden nur die zwei Großparteien mit Zweidrittelmehrheit. Das geht in ein Mehrheitswahlssystem, wo kleinere Fraktionen in diesem System nichts verloren haben. Wenn die SPÖ das will, dass sie ein Mehrheitswahlrecht einführen möchte über Verfassungsbestimmungen, die überall durchgängig sein sollten, dann soll sie das aber auch ehrlich hier heraußen sagen.

Punkt zwei: Eine Verfassungsänderung mit Dringlichkeit zu beschließen in einer Dimension und Auswirkung, wie ich gerade beim Mehrheitswahlrecht angeführt habe, und das am heutigen Tag schnell durchzuboxen, ist demokratiemäßig wirklich unwürdig und ich hoffe, dass also dann die SPÖ jedenfalls im Ausschuss wieder zu einer gewissen Restsachlichkeit zurückkehrt, damit also hier nicht grundlegende demokratische Änderungen erfolgen, die vielleicht von einzelnen Abgeordneten auch nicht gewollt werden. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede, ich lasse über den Antrag abstimmen und bitte Sie, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 419/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Beilage 420/2005, auch hier geht es um die Zuerkennung der Dringlichkeit. Das ist ein Initiativantrag betreffend erhöhte Transparenz des Landesbudgets. Auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Frais das Wort, bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir feiern heuer 60 Jahre Zweite Republik. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer nicht willig ist und willens ist, die Geschichte unter dem Aspekt zu betrachten, dass wir daraus lernen sollen und in einem Prozess auch Veränderungen richtig erkennen und auch die entsprechenden Anpassungen vornehmen müssen, glaube ich, würde dieses Jahr nicht richtig verstanden haben. Es sind zwei Bereiche, um die es uns heute gegangen ist, einen hat der Kollege Kapeller ausgeführt, das sind im Wesentlichen zwei Grundsatzfragen für den Landtag. Und ganz offensichtlich ist manchen nicht klar, dass der Landtag eine wesentliche demokratische Kontrollfunktion einzunehmen hat in unserer Gesellschaft. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Antrag geht es darum, dass sich eine neue Situation entwickelt hat, weil über Gesellschaften, durch neue Vereinbarungen vertraglicher Art, Verpflichtungen über lange Jahre hinaus eingegangen werden und dass in diesem Zeitraum eigentlich beim Land außerbudgetäre Schulden, Verpflichtungen, Verbindlichkeiten und spätere Zahlungen auftreten werden, über die der Landtag nicht oder nur unzulänglich Bescheid weiß. Wir wollen deshalb nicht die Frage an sich, ob etwas wo geparkt wird, ob ein PPP-Modell abgeschlossen wird, mit diesem Antrag diskutieren. Uns geht es darum, dass der Landtag bei seinen Beschlüssen zum Budget und zum Rechnungsabschluss genau darüber informiert ist, welche Verbindlichkeiten außerhalb des Budgets für das Land Oberösterreich bestehen oder vom Land Oberösterreich eingegangen und später auch einzulösen sein werden. Wenn sich der Landtag dessen nicht bewusst ist, dass er über ein Teilbudget entscheidet und nicht bereit ist, zu sagen, wir möchten über ein gesamtes Oberösterreich-Budget entscheiden, dann glaube ich, hat er eigentlich sein Grundselbstverständnis aufgegeben.

Ich lade deshalb alle Fraktionen ein, wirklich mitzudenken und den eigenen Selbstwert des Landtags schon noch so weit zu sehen, dass er seiner zentralen Rolle gerecht wird und die Kontrollaufgabe und die Erstellung des Budgets als die zentralen Bereiche anerkennt. Unsere ganz einfache Formel lautet daher: Der Finanzreferent, die Landesregierung, soll all diese Verpflichtungen, die eingegangen worden sind, die bestehen, die einzulösen sein werden, in einem Anhang zum Rechnungsabschluss und zum Budget darstellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn man die Dringlichkeit heute wieder ablehnen wird vermutlich, verstehe ich nicht mehr, warum der Landtag mit dieser Frage, die so klar in Richtung Transparenz, Kostenwahrheit und Budgetwahrheit geht, seine eigenen Rechte letztendlich beschränken würde. Denken Sie bitte daran: Die Zweite Republik sollte eine Demokratie erleben, die sich entwickelt und nicht eine Demokratie, die sich zurückentwickelt. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Mag. Gumpinger das Wort.

Abg. Mag. Gumpinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Wir können als ÖVP-Fraktion diesem Geschäftsantrag auf Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir, so glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, erst vor wenigen Wochen das Budget beschlossen haben, ausreichend Zeit haben, in einem Ausschuss über solche Fragen zu diskutieren und deshalb es nicht erforderlich ist, in der heutigen Sitzung diesem Antrag zuzustimmen und es einfach sachlich besser ist, wenn man länger darüber diskutieren kann. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Der Rechnungsabschluss kommt im Mai!") Ja, ich glaube auch nicht, dass es möglich wäre, dann bis Mai derartige Auflistungen vorzulegen. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Da komme ich aber jetzt zur Sache selber ganz kurz, weil es mit der Dringlichkeit zusammenhängt, überhaupt zur Frage, dass dann, wenn man diesen Antrag liest, man zur Meinung kommen kann, dass der Landtag darüber zu beschließen hätte, wenn die Energie AG irgendwo einen Raum anmietet. Also so weit würde das gehen, weil es geht ja um Verpflichtungen und Verbindlichkeiten und die sind bei Mietverhältnissen zum Beispiel gegeben. Also ich finde das auch von der Logik her und von der Zweckmäßigkeit her es sehr, sehr problematisch, hier Firmen, die dem Land gehören oder wo wir beteiligt sind, Fesseln anzulegen, die den wirtschaftlichen Erfolg dieser Firmen gefährden, weil einfach dann Zustimmungserfordernisse entstehen, die alle lähmen. Und das ist nur ein Aspekt, da gäbe es jetzt viele Aspekte, darüber kann man, muss man diskutieren, wenn man darüber sinnvoll entscheiden will. Also es ist nicht erforderlich, diesen Antrag mit Dringlichkeit zu beschließen und wir werden deshalb dem auch nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, hohes Haus! Schon lange, bevor wir diese Diskussion heute im Landtag haben, war es ein Ziel, und wir haben einige Bereiche, kleine Bereiche bereits umsetzen können im Budget, was die Transparenz, die Lesbarkeit, die Vergleichbarkeit von Budget und Rechnungsabschluss betrifft, vollzogen. Wir sind mitten in der Diskussion, wir sind auch mitten in der Diskussion über andere Bereiche betreffend die Struktur des Budgets. Das betrifft nicht nur, Karl Frais, das betrifft nicht nur die Verbindlichkeiten, das betrifft nicht nur die abgeschlossenen PPP-Modelle, das betrifft nicht nur die Kredite, die aufgenommen werden und sonstige Rechtsverhältnisse, sondern es betrifft die Klarheit des Budgets und des Rechnungsabschlusses, betrifft natürlich auch die Struktur. Der Rechnungsabschluss und das Budget sind öffentlich zugänglich, aber sie sind über weite Bereiche von der Öffentlichkeit, von Menschen, die sich

nicht tagtäglich mit dieser Materie beschäftigen, nicht zu lesen und das Gleiche gilt natürlich auch für den Bereich der Förderungen des Landes. Auch die wollen wir öffentlich haben, das ist eines der erklärten Ziele der Grünen.

Nun, dieses Gesamtpaket, an dem wird längst gearbeitet haben und ich nehme diese Anregungen auf, diesen Bemühungen beizutreten oder diese Bemühungen zu unterstützen. Ich gehe noch weiter, mir ist dieser Antrag viel zu wenig weitreichend. Aus meiner Sicht, und darüber hat es noch keine Verhandlungen gegeben, ist diese Forderung der Offenlegung und Transparenz der Budgets durchaus auch den Gemeinden zumutbar. Und ich denke daran, dass die Gemeinden sehr wohl auch gut beraten wären, die Gemeinderätinnen und -räte zu informieren, wie die finanzielle Situation der Gemeinde ist. Aus diesem Grunde werden wir sehr eingehend über diese Materie sprechen. Das geht weit über diesen Antrag hinaus und wir werden das in einem Unterausschuss tun, aber nicht hier mit den Ungenauigkeiten, die natürlich bei einem schnellen Antrag immer wieder drinnen sind, die können wir heute nicht ausräumen und die können wir auch in der Kürze der Zeit, zur Verfügung stehenden Zeit, jetzt nicht klären. (Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Hättet ihr einen Zusatzantrag gemacht, Gunther!")

Zweite Präsidentin: Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag 420/2005 wird seitens der Freiheitlichen unterstützt und ich bin dankbar für diesen Antrag. Denn ein Landtag, der gar nicht wissen will, wie hoch die Schulden der eigenen Gesellschaften sind, der hat ja an und für sich ein Problem. Wir haften zwar für die Schulden, aber offensichtlich wollen wir sie nicht wissen. Wir haben Probleme eventuell mit den Gesellschaften, aber bevor wir uns mit den Problemen im Rahmen eines Anhangs damit beschäftigen, lehnen wir einmal vorerst den Antrag ab. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Zur Dringlichkeit!" Zwischenruf Landesrat Sigl: "Dringlichkeit!") Ja, es ist deswegen dringlich, weil ja in der Zwischenzeit bitteschön der Rechnungsabschluss erstellt wird und da bin ich auf Seite von Klubobmann Frais, der darauf hingewiesen hat, im Mai wird der Rechnungsabschluss auch in diesem Haus präsentiert werden und ich denke, es ist schon ganz interessant und ich gehe davon aus, dass wir erfolgreiche, eigene Unternehmen haben. Aber wir haben ja alle Landesimmobilien ausgelagert, wir haben mit der Energiewirtschaft, mit der Energie AG Oberösterreich, ein sehr großes Unternehmen, wo es auch um den Strompreis für alle unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher geht. Oder wir haben ein warnendes Beispiel im Burgenland mit einer eigenen Hypobank, wo es Probleme geben kann. Deshalb unterstütze ich den Antrag, und alle Abgeordneten, die wissen möchten, wie es denn wirklich in unseren Landesunternehmungen aussieht, kann ich nur zurufen: Wer keine Wissensverweigerung machen möchte, sollte diesem Antrag zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede, ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 420/2005 zustimmen, mit ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 420/2005 dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Es wurde vom Schriftführer weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 421/2005 vorschlagen, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend Zählregel in Omnibussen. Es ist ein Geschäftsbeschluss dazu erforderlich und ich eröffne über den Antrag, dass der

Beilage 421/2005 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Pilsner.

Abg. Pilsner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lieber Günther Steinkellner, danke für deine Unterstützung. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wenn du es gescheit machst, kriegst was!") Wenn du es gescheit machst, kriegt man eine gescheite Unterstützung, gell? Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es geht hier um den Initiativantrag 421/2005, und zwar, immer wieder werden Schulkinder Opfer von Verkehrsunfällen. Ein besonders großes Risiko oder Risikofaktor ist die derzeit geltende Zählpraxis in Schulbussen, wonach drei Kinder unter 14 Jahren nur als zwei Personen gelten. Das bewirkt, dass Schulbusse oft völlig überfüllt sind und viele Kinder keinen sicheren Sitzplatz haben. Bei einem Unfall oder bei einer Notbremsung sind Kinder ohne Sitzplatz und ohne angegurtet zu sein gefährdet. Im privaten PKW weiß man das, gilt selbstverständlich die Gurtepflicht, man wird sogar hoch bestraft, wenn man sich nicht anschnallt, zu Recht. Gurte, wissen wir, erhöhen die Sicherheit. Dass aber ausgerechnet in jenem Verkehrsmittel, mit dem täglich tausende Schüler unterwegs sind, Sicherheit offenbar weniger zählt als im Privatfahrzeug, entbehrt schlichtweg jeder Logik. Gesundheit und Sicherheit unserer Kinder müssen für uns oberste Priorität haben.

Im Verkehrsausschuss vom 19. Oktober im Vorjahr haben wir bereits darüber berichtet und eine Initiative vorgelegt, die Änderung der Zählregel auf eins zu eins erhoben. Dieser Bericht wurde einhellig zur Kenntnis genommen. Der Landesverband der Elternvereine hat am 25. November 2004 auch hier seine Initiative unterstützt und die Bemühungen, hier entsprechend tätig zu sein, bekannt gegeben. Ein Entwurf für die 21. KFG-Novelle, dass wenigstens in Omnibussen und im Gelegenheitsverkehr die Zählpraxis auf eins zu eins geändert wird, wurde zurückgezogen, leider. Eine angekündigte parlamentarische Enquete zum Thema fand bis heute nicht statt. Vizekanzler Gorbach teilte in einem Antwortschreiben an Landeshauptmann-Stellvertreter Haider mit, dass er den Vorschlag auf Änderung der Zählregel begrüßt aber bisher keine finanzielle Lösung finden konnte. Gleichzeitig gibt es jetzt Gespräche mit dem Finanzminister und mit dem Sozialminister bzw. jetzt mit der neuen Sozialministerin. Ich hoffe, dass wir hier zum Ziel kommen. Ich ersuche daher den Landtag eindringlich, die Initiative von Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider und der SPÖ-Abgeordneten zu unterstützen, denn ich glaube, jedes Schulkind muss ein Recht auf einen ordentlichen, sicheren Sitzplatz haben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Jachs.

Abg. Jachs: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf gleich vorne weg festhalten, dass wir der Dringlichkeit der Resolution an den Bund zustimmen werden, weil auch wir, oder weil es auch uns ein besonderes Anliegen ist, die Sicherheit bei den Schülertransporten zu verbessern, und das auch möglichst bald zu erreichen. Zur Unterstreichung der Dringlichkeit möchte ich auch noch hier ein Ergebnis bekannt geben, dass bei einer Elternbefragung herausgekommen ist. Auch die Eltern sehen es als oberstes Anliegen, die Sicherheit bei den Schülertransporten zu verbessern. Ja, es gibt bei überfüllten Bussen, kommt es nicht nur zu Angstzuständen und zu Aggressionen, sondern es gibt darüber hinaus auch noch Drängeleien beim Ein- und Aussteigen, weil einfach zu wenig Zeit ist hier. Und ich glaube, wir müssen hier handeln, es soll nicht so sein, dass wieder vorher etwas passieren muss, und dann erst die Verbesserungen kommen, und es darf auch die Sicherheit unserer Kinder bei den Schülertransporten nicht an der Finanzierung scheitern, und so glaube ich, dass das neben anderen Verbesserungsmöglichkeiten auch ein richtiger An

satz ist, die Zählregel von 3 zu 2 auf 1 zu 1 herab zu setzen. Und das auch möglichst bald. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich zustimmen. Über die Notwendigkeit, hier eine Veränderung herbei zu führen also gibt es keine Diskussion, das haben die Vorredner bereits berichtet oder dargestellt, und dem schließen wir uns an. Wir stimmen diesem Antrag und auch der Dringlichkeit zu, ich möchte aber trotzdem das Zustandekommen dieses Antrags und die Geschichte, die Vorgeschichte ein bisschen erläutern. Und muss da doch sehr wohl darauf hinweisen, dass diese Zählregel, die aus unserer Sicht, aus unserer Sicht aller unverständlich ist, eine Angelegenheit ist, die zurück geht in eine Zeit, wo ein Caspar Einem Verkehrsminister war, und das also mit der Post so geregelt hat, dass man also wirklich davon Abstand nehmen soll, dass die derzeitige Bundesregierung, oder wer auch immer vielleicht im Hintergrund dieser unverständlichen Regelung steht, sondern dass es darum geht, dass eine Bundesregierung in der jetzigen Form eben Dinge ausbessern muss, die in der Vergangenheit falsch gemacht wurden oder überhaupt nicht zufriedenstellend für die Bürger geregelt wurden. Das möchten wir einmal ganz deutlich sagen.

Das Zweite, was ich sagen möchte, dass unser Minister Gorbach sich der Sache bereits angenommen hat, und der entsprechende Briefwechsel ja vorliegt und auch mit der entsprechenden Datierung vorliegt, und dass jetzt in erster Linie der Finanzminister Grassler im Raume, oder zur ÖVP gehörend, natürlich zuständig ist, oder Farbe bekennen muss. Wenn man das einmal jetzt so sagen darf oder hier so sagen darf. Also, es stellt sich die Frage, warum wurde vor einem Jahrzehnt in etwa diese Zählregel eingeführt, was waren damals die Überlegungen, warum wurden damals Kinder als Person anders gewertet als es richtig ist? Waren es damals bereits finanzielle Gründe, dass diese Regelung zu Stande kommt? Und daher sind wir wirklich der Meinung, dass diese Zählregel geregelt gehört, auf neue Beine gestellt gehört, und wir werden diesem Antrag inhaltlich als auch in der Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Oberösterreich werden also täglich 145.000 Schüler von zu Hause zur Schule und wieder zurück in circa 1.000 Schulbussen transportiert. 300 davon sind Omnibusse. Wir haben 2003 120 Schulwegunfälle zu verzeichnen gehabt mit 129 verletzten Kindern, 17 davon sind bei Schulbusunfällen verletzt worden. Wobei man sagen muss, dass 44 Prozent dieser Fälle im Schulbus selbst passieren, und das ist eigentlich der Grund, warum dieser Antrag sehr sinnvoll ist und auch von unserer Seite her unterstützt wird. Es geht darum, dass die Zählregel 3 zu 2 auf 1 zu 1 geändert wird. Ich halte das für eine wesentliche Maßnahme, weil die derzeitige Regelung ein Überfüllen der Schulbusse legalisiert, vor allen Dingen in den Morgenstunden ist das ein Problem, und im Falle eines Unfalls ist eben die Gruppe der bedrohten Kinder eine wesentlich größere als würden wir die 1 zu 1 Regel anwenden.

Zweiter Grund, warum ich glaube, dass diesem Antrag zuzustimmen ist, ist der, dass die Aufmerksamkeit der Buschauffeure sich auf den Verkehr richten sollte, und nicht in den Innenraum des Schulbusses. Je mehr der besetzt ist, desto höher ist die Konzentration gestört. Wir haben zuerst gerade gehört, dass Überfüllungen Aggression auslösen. Ich denke, dass auch das ein Grund ist, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Ich mache darauf aufmerk

sam, dass 30 Prozent der Schulbusunfälle passieren, ohne dass ein anderes Verkehrsfahrzeug daran beteiligt ist, das heißt, aufgrund von irgendwelchen Fehlleistungen des Chauffeurs.

Dritter Grund ist für mich natürlich auch jener, dass der Landesverband der oberösterreichischen Elternvereine sich schon jahrelang dafür einsetzt, diese Änderung durchzusetzen. Sie wurde auch bei der letzten Generalversammlung wieder erhoben. Ich denke, dass hier sehr wohl Handlungsbedarf beim Minister Gorbach besteht, genau so wie ich glaube, dass entsprechender Handlungsbedarf bei Finanzminister Grasser vorliegt, sowohl was die Umsetzung als auch die Finanzierungsmöglichkeiten betrifft. In dem Fall geht es um die Sicherheit unserer Kinder, und wir werden dem Antrag die Dringlichkeit geben und auch inhaltlich zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich schliesse die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 421/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Es wurde ebenfalls angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 430/2005 vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage um einen Initiativantrag betreffend eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Ich darf dazu mitteilen, dass heute eine Obmännerkonferenz über die dringliche Behandlung der Beilage stattgefunden hat, und dieser Dringlichkeit dort einstimmig zugestimmt wurde. Gleichzeitig wurden die Beilagen mit der Nummer 418/2005 und 422/2005 von den Antragstellern zurückgezogen. Für die Zuerkennung der Dringlichkeit ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, und ich eröffne darüber die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Eingangs darf ich mich gleich einmal dafür bedanken, dass es auf der Grundlage unseres Initiativantrags heute in längeren Verhandlungen möglich war, aus einem Einparteiantrag einen Vierparteiantrag zu schmieden. Ich bedanke mich vor allem im Hinblick auf die Dringlichkeit und Wichtigkeit dieses Themas. Denn diese EU-Richtlinie, diese Dienstleistungsrichtlinie ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, WTO, GATs durch die Hintertür. Und wer es sich genauer anschaut, und wer sich damit näher beschäftigt, wird sehr rasch erkennen, dass hier die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer genau so wie die österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zutiefst betroffen wären und es letztendlich zu einem Lohndumping, zu einem Abbau von Sozial- und Arbeitnehmerschutz kommen würde, dass Konsumentenschutz und Ähnliches auf der Strecke bliebe. Wir sind deshalb mit der Absicht angetreten, der Österreichischen Bundesregierung klar und deutlich seitens des Oberösterreichischen Landtags mitzuteilen, dass diese Richtlinie in der vorliegenden Form von uns mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird. Wir glauben aber, dass es zweitens notwendig ist, die Abgeordneten zum europäischen Parlament von diesem Antrag in Kenntnis zu setzen, und sie ebenfalls entsprechend diesen Intentionen des Antrags in ihrem Verhalten zu bestärken.

Worum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren? Das erste Prinzip ist das Herkunftslandprinzip. Das bedeutet, dass Unternehmer letztendlich in der gesamten EU tätig werden können. Und dabei gilt jeweils das Herkunftslandrecht. Was es grundlegend bedeutet, rechtlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte sich jeder selbst ausmalen. Wir machen nicht mehr für das Inland rechtliche Bestimmungen in vielen Bereichen, sondern

wir machen eigentlich für Betriebe, die woanders wirken, mit anderen Arbeitnehmern, rechtliche Bestimmungen. Ein Wirrwarr, das nicht mehr zu enträtseln und nicht mehr zu lösen wäre. Zweiter Punkt: Es wäre ein ruinöser Wettlauf um die niedrigsten Sozial-, Berufsschutz- und Arbeitsrechtsstandards. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Weg in Preisdumping, in Steuerdumping, und ich sage das auch für die Unternehmer, in eine Situation, wo österreichische Unternehmer nur mehr die Möglichkeit hätten, entweder selbst Niederlassungen in Litauen oder Polen oder sonst wo zu machen, und dann in Österreich unter anderen Voraussetzungen arbeiten zu lassen. Sonst hätten sie wahrscheinlich große Schwierigkeiten, im bisherigen sozialpartnerschaftlichen Stil Arbeit zu geben oder auch Arbeit zu vermitteln.

Dritter Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der uns besonders stört. Es ist im Grunde in den Erläuterungen festgehalten, dass es einen Wettbewerb der unterschiedlichen Rechtssysteme geben soll. Und wer glaubt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man einen Wettbewerb von Rechtssystemen über den Preis an sich organisieren kann, dann weiß ich jetzt schon, da wird es bald wenig Konsumentenschutz oder kaum noch Konsumentenschutz, kaum noch Arbeitnehmerschutz, kaum noch sozialen Schutz und ähnliche Einrichtungen geben. Das ist ein falscher Denkansatz. Nur ganz kurz zwei Beispiele, meine Damen und Herren! Entsendet ein polnisches Unternehmen einen Mitarbeiter auf Dauer nach Österreich, so gilt für diesen nicht die Entsenderichtlinie, auch hier ist ein Missverständnis aufzuräumen, sondern ausschließlich polnisches Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Umgekehrt: Sucht sich ein litauischer Unternehmer in Österreich einen Arbeitnehmer, ausschließlich für seine Arbeit in Österreich, und schließt mit diesem einen litauischen Arbeitsvertrag, so ist dieser Arbeitnehmer nicht entsandt, sondern es gilt für ihn ausschließlich litauisches Arbeitsrecht. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir betrachten es tatsächlich als nicht denkbar, in unserem Europa, mit einer bestimmten sozialen Kultur, mit einer Arbeitskultur, in einer sozialen Marktwirtschaft über die Hintertür Neoliberalismus herein schleusen zu lassen. Es ist aber, wie ich bereits gesagt habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch eine wesentliche Frage der rechtlichen und innerstaatlichen Kompetenz, die wir verlieren würden.

Noch ein letzter Punkt. Es ist nicht so, dass es sich hier um kleine Bereiche handeln würde, sondern auch hier definiert die EU sehr deutlich, indem sie schreibt im Artikel 2, dass alle Dienstleistungen mit Ausnahme der Finanzdienstleistungen, der elektronischen Kommunikation, und der Dienstleistungen im Verkehrsbereich erfasst sind. Denn gemäß Artikel 4 Absatz 1 ist der Begriff der Dienstleistung so zu verstehen, dass er jegliche selbständige wirtschaftliche Tätigkeit umfasst, bei der einer Leistung eine wirtschaftliche Gegenleistung gegenübersteht. Und schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Daseinsvorsorge nicht zu definieren, und dafür bedanke ich mich, dass es aufgenommen wurde, wäre einer der gravierendsten Fehler. Dazu hat sich nicht nur der Oberösterreichische Landtag mehrfach bekannt, das wurde auch in der Oberösterreichischen Landesverfassung festgeschrieben, und ich bedanke mich, dass bei diesem Antrag auch darauf Rücksicht genommen worden ist. Ich hoffe, dass wir mit dem heutigen Schulterschluss einen wichtigen Beitrag leisten, dass diese EU-Richtlinie in der vorgegebenen Fassung, in der vorliegenden Form nicht zum Beschluss kommt. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Schürrer.

Abg. **Schürrer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Auch ich bin, und die ÖVP ist froh darüber, dass wir einen Vierparteiantrag hier im Landtag zu einem sehr wichtigen Thema, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Drei Parteien

haben unterzeichnet!“) okay, aber du kannst noch mitstimmen Günther, steht nichts dagegen, einbringen. Dass wir zu diesem Entschluss letztlich gefunden haben, dass wir bei einem derart wichtigen Thema eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Bund oder auch gegenüber der EU einnehmen, halte ich für besonders wichtig und bin sehr froh darüber, dass wir diese Einigung noch erzielen konnten, weil ich persönlich nicht sehr glücklich war, dass es hier zu unterschiedlichen Positionen kommt, obwohl im Inhalt die Ansätze ungefähr gleich waren.

Lieber Karl Frais, ja, du warst halt sehr pointiert, die Daseinsvorsorge ist im Prinzip nicht wirklich das Thema dieses Bereiches, darüber kann man diskutieren, ist aber nicht unbedingt die Debatte heute. Ich weiß, dass du in vielen Bereichen eher skeptisch bist, und ich sage jetzt einmal, vorsichtig bist, das ist auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich hoffe nicht, dass du damit verbindest, dass du damit auch Sorgen weckst, oder Ängste mobilisierst, die eigentlich unbegründet sind. Wenn ich zurück schaue, heuer vor zehn Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union geworden, auf Grund der positiven Zustimmung der Bevölkerung. Oberösterreich hat die Herausforderung angenommen und hat die Chancen genutzt. Oberösterreich hat besonders im Exportbereich einen enorm hohen Anteil österreichweit. Österreichweit haben wir einen Anteil von 26 Prozent am Export, aber nur 17 Prozent der Bevölkerung. Also sind wir das stärkste Exportbundesland. Allein 2003 bis 2004 ist der Export in Oberösterreich um zehn Prozent gestiegen. Und vor allem sind diese Exportsteigerungen in den neuen EU-Ländern passiert. Dieser Exportanteil, vorwiegend in die EU, schafft in Oberösterreich 200.000 Arbeitsplätze. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer hat das Land Oberösterreich diesen Europa-Center, den Export-Center gegründet. Vor allem für kleinere und mittlere Betriebe, und diese Initiative zeigt sich als sehr erfolgreich. Vor fünf Jahren waren es 3.000 Betriebe, die mit dem Export beschäftigt waren, jetzt haben wir 5.000 Betriebe, die sich am Export beteiligen. Das hat zur Wirkung, dass es ein Plus an Arbeitsplätzen von cirka 8.000 netto in Oberösterreich gibt. Und das ist sehr erfreulich. Bei der Arbeitslosenrate ist Oberösterreich seit fünf Jahren Staatsmeister. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit ist Oberösterreich unter den besten drei Ländern in der Europäischen Union.

Und mit ein Grund, und ich sage das da auch, gerade auch Richtung SPÖ, dass diese Erfolge durchaus dadurch zustande gekommen sind, weil wir miteinander, zum Beispiel das AMS und die Wirtschaft, die Wirtschaftskammer und alle Bereiche, auch die Arbeiterkammer, dass wir hier gemeinsam Initiativen gesetzt haben, und deswegen bin ich froh, dass wir eine gemeinsame Initiative zusammen bringen. Oberösterreich hat mit dieser positiven Nutzung der europäischen Möglichkeiten sich auch deutlich von allen Bundesländern, was die Arbeitslosenquoten betrifft, abgesetzt. Oberösterreich hat im Jahre 1994, also vor dem Beitritt, 5,4 Prozent Arbeitslosigkeit gehabt, Österreich 6,3, das ist ein Unterschied von 0,9 Prozent. 2004 hat Oberösterreich 4,4 Prozent Arbeitslosigkeit, Österreich im Schnitt 7,1 Prozent. Der Unterschied ist 2,7 Prozent, 0,994, das heißt Oberösterreich hat dank besonderer Leistungen unserer Wirtschaft und deren tüchtigen Mitarbeiter die Chance EU sehr, sehr positiv genützt. Jetzt geht es um die Frage der Dienstleistungsrichtlinie, die von der EU 2004 erarbeitet worden ist und die jetzt zur Diskussion kommt im Parlament in Brüssel und im Vorfeld im Nationalrat und die Länder sich auseinandersetzen müssen wie man mit diesem Vorschlag umgeht. Ich bin mit diesem Vorschlag auch nicht einverstanden in Detailfragen. Daher sind wir auch auf einer Linie. Was hier nicht passieren soll, dass es zu Dumpings kommt, dass es zu irgendwelchen Aushöhlungen des Arbeitsrechtes und des Sozialbereiches kommt. Ich möchte aber auch, dass die Standards, die wir in Österreich haben, nicht gesenkt werden, sondern dass sich die anderen Länder auf diese Standards einpendeln sollten, dann glaube ich, ist der Wettbewerb gleichgeschaltet und dann wird es zu keinen Ängsten kommen und zu keinen Problemen, dann haben alle die gleichen Waffen sozusagen. Und wir

werden die Zukunft nicht mit Billigprodukten und Billiglöhnen am Markt bestehen können, sondern wir werden mit der Qualität den Fortschritt vorantreiben und das in allen Bereichen. Also kein Abschotten, keine Freiheitsbegrenzungen auf der anderen Seite, daher klare Regeln, die wir in diesem Antrag auch gemeinsam fordern, um eine gute Entwicklung unserer Betriebe und deren Arbeitsplätze zu sichern. Daher stimmt die ÖVP natürlich diesem Antrag zu und ich lade auch alle anderen und auch die FPÖ dazu ein, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Es wird sicher kein Problem sein. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Gute Erfolge haben viele Väter und Mütter, Misserfolge sind meistens Kindesweglegungen. Das ist eine Tatsache. Ich halte diese Initiative, die jetzt gemeinsam zustande gekommen ist, wirklich für eine Sache, um die es einen Väter- und Mütterstreit geben kann. Ich möchte nur auf eines darauf hinweisen, bei aller Wichtigkeit des Themas, das wir heute im Landtag haben, nicht zu vergessen, dass unsere Wirtschaftssprecherin Bundesrätin Lichtenecker seit November dieses Thema auf das Tapet gebracht hat, dass unsere Fraktion im Parlament selbstverständlich daran arbeitet, aber dass vor allem die Grünen im europäischen Parlament, auf europäischer Ebene, wo dieses Thema ja eigentlich angesiedelt ist, sich sehr vehement mit diesem Thema auseinandersetzen. Tatsächlich aber wird das auch eine Angelegenheit sein, wo das Parlament eine Meinung dazu haben darf. Tatsache ist, dass wir bereits in einer Situation stehen, wo diese Öffnung des Marktes wirksam ist in vielen Bereichen. Ich brauche mir nur die Transportunternehmer mit ihren Anhängern mit Kennzeichen aus anderen Ländern ansehen. Auch Dienstleistungen, wenn sie von Unternehmern erbracht werden, sind bereits gang und gäbe in diesem Land, dass sie zu unterschiedlichen Bedingungen stattfinden.

Wir müssen eines erreichen, und das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen, um nicht ein Wort zu wiederholen eines Politikerkollegen, der nicht mehr auf der aktiven Bühne ist, ich will es nicht mit aller Klarheit sagen, sondern mit aller Deutlichkeit. Wir müssen so rasch wie möglich in der Entwicklung des gemeinsamen Europas zu gemeinsamen Sozial- und Umweltstandards kommen, aber nicht auf dem Niveau der Beitrittsländer, sondern auf unserem Niveau, auf dem Niveau, das Europa zukunftsfähig macht und das Europa für das kommende Jahrhundert fit macht.

Um welche Dimension es sich handelt, von der wir sprechen, von den Dienstleistungen, möchte ich nur eines anführen: Man schätzt ungefähr, dass 70 Prozent des BIP durch diese Dienstleistungen angesprochen sind und 70 Prozent des BIP schon ein sehr erheblicher, ein übergroßer Wirtschaftsbereich. Lassen Sie mich eines noch sagen, ich glaube, dass es wichtig ist, die Dienstleistungen, vor allem die im öffentlichen Interesse stattfinden (man kann sie nennen wie man will, Daseinsvorsorge oder im öffentlichen Interesse) die da sind, Gesundheit, Wasser, Bildung etc., dass diese Bereiche von dieser, sage ich einmal grenzüberschreitenden Erleichterung und Nichtregulierung am meisten leiden würden. Ich weiß, wir haben uns auch darüber verständigt, dass wir diesen Bereich vorsorglich, wenn auch noch jetzt nicht direkt betroffen, in unsere Resolution aufnehmen.

Und ich kann den Kolleginnen und Kollegen, die nicht bei den Verhandlungen zu dieser gemeinsamen Resolution dabei waren, auch sagen, dass ich mich wirklich bemüht habe und deswegen danke ich auch jenen, die dann letztlich beigetragen haben zu dieser gemeinsamen Resolution, dass es zu einem gemeinsamen Text gekommen ist. Denn ich denke hier verschiedene Wege zu gehen in dieser wichtigen Angelegenheit würde nur Schaden anrichten und würde der Sache nicht dienen. Nehmen wir die Vorteile eines großen Marktes, die ja

unbestritten da sind, aber nehmen wir nicht die Nachteile des Drucks von Sozial- und Umweltstandards nach unten. Das müssen wir auf jedem Fall verhindern und dazu muss auch jedes parlamentarische Mittel dazu Recht sein. Ich danke für die gemeinsame Resolution, die ich nochmals begrüße. Und wir werden selbstverständlich dieser Resolution gerne unsere Zustimmung erteilen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wolfgang Schürer, herzlichen Dank für deine nette Einladung, wir sollen diesem Antrag, diesem Dringlichkeitsantrag auch zustimmen. Ich werde dir etwas sagen, ich werde dich überraschen, wir werden es tun, nicht weil jetzt plötzlich wir als Freiheitliche EU-kritisch geworden sind, nein im Gegenteil, ich bedanke mich bei allen Parteien, bei den Grünen, bei der Österreichischen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten, die sich langsam wenigstens hier trauen, EU-kritisch zu werden. Es ist ja ganz schön, wenn wenigstens hier die Argumente, die wir seit Jahren immer wieder vortragen, gebracht werden mit Resolutionen, die übrigens durch die Oberösterreichische Landesregierung, die mit Ausnahme des Kollegen Sigl ja nicht mit Anwesenheit hier glänzt, an die Bundesregierung herangetragen werden sollten. Also, wo sind denn die Regierungsmitglieder? Die sollten sich ja natürlich mit den Argumenten, (Landesrätin Dr. Stöger kommt herein) danke, man braucht nur einen gewissen Ruf hier einmal vom Pult abgeben, dann kommen doch wenigstens einige, wenn es ja darum geht, (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Einige der ganz wichtigen sind da!") dass die Regierung hier in Oberösterreich an die Bundesregierung die Argumente weitertragen sollte.

Aber danke auch dem Wolfgang Schürer, der ganz klar festgestellt hat, dass ja bereits im Jahr 2004 diese Resolution beziehungsweise diese Richtlinie, Dienstleistungsrichtlinie, ausgearbeitet wurde. Jetzt weiß ich schon, dass der Kollege Stockinger in anderen Bereichen Probleme mit dem oberösterreichischen Kommissar Fischler hatte. Wahrscheinlich hat er das auch hier gehabt, weil sonst hätte ja jedenfalls das österreichische Kommissionsmitglied Fischler an der Ausarbeitung dieser Kommission nicht so aktiv mitgearbeitet. Vielleicht wird also die neue Kommissarin aus Österreich die oberösterreichischen Anliegen von der ÖVP ernst nehmen und mit mehr Nachdruck behandeln.

Aber auch an die Sozialdemokratie richte ich aus, dass also ein durchaus nicht ganz unbedeutender Kanzler namens Schröder in Deutschland wahrscheinlich diese Richtlinie jederzeit verhindern könnte, wenn er als Sozialdemokrat es wollte. Und ich darf in Erinnerung rufen, dass es Tony Blair in Großbritannien ist, auch nicht ein ganz unmaßgeblicher Mann in der Politik in Europa, der sich mit allen Mitteln dagegen wehrt, dass man Sozialharmonisierungen auf allen Ebenen durchführt. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: Wir sind in Österreich, Günther! Denke erstens einmal zurück!" Zwischenruf Abg. Präsidentin Eisenriegler: "Ist das ein Sozialdemokrat?") Tony Blair ist, glaube ich, ein Sozialdemokrat, danke. Er ist jedenfalls in der Sozialistischen Internationale, in der gleichen Dachorganisation wie die SPÖ. Und wir sollten an und für sich diese Resolution jeweils ergänzen, sodass die ÖVP mit Nachdruck dafür sorgt, dass die europäische Volkspartei diese Resolution übernimmt und auch zur Sicherstellung, damit man diese mächtigen EU-Politiker wie Schröder und Blair dafür begeistert, sollte auch die Sozialdemokratie aus Oberösterreich, die hier also eine neue EU-kritische Position erarbeitet hat, diese Resolution an ihre internationalen Parteifreunde Schröder und Tony Blair richten, damit auch hier der Wille der SPÖ weiter getragen wird.

Wenn man dann weiter die Punkte durchliest, was hier alles beinhaltet wird, dann frage ich, inwieweit der Sozialdemokratische Klub sich bereits über die EU-Verfassung auseinander

gesetzt hat. Ich habe ja heute in der Klubobmännerkonferenz angeregt, dass die Frau Präsidentin für alle Damen und Herren dieses hohen Hauses die EU-Verfassung zur Verfügung stellt, weil natürlich einzelne Bereiche hier sehr wohl inkludiert sind. Und wenn wir Daseinsvorsorge neu definieren wollen, hier von Oberösterreich aus, dann müssen wir uns natürlich dem Rahmen der EU-Verfassung entsprechend halten.

Also mein Dank gilt jedenfalls dieser EU-kritischen Entwicklung der ÖVP, der SPÖ und der Grünen, weil es dringend notwendig ist, diese kritischen Positionen herauszuarbeiten. Aber damit auch ganz klar ist, worum wird denn hier überhaupt diskutiert? Die Dienstleistungsrichtlinie, nämlich die Dienstleistungsfreiheit gibt es ja schon seit längerer Zeit, ist ja auch eine Grundfreiheit. Hier geht es ja nur darum, unter welchen Regelungen bei Angebot der Dienstleistungsfreiheit und Anwendung dieser auch Mitarbeiter beschäftigt werden können. Denn im Moment ist ja das Problem in Österreich, dass sehr, sehr viele Selbständige im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit natürlich selbständig die Tätigkeit bereits anbieten können. Und in Zukunft soll geregelt werden, wie weit Dienstnehmer durch die Dienstleistungsfreiheit von Richtlinien umfasst sind. Und da ist es richtig, dass man in Österreich besonders auf der Hut ist und nicht dem deutschen Beispiel etwa folgt, wo sich erst jüngst bei Kollektivvertragsverhandlungen in Berlin die Industrie mit den Reinigungsgewerkschaftern, da geht es nämlich um den sogenannten Kollektivvertrag der Reinigungskräfte, geeinigt hat. Da ist die Industrie reingegangen und hat gesagt, Kollektivvertrag minus 14 Prozent. Die Gewerkschaft hat in Berlin gesagt, nein, wir wollen 0 Prozent und es hat sich dann die Gewerkschaft mit der Industrie geeinigt mit minus sieben Prozent. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Also da kann man ja nur gratulieren. Gott sei Dank haben wir eine andere Regierung und haben bis jetzt keine Minusverzeichungen und Minuskollektivvertragabschlüsse wie in Berlin. (Beifall) Ich sage ja dieses Beispiel bewusst, weil also die Sozialdemokratie immer wieder darauf hinweist, was hier in Österreich alles nicht funktioniert. Ich sage hier danke an die Regierung, dass diese negativen Auswirkungen, nämlich des Lohndumpings nach unten durch die Regierung durch den entsprechenden freiheitlichen Einsatz verhindert wird. Denn in Berlin gibt es diese Minusabschlüsse und genau deshalb lade ich Sie ein, diese Minusabschlüsse für Österreich zu verhindern und nicht dem deutschen politischen Beispiel zu folgen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 430/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich darf Ihnen weiters mitteilen, dass schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben die Kopien dieser Anfragen und die zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen auf Ihren Plätzen aufgelegt beziehungsweise auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wir kommen nun zur aktuellen Stunde, die heute mit dem Thema lautet: "Die deutsche Sprache, Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Zukunft in unserer Heimat Oberösterreich". Ich darf Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner als Sprecher des antragstellenden Klubs das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird keine Vorlesung, ich erlaube mir nur zu zitieren, Artikel 5 unserer Landesverfassung, Landessprache in Oberösterreich ist die deutsche Sprache. Und das ist einmal das Grundprinzip unserer Landesverfassung, auf die wir ja auch alle vereidigt sind. Und die deutsche Sprache ist auch Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Zukunft in unserer Heimat. Am

28. Dezember 2004 wurde eine schriftliche Beantwortung des heute abwesenden und entschuldigten Landeshauptmannes Dr. Pühringer an mich übermittelt, wie es in den oberösterreichischen Schulen mit Kindern nichtdeutscher Muttersprache aussieht. In 22 Pflichtschulen gibt es bereits einen Anteil von über 50 Prozent von Kindern nichtdeutscher Muttersprache. Und dieses Problem ist ein Problem, das sowohl in Österreich als auch in Deutschland massiv das Bildungsniveau beeinflusst.

Die PISA-Studie, zu der wir später und in den nächsten Monaten intensive Beratungen einzugehen haben, ist eine Auswirkung daraus in Deutschland. Und ich zitiere nur einige sehr seriöse Zeitungen. "Süddeutsche Zeitung": Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert, wo nur noch der Lehrer Deutsch spricht. Schlechte Sprachkenntnisse türkischer Kinder sind nicht das einzige Problem, auch die Schulen sind der Situation nicht mehr gewachsen. Die "Welt am Sonntag": Schulen versagen bei Integration von Ausländerkindern. "Die Zeit": Mangelnde Sprachkenntnisse, Selbstghettoisierung, Ausgrenzung, die Bildungskatastrophe der ausländischen Schulkinder. Und da steht weiter, es hätte nicht PISA gebraucht, um die Bildungskatastrophe der Ausländerkinder zu erahnen. Nur 10 Prozent von ihnen schaffen das Abitur, jedes fünfte Migrantenkind hingegen verlässt die Schule ohne Ausbildung und damit ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und mehr als 60 Prozent der jungen Deutsch-türken und Deutschrussen sind am Anfang der Schulzeit zurückgestellt worden oder blieben wenigstens einmal sitzen. Und was tun? Hessens Regierungschef Roland Koch möchte Ausländerkinder erst einschulen, wenn sie richtig deutsch sprechen. Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel, SPD, will Quoten für ausländische Schüler an Schulen einführen, Quoten an den Schulen, um sie entsprechend zu verteilen, um die Integrationsmöglichkeit zu verbessern, übrigens eine alte Forderung aus einem freiheitlichen Volksbegehren aus dem Jahr 1992. Ich zitiere: Entspannung der Schulsituation durch Begrenzung des Anteils von Schülern mit fremder Muttersprache in Pflicht- und Berufsschulklassen mit höchstens 30 Prozent. Bei einem mehr als 30prozentigem Anteil von fremdsprachigen Kindern Einrichtung von Ausländerregelklassen. Das Problem wird sich in der Gesellschaft weiter fortpflanzen, das Problem wird immer nur durch ideologische Scheuklappen behandelt und wird nicht wirklich an den Wurzeln bekämpft.

In Bayern, ich zitiere "Die Welt am Sonntag", zeigt sich eine weitere, sehr negative Auswirkung, die in der Folge der mangelnden Berufschancen gerade dieser Migrantenkinder verbunden ist, das ist die Kriminalität. Zu diesem Ergebnis eine aktuelle Studie des bayerischen Landeskriminalamtes. Erstmals wird darin die Kriminalität junger Ausländer ohne ideologische Schallklappen wissenschaftlich analysiert. Die präzisen Zahlen für München: 11,2 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Alter zwischen 14 und 17 Jahren wurden als kriminelle Tatverdächtige erfasst im Gegensatz von nur 6,6 Prozent der deutschen Bevölkerung im gleichen Alter.

Und ich erinnere nur an die gestrige Berichterstattung der "Kronenzeitung": Kinderbande nach Überfall ohne Reue. Wir haben die Auswirkungen, wir haben die Probleme, aber wir haben weiterhin nicht den Mut diese Probleme, (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das ist ja genau diese Fremdenfeindlichkeit!") ja, das ist ja genau diese Reaktion, die ich mir erwartet habe von den Grünen, die immer wieder dahingehend geht, sobald man das Problem anspricht, wird man fremdenfeindlich. Nein. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Und warum bringst du das in Verbindung zu diesem Artikel?") Ich sage ganz im Gegenteil, den Kindern eine Zukunft zu geben und sie ordentlich in Deutsch auszubilden, ist sowohl für die österreichischen und oberösterreichischen Kinder mit der deutschen Muttersprache genauso wie für die Migrantenkinder eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Zukunft. Und wer den Kindern keine Chance gibt für eine entsprechende Entwicklung, um wirklich in der Zukunft be

stehen zu können, ob der Markt liberalisiert oder nicht liberalisiert ist, ob er eine Chance bekommt, hängt davon ab, ob sie tatsächlich auch in der Lage sind, die entsprechenden Anforderungen zu verstehen. Und zum Verständnis ist die deutsche Sprache notwendig. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Was hat das mit dem Thema zu tun?") Das habe ich gerade zitiert, das ist bayerisches Kriminalamt. Ich kann die Zahlen dir gerne nachher zur Verfügung stellen.

Die Freiheitlichen begegnen der Problematik mit vier Anträgen. Wir beginnen mit dem vierten Lebensjahr erstmals, weil es hier eine Möglichkeit gibt, über Fördermaßnahmen einzugreifen und wollen die Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind-Zuschuss. Es soll im vierten Lebensjahr, wo also ein Zuschuss geleistet wird, erstmals die Sprachmotorik festgestellt und sobald Defizite, sei es in der Erkenntnis der Sprache, sei es in der Motorik selbst, festgestellt werden, Fördermaßnahmen eingeleitet werden.

Zweite Maßnahme. Die Schulanmeldung soll nicht ein halbes Jahr vorher, sondern ein Jahr vorher erfolgen. Im Schuleinstufungsgespräch sollen die Sprachkenntnisse mit beurteilt werden und im Anschluss sofort das Kind, wenn möglich und wenn notwendig, Kind und Eltern mitgefördert werden, um die Voraussetzungen zu gewährleisten, dass auch Migrantenkinder ordentlich Deutsch können, wenn sie eingeschult werden. Wir wollen eine Senkung des Anteils der Kinder nicht deutscher Muttersprache in den Klassen und wir wollen verpflichtende Deutschkurse am Nachmittag.

Maßnahmen, die für unsere Kinder ganz wesentlich sind, denn eine sogenannte Unterrichtsbegegnung mit Kindern, die dem Unterricht nicht folgen können und das ewige Stören im Unterricht durch Begleitlehrer wirkt sich auch negativ aus. Ich glaube auch, weil der Herr Landesschulratspräsident hier anwesend ist, dass es notwendig ist, diese genauen Entwicklungen sehr exakt zu beobachten und auch die Chancen dieser Kinder wirklich genau zu erheben.

Wie schaut es denn in Österreich aus? Wie viele dieser Kinder kommen bis zur Matura, wie viele steigen vorher aus? Ich bitte euch wirklich alle miteinander diesem Problem jetzt nicht wieder ideologische Spuren umzuhängen, sondern zugunsten unserer Kinder in Oberösterreich die Maßnahmen zu ergreifen, die wir Freiheitlichen hier vorschlagen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dr. Aichinger.

Abg. Dr. Aichinger: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eigentlich mit so was wie einer tatsächlichen Berichtigung beginnen, denn mein Vordrucker erweckte den Eindruck, dass wir über das Schulsystem in Deutschland diskutieren. Wir reden über das in Österreich, denn alle Argumente waren ja aus Deutschland. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Die Probleme sind die gleichen!“) Die Probleme sind nicht ganz die gleichen, ich glaube, da gibt es hoch graduelle Unterschiede.

Ich beschäftige mich seit langen, berufsbedingt natürlich, mit Psychologie und bin fasziniert von der Physiologie des Gehirns, von den morphologischen und funktionellen Grundlagen unseres Denkens. Es ist wirklich eine phantastische Welt, beinahe ein Kosmos, eine Dimension, die wir noch lange nicht begreifen werden und es ist sicherlich eines doch der großen Geheimnisse, die in Zukunft geklärt werden mögen, sollten oder auch können. Dabei ist die Sprache und das Sprechen eines der komplexesten Vorgänge, die in unserem Gehirn passieren. Da werden Prozesse von ungeheuren Dimensionen in Gang gesetzt. Das Interessante ist, dass unser Denken nicht in Sprache erfolgt, sondern wir denken in Bildern. Auch

wenn wir an Zahlen denken, dann denken wir in Bildern. Sie kennen ja alle die großartigen Darbietungen bei irgendwelchen „Wetten dass“ oder wie auch immer, wo dann die Menschen sich Zahlenkolonnen merken und verschiedenste „Kunststücke“ aufführen. Sie können es nur deshalb, weil sie sich die Zahlen in Bilder umsetzen. Und das ist etwas ganz, ganz Entscheidendes, denn wir erinnern uns daher auch in Bildern. Das heißt, wir bewerten unsere Erinnerung je nach dem, wie diese Bilder abgespeichert wurden, unter welcher emotionalen Situation, welche Phantasien damit auch verbunden waren und welche Visionen wir damit verbinden. Das heißt, Sprache setzen wir um in Bildern.

Ich möchte Ihnen das nur kurz demonstrieren. Es gibt so viele „Sprachen“. Sprache, die verletzen kann, Sprache, die schmeicheln kann, die emotional berühren kann. Sprache, die sachlich ist und Wissen transportiert. Es gibt eine Sprache, die einschließt und es gibt eine Sprache, die ausschließt.

Im Antrag wird die deutsche Sprache angeführt. Und da erheben sich natürlich schon einige Fragen, zumindest für mich, von welchem Deutsch sollen wir eigentlich reden? Von dem der Dichter und Denker oder von dem Deutsch, wo wir aufrecht sitzen und stramm stehen? Sollen wir von jenem Deutsch reden der Romantik, girlandenreich, wo wir die blaue Blume gesucht haben oder sollten wir vom Deutsch der alten Helden reden? Uns ist in alten Mähren, gar wunders vil geseit / von helden lobebæren / von grôzer arebeit, und so weiter und so fort, das ist der Beginn des Nibelungenlieds. Oder sollen wir vom Deutsch der IT-Experten reden, die nur mehr in Piktogrammen sich verständigen oder sollen wir vom Deutsch der Wohlstandsverlierer reden oder von dem der Schicky-Micky-Szene.

Sie werden es gemerkt haben, bei jedem dieser Begriffe sind in Ihrem Kopf sehr verschiedene Bilder gekommen und es sind Wertungen passiert, es sind Zustimmungen oder auch Ablehnungen passiert. Sie merken, es ist ungeheuer wichtig, genau hinzuhören und die Botschaft auch zu verstehen und auch das wahrzunehmen, was vielleicht nicht gesagt worden ist. Denn Sprache kommuniziert selbstverständlich auch mit dem, was nicht gesagt wurde.

Daher nochmals zurück zum Antrag. Die deutsche Sprache, Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Zukunft in unserer Heimat Oberösterreich. Dass die Sprache Voraussetzung für Bildung und Ausbildung, usw. ist, das ist eigentlich eine sehr simple Feststellung. Ich glaube, da können wir alle zustimmen. Da brauchen wir nicht die Klängen kreuzen, da brauchen wir nicht darüber diskutieren.

Wenn wir daher diesen Teil weglassen, wenn wir diesen Teil weglassen im Antrag, dann wird's irgendwie spannend, dann wird's brisant, wir reduzieren deutsche Sprache und Heimat Oberösterreich. Vielleicht will jemand ausdrücken, dass jemand, der nicht deutscher Sprache mächtig ist in diesem Land, keine Heimat finden kann. Ich weiß es nicht. Es ist aber sicherlich in der Frage impliziert. Vielleicht war es auch gar nicht so gemeint. Ich nehme es wirklich auch ernst, ich nehme es ernst, ich nehme die Sorge um die Zukunft aller Kinder in unserem Land auch ernst und möchte auch festhalten, dass es in unserem Oberösterreich eine Reihe von Maßnahmen gibt, hier mit diesen jungen Menschen Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Wir wissen, Kinder lernen leicht, spielerisch sind sie erfolgreicher, wenn sie integriert sind, haben sie wesentlich höhere Lernerfolge als wenn sie im Sinne einer dauernden Ghettobil- dung vielleicht in reinen Ausländerklassen sich befinden. Bemerkenswert ist es sicherlich, dass die Situation in Oberösterreich sehr, sehr unterschiedlich ist und du hast es ja auch ausgeführt in deinen Zahlen. In den Bezirken ist sie heterogen die Zahl der Nicht-deutschen-

Muttersprache-Kinder in den allgemeinen Pflichtschulen Oberösterreichs, die variiert von 35 % bis hinunter auf 3 %. Also eine ungeheuer große Spannweite und was ich da dazu anführen möchte, weil es natürlich ein Problem der Städte und des städtischen Umfeldes ist. Das heißt auch ein Problem der Arbeitsplätze und wo die entstehen.

Jener Bezirk, der den höchsten Ausländeranteil hat in den Schulen, ist meine Stadt Wels. Nur, dort ist es nicht wirklich ein Thema, muss ich ganz ehrlich sagen. Da sind manche Dinge, die halt auch zu einem Thema gemacht worden sind. Es stimmt, es gibt 22 Standorte in Oberösterreich, Volksschulen und Hauptschulen, die über 50 % Kinder haben mit nicht deutscher Muttersprache. Und es passiert auch sehr, sehr viel. Aber das, worum ich bitten möchte oder wo ich die Vernunft einmahnen möchte, alle diese Maßnahmen müssen angemessen passieren. Sie müssen auf die Kinder ausgerichtet sein. Es soll doch nicht so sein, dass wir quasi, ein Bild wiederum zu nehmen, das Kind mit dem Bad ausschütten und es dann sprachlos in der Pfütze alleine sitzen lassen.

Wir haben manches noch nicht genutzt, das sei auch gesagt. Spracheingangsklassen, wie sie in der letzten Woche diskutiert worden sind, das wäre ein Modell, wie wir in Oberösterreich rechtzeitig auch darauf reagieren können. Es gibt aber bereits jetzt viele Maßnahmen. Die offene Sprachklasse und Fördermaßnahmen für jene Klassen mit unter 50 % Kindern mit nicht deutscher Muttersprache. Da passiert, wie gesagt, eine Reihe.

Man darf eines auch nicht vergessen, die Auswirkungen auf den Dienstpostenplan in Oberösterreich, ist ja auch nicht unbedeutend. 1.362 Dienstposten gibt es bei den Pflichtschullehrern in Oberösterreich alleine dadurch, dass wir eben diesen Prozentsatz an ausländischen Kindern oder Kindern allgemein in unseren Klassen haben. Das ist ja durchaus etwas Positives.

Vielleicht darf ich ganz kurz auf die Anträge eingehen, die im Laufe der Sitzung auch von den Freiheitlichen gekommen sind bezüglich der verpflichtenden Deutschkurse am Nachmittag. Förderunterricht ist verpflichtend, ganz egal, ob der am Vormittag oder am Nachmittag ist. Sobald es sich um einen Förderunterricht handelt, ist er verpflichtend.

Ich finde diese Idee zum Beispiel, die Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind-Zuschuss im Sinne einer Überprüfung der Sprachfähigkeit, des Sprachverständnisses, der Aufdeckung der Defizite, diese Idee finde ich durchaus unterstützenswert und ich glaube, dass wir hier auch sehr vernünftige Maßnahmen finden können.

Auch die Frage bezüglich der Senkung des Ausländeranteils in den Pflichtschulklassen kann schon aufgrund bestehender gesetzlicher Regelung getroffen werden. Man muss uns, das ist eine Aufgabe der Magistrate, einfach die Schulsprengel vergrößern. Dann kann man sehr wohl die Zahl der ausländischen Kinder in diesen Klassen steuern. Das heißt, ich will damit nur sagen, eine Reihe von Maßnahmen, die bereits gesetzt worden sind und wo wir, glaube ich, gemeinsam auf einem guten Weg sind.

Unsere Diskussion wird ja noch durch etwas anderes überlappt und fast zugedeckt, nämlich durch die Vorschläge, die derzeit auf der Bundesebene laufen. Da hat ja die Frau Bildungsministerin Gehrler zur Überraschung vieler vor kurzem die Fünf-Tage-Woche für alle Pflichtschulen propagiert und in diesem Zusammenhang auch gemeint, dass bei unzureichenden Sprachkenntnissen die Deutschkurse natürlich im Vorschulalter bereits angeboten werden sollten. Es ist auch festzuhalten, dass die Elternvertreter diese Vorschläge sehr wohl begrüßen.

Interessant ist auch, wie die Medien auf diese Vorschläge reagieren. Wenn ich nur den Standard nehme und du hast ja auch ein paar, jetzt ist er nicht mehr da, der Herr Klubobmann Steinkellner meine ich, ist aber schade. (Zwischenruf Abg. Moser: „Ich pass auf, ich sags ihm dann!“) Er hat ja auch ein paar Zeitungen zitiert. Ich darf nur zwei kurz nennen. Da hat es im Standard geheißen: In der Schuldebatte ist durch Bildungsministerin Gehrler Bewegung gekommen. Sie will ein volles Ganztagesbetreuungsangebot an den Schulen von Montag bis Freitag, und so weiter und so fort. Die kleine Sensation mit Beweislastumkehr für den Bedarf: Wer kein Ganztagesangebot will, muss das begründen. Das wäre ein Paradigmenwechsel oder ein zweites Zitat aus dem Profil: Die schwarze Bildungsministerin hat auf Angriff umgeschaltet, macht einen vernünftigen schulpolitischen Vorschlag nach dem anderen und fährt gut damit. Nicht die SPÖ, sondern die ÖVP wird demnächst als die Schulreformpartei gelten. Dann geht's da noch weiter: Wenn sich, liebe Freunde auf der linken Seite, wenn sich SPÖ und ÖVP einig sind, können sie all diese Hürden, die natürlich vor uns liegen, überwinden.

Der Schulgipfel am 15. Februar wird ja einen ersten Eindruck von der gemeinsamen Sprungkraft vermitteln. Ich meine daher, springen wir doch. Finden wir eine gemeinsame Sprache und damit schaffen wir auch die besten Voraussetzungen für die Zukunft für unser Heimatland Oberösterreich, aber ich meine, eine Zukunft für alle in diesem Land. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Eidenberger.

Abg. **Eidenberger:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Präsentation der PISA-Studie, sie war eigentlich nur das Tüpfelchen auf dem I. Zumindest haben danach viele vorgegeben, sie hätten es schon immer gewusst, manche sahen sich bestätigt, manche wiesen auf ihre Ahnungen hin. Aber eines ist klar, wir müssen unser Bildungssystem, unsere Bildungswege, unser Bildungsinhalte nicht nur marginal, sondern tatsächlich in den Grundfesten hinterfragen, europäischer und internationaler gestalten.

Angesichts eines - wie ich glaube - stark veränderten Umfelds, angesichts höherer Klassenschülerzahlen, angesichts der Tatsache, dass immer mehr Kinder mit nicht deutscher Muttersprache in unseren Klassen sind, ist es auch klar, dass es dem Lehrer nicht mehr möglich ist, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler im nötigen Ausmaß einzugehen.

Die Vorgangsweise, Neigungsgruppen und unverbindliche Übungen, vor allem aber Deutsch für Migrantenkinder zu reduzieren, den Förderunterricht in der Volksschule auf die Hälfte zu kürzen, war sicherlich nicht richtig. Weniger Förderung, weniger Differenzierung und weniger Unterstützung der Lernschwachen kann nicht unser Ziel sein.

Dass die Sprachkompetenz aber sehr wohl ein zentraler Schlüssel zu sozialer Kommunikation und zu gesellschaftlicher Teilhabe ist, so glaube ich, für uns alle unumstritten. Geht es nach der SPÖ, so soll zum Beispiel erreicht werden, dass alle Kinder, und ich sage alle, auch die mit nicht deutscher Muttersprache, sich im Kindergarten einfinden, um dort vor dem Schuleintritt tatsächlich auch das Rüstzeug mitzubekommen, um dementsprechend ihre schulische Laufbahn erfolgreich gestalten zu können. Darüber werden wir uns aber auch, wie ich glaube, im eingerichteten Unterausschuss dementsprechend fundiert noch zu unterhalten haben.

Wenn das Thema der heutigen aktuellen Stunde "Die deutsche Sprache, Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Zukunft in unserer Heimat Oberösterreich" heißt, so ist diese Feststellung, wie ich überzeugt bin, aber schon auch vor dem Hintergrund einer sich immer schneller, in kürzeren Abschnitten und in den Auswirkungen umfangreicheren Veränderung unserer Welt zu diskutieren. Tatsache ist nämlich, dass die Überalterung vieler Länder das Gesicht und die Gewichte zwischen den Nationen in den nächsten Jahren ganz fundamental verändern werden.

Europa wird, sagen uns die Vereinten Nationen, sofern nicht Immigration im notwendigen Ausmaß passiert, Europa wird bis zum Jahr 2050 ziemlich genau 100 Millionen Menschen verlieren, in einem Zeitrahmen, in dem in anderen Gebieten der Erde geradezu Geburtenexplosionen passieren werden. Der Bericht der Vereinten Nationen sagt uns auch - nur ein Beispiel - im kleinen Jemen, einer Wüstenregion, die lediglich von drei kleinen Flüssen durchzogen ist, dass dort derzeit 18,3 Millionen Menschen leben. Wenn die Geburtenanzahl nur linear fortgeschrieben wird, die Fertilität der Menschen in dieser Region weiter in dieser Dimension anhält, dann wird der Jemen, der jetzt 18,3 Millionen Menschen beherbergt, im Jahre 2050 158 Millionen Menschen aufweisen!

Das gleiche Beispiel bezogen generell auf den arabischen Raum: Die saudische Bevölkerung hat sich alleine in den letzten 18 Jahren mehr als verdoppelt! Wir wissen aber auch, dass nicht nur in Oberösterreich oder Österreich, sondern auch vor allem in Deutschland die Geburtenzahlen ganz immens zurückgehen, dass wie ich vorher gesagt habe, wenn nicht Immigration im dementsprechenden Ausmaß passiert, dass es dort quasi zu einem Kollaps der Bevölkerung kommt. Deutschland wird im gleichen Zeitraum, in dem der Jemen von 18,3 auf 158 Millionen Menschen anwächst, im gleichen Zeitrahmen bis 2050 von 82 Millionen derzeit auf 51 Millionen schrumpfen. Die Vereinten Nationen prognostizieren uns weiter, dass im Zeitraum von 2000 bis 2030 in der arabischen Welt die Arbeitsbevölkerung auf 149 Millionen Menschen anwachsen wird, die des Gebietes südlich der Sahara sogar auf 402 Millionen!

Warum nenne ich diese Zahlen? Weil es in den kommenden Jahrzehnten zu eminenten Bevölkerungsbewegungen aus diesen verarmten Regionen in ein sich entvölkerndes Europa kommen wird!

Nun zur sprachlichen Veränderung. Ich glaube niemand, schon gar nicht die Sozialdemokraten, zweifeln daran, dass Sprachkompetenz tatsächlich etwas enorm Wichtiges ist. Die aber oft kritisierte zunehmende Anglizierung der deutschen Sprache nach meinem Dafürhalten - wie in den vergangenen Jahrhunderten - maximal ein zeitliches Problem, wenn überhaupt ein Problem.

Denken wir doch zurück an das Hochmittelalter. Im Hochmittelalter wurde Deutsch enorm durch die lateinische Sprache beeinflusst, und zwar in ihren Grundfesten. Die ganze Grammatik, die Vorsilben, die Nachsilben, das ist alles in dieser Zeit in die deutsche Sprache eingeflossen. Denken wir an das 17., 18. Jahrhundert, wo aus dem Italienischen, aus dem Französischen gewaltige Einträge in die deutsche Sprache zu verzeichnen waren und eben jetzt ab dem 19. Jahrhundert vor allem aus dem Englischen. Es ist aber auch ganz unbestritten, dass die deutsche Sprache, speziell nach dem 2. Weltkrieg, wie aber viele andere Sprachen auch, unter dem Einfluss der Medien, Werbung, Technik, der Mode, der Popmusik, und so weiter, zum Teil massive Einflüsse speziell aus dem Englischen zu verzeichnen hatte. Der Duden - er beweist es uns immer wieder aufs Neue: Gerade jetzt wurden 5.000 neue Wörter in den Duden einverleibt. Und es möge jedem einzelnen überlassen bleiben, ob

künftig zu streichen ist „Downloaden“ oder „Plotten“. Wir wissen mit diesen Begriffen, wie ich glaube, sehr gut umzugehen. Es gibt inzwischen einige große Bereiche, in denen es keine entsprechenden deutschen Terminologien mehr gibt und wo wir eigentlich darauf angewiesen sind, Anglizismen zu verwenden. Dies ist für mich zumindest überhaupt kein Problem. Ich behaupte: Sprache ist ein lebender Mechanismus. Das hat in weiten Bereichen mit Globalisierung, es hat auch mit Internet zu tun und so weiter.

Und wenn wir schon vorher einen Rückblick in der Geschichte gemacht haben, blenden wir 200 Jahre zurück: Vor 200 Jahren, zur Zeit Friedrich des Großen, war es üblich, dass die Gebildeten am Hofe Französisch sprachen. Ich wüsste nicht, dass dies in irgendeiner Weise der deutschen Sprachentwicklung abträglich gewesen sein sollte. Andererseits wissen wir, dass mangelnde Englischkenntnisse schon heute den Zugang zu einer großen Zahl von akademischen Studienlehrgängen verwehren, geschweige denn, dass dort Englischkenntnisse in hohem Maße Voraussetzung sind. Die Bedeutung von Deutsch, sie möge hier nicht andiskutiert werden. Nur: die weltweit am meisten gesprochene Sprache, dies hängt klarerweise auch mit der Bevölkerungszahl zusammen, ist Chinesisch. Englisch wird in den nächsten Jahrzehnten ganz erheblich an Einfluss verlieren. Englisch wird heute noch von neun Prozent der Weltbevölkerung gesprochen, in den nächsten Jahrzehnten maximal von fünf Prozent. Was aber in dieser Zeit parallel passiert ist die Tatsache, dass viele lokale Sprachen eben aufgrund dieser Bevölkerungsveränderung in manchen Gebieten der Erde aufgrund der Wanderbewegungen aussterben. Dafür aber werden wieder neue Sprachen in lokalen Ballungszentren entstehen. Und nicht umsonst sprechen heute schon internationale Sprachwissenschaftler vom Ende der modernen, auf Nationalstaaten basierenden Sprachen. Wenn wir uns anschauen, welche Sprachen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts vorherrschend waren, dann war das logischer Weise Chinesisch. Dann kam Hindi-Urdu, Englisch, Spanisch und so weiter. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in den nächsten Jahrzehnten, da gibt uns die EU wie auch die Vereinten Nationen Recht, vor allem Sprachen Arabisch, Bengali, Malayisch, Hindi und so weiter, auf dem Vormarsch sind und Englisch extrem zurückgedrängt wird. Auch Deutsch wird ein großes Problem bekommen, aufgrund dieser Bevölkerungsveränderungen und dieser Wanderbewegungen.

Linguisten gehen davon aus, dass von den 6.000 Sprachen, die wir derzeit auf unserer Welt vorfinden, die klarerweise sehr oft auch ländlich, tendenziell ländlich und alte Sprachen sind, in den nächsten Jahren der Großteil davon verloren gehen wird. Wahrscheinlich wird es neunzig Prozent in den nächsten Jahren bis 2050 gar nicht mehr geben. Gleichzeitig aber sagen sie auch, dass parallel dazu hybride Sprachen entstehen, vor allem in städtischen Ballungszentren. Die alten Nationalsprachen, sie werden ihre ökonomische, politische und kulturelle Bedeutung verlieren.

Zurück zur PISA-Studie: Ich behaupte: Neoliberalismus, Globalisierung, der Primat des Marktes, die Medien, sie haben unser Menschenbild und somit auch das Bild von Sinn und Zweck von Bildung in den letzten Jahren, Jahrzehnten doch grundlegend verändert. Bildung und Schule sind eine Funktion der Gesellschaft. Unter dem Diktat der Beschleunigung kommt nicht nur der Gesundheitsbereich, kommt nicht nur der Sozialbereich, sondern auch der Bildungsbereich immer mehr ins Schleudern. Chancengleichheit verkommt immer mehr zu Chancengerechtigkeit. Das nicht Messbare an Bildung verkommt zur Messung von Outputs und dies gerade in einer Zeit, wo die Globalisierung der Wirtschaft, wie ich glaube, erst gerade begonnen hat. Auf alle Unternehmen kommt in den nächsten Jahren eine stärkere Internationalisierung zu: mehr Niederlassungen in Übersee, mehr Zusammenarbeit über Ländergrenzen. Wenn wir uns über Sprache unterhalten, dann muss auch der Aspekt der Mehrsprachigkeit ein ganz wesentlicher sein. Wir sollten das Ziel, auf das wir uns einigen

sollten, auf die Pflege einer qualifizierten Mehrsprachigkeit in Europa fokussieren. Fachleute sagen uns nämlich, dass wir einem kulturell vielgestaltigen vereinigten Europa nur dann tatsächlich näher kommen, wenn jeder Europäer einige Sprachen gut spricht und mehrere Sprachen, passiv zumindest, versteht. Ich glaube, da sind wir hier in Österreich doch noch meilenweit davon entfernt. Bildung und Sprachkompetenz sind also die neue soziale Dimension des 21. Jahrhunderts. Unser Land lebt von dem, was in den Köpfen der Menschen entsteht, vom Einfallsreichtum, von der Kreativität und Bildung. Die Sprachkompetenz wird zur entscheidenden Zukunftsinvestition unseres Jahrhunderts!

Ich glaube, wir haben gerade im Unterausschuss, den wir Anfang Jänner zum Thema „PISA-Forum“ eingerichtet haben, tatsächlich die Chance, qualifiziert und mit Nachdruck und Überzeugung die Lösungsansätze einfließen zu lassen, die wir jetzt auch auf internationaler Ebene immer öfter bestätigt bekommen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zur Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hirz.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der PISA-Studie 2003 wurden 4.600 SchülerInnen aus 193 Schulen in Österreich getestet. Es wurde das Bildungsniveau der Fünfzehn- bis Sechszehnjährigen abgefragt und inzwischen hat sich wahrscheinlich schon herumgesprochen, dass Österreich zu den Verlierern im internationalen Vergleich gehört. Ich möchte die Gelegenheit jetzt benützen darauf einzugehen, dass mich gestört hat, dass gleich am Anfang der Diskussion von einigen wesentlichen Entscheidungsträgern sehr schnell mit der Antwort gespielt worden ist: Wahrscheinlich sind diese schlechten Ergebnisse zusammengekommen, weil so viele Einwandererkinder in diesen abgefragten Sempel enthalten sind.

Ich habe dazu Frau Dr. Claudia Reiter, zuständig für die Statistik im PISA Austria, kontaktiert und sie gebeten, mir hier Auskunft zu geben. Und sie hat gesagt, dass es leicht größere Anteile in der PISA-2003-Studie von Jugendlichen mit nicht deutscher Umgangssprache gibt. Und zwar eine Steigerung von sieben auf neun Prozent. Hier wörtlich: Diese Änderung ist messbar aber relativ klein, und liegen an der Grenze zu dem, was man als Zufallsschwankung erwarten kann. Sie erklärt, dass das wahrscheinlich dadurch entstanden ist, weil bei den Berufsschulanteilen eine exaktere Abbildung genommen wurde. Und wenn man sich die Veränderungen zum Beispiel in der Lese-Risikogruppe ansieht, dann muss man sagen, dass eine Steigerung von vierzehn Prozent, Risikogruppe 2000 auf zwanzig Prozent, Risikogruppe 2003 nicht dem MigrantInnenanteil, der eine Steigerung von zwei Prozent beinhaltet, angelastet werden kann. Das heißt, ich halte es für unredlich, die schlechten österreichischen Ergebnisse den Schülern mit Migrationshintergrund anzulasten. Faktum ist, dass wir in Oberösterreich im Pflichtschulbereich 12,5 Prozent Schüler haben, die nichtdeutsche Muttersprache sprechen, wobei ich eines noch klarstellen möchte: Nichtdeutsche Muttersprache bedeutet nicht, dass der betreffende Schüler, Schülerin nicht dem Unterricht folgen kann. Es gibt – und ich kenne selbst welche, die nicht deutscher Muttersprache sind und teilweise besser deutsch können, als manche, die österreichische Eltern mit deutscher Muttersprache haben. Also, wenn wir vergleichen: Es gibt 867 Pflichtschulen in Oberösterreich. 22 Pflichtschulen haben einen Prozentsatz von über fünfzig Prozent nichtdeutscher Muttersprache. Das sind drei Prozent. Ich halte es nicht für richtig, hier ein gesamtösterreichisches Problem zu konstruieren. Es ist ein klassisches städtisches Problem. Linz, Wels, Steyr sind besonders betroffen. Und ich denke, dass es angesichts der punktuellen Entwicklung hier auch punktuelle Lösungen geben muss. Ich halte es für eine Illusion zu glauben, dass man mit der Begrenzung des Ausländeranteils in Zukunft die Leistungen bei den zukünftigen PISA-Studien erreichen wird können.

Und jetzt komme ich zu den Vorschlägen, die wie ich meine, wichtig sind. Ich möchte aber vorher noch klar feststellen, dass ich es nicht für lauter halte, dass die Deutschkenntnisse verknüpft werden mit der Kriminalstatistik, so wie das mein Vorredner Klubobmann Steinkellner gemacht hat. Aber ich bekenne mich dazu, dass wir im Vorschulbereich, im Kindergarten mit der Sprachförderung ansetzen müssen, die Sprachförderung möglichst bald einsetzen muss, dass wir diagnostische Instrumente brauchen, Sprachstandardserhebungen, um eben individuelle Sprachförderungen weit vor der Einschulung vornehmen zu können. Ich glaube auch, dass die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund als Bildungsauftrag für die Kindergärten einfließen sollte. Es ist auch ganz wichtig, dass es eine Förderung der Zweisprachigkeit gibt, weil das die Identität stärkt und es dadurch leichter ist, wieder deutsch zu lernen.

Zweiter großer Bereich: Wir dürfen auf die Eltern nicht vergessen! Die elterliche Bildungskompetenz ist absolut zu stärken. Wenn wir vorschulische Sprachförderung wollen, muss das Gegenstand intensiver Elternberatungen sein, weil – und das sagen alle Statistiken – der Erfolg einer vorschulischen Sprachförderung ganz massiv abhängig ist von der Sprachentwicklung des Kindes im Elternhaus und die Eltern mitarbeiten müssen. Jetzt ist es Angelegenheit der Eltern, einen Kindergartenplatz zu finden. Ich glaube, dass sich hier etwas ändern muss. Es wird wahrscheinlich die Aufgabe der Gemeinden und der Kindergartenträger sein, aktiv, offensiv an die Menschen heranzutreten und zu sagen: wollen sie nicht ihr Kind in den Kindergarten geben und entsprechende Möglichkeiten darzustellen. Ich denke, dass wir auch die Möglichkeiten dieser vorschulischen Spracherziehung nutzen könnten, Sprachkurse für die Mütter anzubieten, die oft gar nicht die Möglichkeit haben, am Abend entsprechend Deutschkurse zu besuchen.

Jetzt zu den Schulen: Ich kann mir eine Vorverlegung der Schuleinschreibung auf zwölf Monaten absolut vorstellen, weil es die Möglichkeit gibt, mit dem Kindergarten frühzeitig zu kooperieren und die Sprachförderungen entsprechend einzuleiten. Wir müssen im Bereich des Unterrichts in Richtung Individualisierung gehen - also in Richtung Förderlehrer. Ich erinnere an das Beispiel der Finnen, die zehn Prozent der Stunden fix für Förderstunden planen. Sowohl für die Schwachen als auch für die Guten, für die Inländer wie die Ausländer! Ich glaube, dass es notwendig ist, die Klassenschülerhöchstzahlen zu verringern. Ich gehe davon aus, dass bei einem Schülerschwund, den wir derzeit verzeichnen in Oberösterreich, dass es bei gleichen Personalkosten möglich wäre, entsprechend Lehrerposten zu halten und die Qualität gerade im Förderunterricht zu steigern. Ich bin für die absolut altersadäquate Einstufung in das Schulsystem von Migrantenkinder. Ich bin auch für Intensivkurse, die wir anbieten sollten. Kinder lernen sehr schnell. In einem halben Jahr ist es sicherlich möglich, entsprechend dem Unterricht zu folgen. Und ich glaube auch, dass es spezielle Aus- und Fortbildung für Lehrer geben sollte. Was die Begrenzung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache in Schulen gibt – sage ich – alles ist möglich. Die Verteilung auf mehrere Schulen im Zentralraum, und dort haben wir ja das Problem, kann meiner Meinung ja nicht undurchführbar sein. Es gibt die Möglichkeiten der Umschulungsanträge. Auch österreichische Kinder, die Umschulungsanträge gestellt haben, wird die Schülerfreifahrt bezahlt. In dem Bereich gibt es sicherlich ordentliche Lösungen. Ich bin auch dagegen, dass wir in Richtung Ghetto-Schulen gehen. Ich denke, dass das die Integration erleichtern kann, wenn es nicht die einzige Maßnahme ist. Was die Lesekompetenz betrifft, die meiner Meinung nach ganz wesentlich ist, so geht es für mich darum, dass die Vermittlung der Kulturtechnik Lesen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ich glaube, dass wir Lese-Screenings brauchen in den Volksschulen aber auch in den Hauptschulen, dass wir die Schwächeren herausfinden und sofort entsprechend fördern können. Ich glaube, dass wir

Legastheniker-Screenings brauchen, auch im Kindergarten. Jetzt werden einige sagen: die können ja noch nicht lesen und schreiben. Aber Legasthenie hängt sehr stark zusammen mit Links- und Rechtsschwächen und im Kindergarten kann man bereits entsprechend gegensteuern. Außerdem ist es wichtig, die Schulbibliotheken als Zentren des Wissens auszubauen.

Schließlich: Ich denke, dass das österreichische Schulsystem gekennzeichnet ist durch sehr frühe Selektion. Sie wissen, dass wir nach der vierten Schulstufe in AHS und Hauptschule, drei Leistungsgruppen und Sonderschulen differenzieren. Das ist erstens einmal ein Grund, dass der Migrationsanteil in den Hauptschulen relativ hoch ist, weil ja die AHS-Schulen hier wesentlich geringere Anteile haben. Es ist aber auch ein Grund, warum die Leistungsdifferenzen sehr groß sind. Wenn Sie sich die PISA-Studie anschauen, dann sind die Leistungsdifferenzen sehr groß. Das heißt, die Guten sind sehr gut, die Schlechten sind sehr schlecht. Und ich denke, dass man die Grundschule mit Klassenlehrersystem in Richtung zwölf Jahre verlängern könnte, ab zwölf das Modulsystem einführen und erst ab der mittleren Reife trennen sollte. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen, werte Zuhörer auf der Tribüne, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir jetzt die Fraktionserklärungen angehört habe, dann hat mich manches sehr bedrückt. Es hat mich traurig gemacht, dass man nicht den Mut hat, Lebenschancen, die sich aufgrund von einer qualifizierten Bildung ergeben, ernst nimmt. Kollege Eidenberger, es war interessant deinen Fachvortrag zu hören. Aber gerade du weißt, von den Problemen, von Ängsten, von Schwierigkeiten von Kindern in der Volksschule, in der Hauptschule, wenn sie nicht kommunizieren können. Und wovon sprechen wir? Wir haben diesen Begriff gewählt, weil es der Begriff ist, in dem wir sprechen und in dem wir schreiben und der Grundlage für Lernen ist. Und da kann man natürlich, Kollege Trübswasser oder Kollege Aichinger, sofort das Deutsche hineininterpretieren. Wir leben hier und wir haben die Sprache. Und Kinder brauchen die Sprache. Es ist viel gesprochen worden über die Bedeutung. Dass Sprache das Wesensmerkmal der Menschheit ist, um zu kommunizieren, um andere wahrzunehmen, dass ohne Sprachvorbild Sprache nicht entstehen kann. Jeder Säugling lernt von alleine laufen, aber Sprache kann sich kein menschliches Wesen selber erarbeiten, wenn es nicht die Sprachkompetenz von außen hat. Das sind die Dinge, die wir betrachten müssen. Und es ist natürlich sehr einfach, wenn man hier einen Teilbereich anspricht, wo nämlich Oberösterreich auch etwas machen kann, zum Beispiel eben die Sprache verbessern, das sofort wieder ins ideologische Eck zu stellen. Und du weißt ganz genau, Kollege Trübswasser, dass wir uns der Sprache auf den unterschiedlichen Ebenen angenommen haben, dass ich hier genauso gefordert habe, dass im Kindergarten, weil die Logopäden Alarm schlagen, im Hinblick auf die Sprachkompetenz etwas gemacht wird. Das ist alles kein Thema, nein, wir sind ideologisch.

Wir müssen auch in der ganzen Diskussion auf eines achten, es ist bis jetzt ein tabuisiertes Thema gewesen, plötzlich lese ich in der Zeitung, dass wir jetzt Deutschkurse abhalten sollen. Bitte PISA 2000 Zukunftskommission Frau Minister Gehrler, die Kinder sollen schon vor Schuleintritt überprüft werden, und es soll schon vorher durch Deutschkurse das Defizit abgebaut werden. Was ist zwischenzeitlich geschehen? Nichts ist geschehen, jetzt höre ich plötzlich, was alles passieren soll, ich habe mir auch das sozialdemokratische Bildungspapier angeschaut, weil es eben so hochgelobt worden ist. Was die Kollegen von den Sozialdemokraten wollen, die ja Integration auf Ihre Fahnen geschrieben haben, was ich mit allem

Respekt sage, ist, Integrationsmaßnahmen für ausländische Kinder zu verbessern, integrative Maßnahmen für ausländische Kinder auszubauen. Dazu gehört aber vor allem das Einrichten von Deutschkursen im Vorschulbereich und das Angebot, die Muttersprache ihrer Eltern als zweite lebende Fremdsprache zu lernen, das ist alles, was wir zur Bildung zu sagen haben. Wir wissen es von der Gehirnforschung, das hat der Abgeordnete Aichinger zwar angesprochen aber anders interpretiert, dass es natürlich leichter ist eine Zweitsprache zu lernen, wenn eine Sprache fixiert ist. Daher ist natürlich in den verschiedenen Modellen zu überlegen, welchen Weg wir gehen können.

Es wird immer von Integration gesprochen. Was verstehen wir denn unter Integration überhaupt? Wenn man nachschaut im Wörterbuch, wenn man nachschaut im Duden, wenn man die Übersetzung aus dem Lateinischen nimmt, ist dies die Herstellung einer Einheit. Ja wollen wir denn gar nicht, dass die Kinder, die eine andere Sprache sprechen, ich sage es ganz bewusst so, integriert werden, wollen wir nicht, dass eine Einheit besteht im Kindergarten, in der Klasse, wollen wir eine Segregation? Dann nehmen wir das Thema nicht ernst, dann reden wir weiter und sagen, das ist ein Hobby der Freiheitlichen oder wie immer. Wenn ich mir die Anfrage anschau sowie die Anfragebeantwortung vom Herrn Landeshauptmann, der Herr Präsident sitzt ja da und weiß ganz genau über diese Dinge Bescheid, dann ist sie eigentlich nicht korrekt beantwortet worden. Wir haben rein die Zahlen vom Stellenplan bekommen, wir haben aber nicht die Werteinheiten bekommen, ich weiß nicht, ob es stimmt. Wir werden eine weitere Anfrage stellen, dass zum Beispiel in manchen Schulen der Förderunterricht für ausländische Kinder um die eine Stunde gekürzt worden ist, weil man Belohnungen für Klassenvorstände braucht. Herr Präsident, ich kann Ihnen dann auch Beispiele dafür sagen, weil man keine Werteinheiten oder kein Belohnungssystem für Klassenvorstände hat, also, so ist es ja nicht, dass man diese Sache ernst genommen hat.

PISA hat uns gezeigt, dass die Probleme vielfältig sind. Es kann nicht nur eine Maßnahme sein, daher haben wir versucht, jetzt einmal in einem ersten Schritt ein Maßnahmenbündel zu schnüren. Im Kindergarten, im Zusammenhang mit Mutter-Kind-Pass-Untersuchung, kein Test wie fälschlicher Weise in der Kronen Zeitung gestanden ist, sondern ein Sprachscreening, eine Sprachüberprüfung, bitte auch für die Kinder, die sage ich, eine deutsche Muttersprache haben, weil wir da Maßnahmen setzen. Wir reden immer nur von der Sprache. Was meinen wir? Ich kann sprechen, aber es ist nicht gesagt, dass ich das auch verstehe, was ich meine, wir haben seit Jahren kritisiert. Ja ich weiß, Sie haben es auf mich bezogen, Herr Präsident, ich nehme es zur Kenntnis, dass ich zu Ihrer Unterhaltung beigetragen habe. Wie lange haben wir zugesehen, denn es gibt Untersuchungen in Oberösterreich über den partiellen Analphabetismus, auch hier wissen wir, dass Lesen nicht gleich sinnerfassendes Lesen ist, und genau diesen Fragen müssen wir uns stellen, daher ist es ganz wichtig. Wir werden natürlich mit einigen Maßnahmen jetzt eine Studie, Ergebnisse von PISA sicher nicht verändern können, wir werden uns den Rahmenbedingungen stellen müssen, wir werden uns die Lehrerbildung anschauen müssen, wir werden eine ganze Menge Dinge machen müssen. Aber das, was wir in Oberösterreich machen können, ist zu tun, und da bitte ich die Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung, und zwar nicht um den Freiheitlichen eine Freude zu machen, sondern um Kindern, die oftmals schon belastet in unser Land kommen, eine faire Chance zu geben. Ich danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Herr Kollege Stelzer, bitte.

Abg. Mag. Stelzer: Frau Präsidentin Weichsler, sehr geehrte Damen und Herren! Die PISA-Studie, die jetzt schon von einigen Vorrednern angesprochen wurde, ist natürlich ein wichtiger Zwischenbericht, aber natürlich testet sie nur gewisse Fähigkeiten ab, Grundlagenwissen

in Lesen, Mathematik und in Naturwissenschaften und Probleme lösen. Aber was ist, da bin ich beim Kollegen Eidenberger, mit Sprachkompetenzen, was ist mit einem kulturellen Verständnis, was ist mit Begabungen, die wir im Bereich der Musik haben und fördern können? Genau wenn du kritisierst, Bildung verkommt zu einem Messen von Outputs, das darf es ja nicht sein, dann frage ich mich, warum gerade Ihr nur auf der PISA-Studie herumreitet. Denn das alleine kann es wohl nicht gewesen sein, wir als ÖVP haben zumindest nicht das Verständnis, dass Bildung nur dazu da ist, um Humanressourcen zu produzieren, die dann im Wirtschaftsprozess möglichst genutzt werden können. Allein die furchtbaren Worte dazu zeigen ja schon, dass das nicht die einzige Dimension der Bildung sein kann. Für uns ist Bildung vielleicht noch viel mehr dazu da, dass das, was in einem selber steckt, zu entwickeln, dass man sich selber wohl fühlt, dass man in Gemeinschaften leben und sich einbringen kann, einfach eine gute Lebensqualität für sich selber schaffen kann, das ist eigentlich für uns noch die viel wesentlichere Perspektive in einem guten Bildungssystem, deshalb sollten wir immer wenn wir über Bewertungen von Bildung und Erfolg von Bildungsszenarien und Bildungssystemen reden, auch alle anderen Dinge dazusagen.

Beispielsweise unser Musikschulwerk, weil das können wir selber machen in Oberösterreich, wenn 55.000 junge Leute dort hingehen und sich dort gut ausbilden lassen, dann hat das schon auch einen wesentlichen Einfluss auf Bildung, denn es gibt nicht wenige Bildungswissenschaftler, die sagen, eigentlich ist die Musik die ursprünglichste Sprache, die einem Menschen zu eigen ist. Daher ist das für uns wichtig, weil Ihr diese PISA-Studie so anspricht und offensichtlich auch auf den berufsausbildenden Teil der Bildung eingeht, dann darf natürlich nicht unter den Tisch gekehrt werden, dass trotzdem unser österreichisches Bildungssystem und unsere oberösterreichischen Maßnahmen, die wir speziell dazu schneiden können, auch in diesem Teil offensichtlich nicht so schlecht sein können. Denn, wieso hätten wir sonst europaweit so gute Jugendbeschäftigungsdaten, wieso hätte dann Finnland, das als das PISA-Musterland gezeichnet wird, eine vier Mal so hohe Jugendarbeitslosigkeit wie Österreich? Also da passt in der Bewertung etwas nicht zusammen, wir sollten uns da nicht ganz mutlos machen lassen, wir haben durchaus auch etwas vorzuweisen.

Ich möchte mich outen, das ist modern. Es ist mir beim sprachwissenschaftlichen Vortrag des Kollegen Eidenberger gekommen, ich weiß nicht warum, aber eines meiner Lieblingsfächer in der Schule war Latein. Das ist natürlich furchtbar, denn da kann man schnell als Streber verschrien werden, ich habe aber ehrlich gesagt, die gegenteilige Erfahrung gemacht, denn rechtzeitig die Lateinübersetzungen zu haben, das ist durchaus eine gute Basis für diverse Gegengeschäfte, was Hausübungen in Mathematik und dergleichen anlangt und ist durchaus gemeinschaftsstiftend, weil natürlich immer wenn der Schmierer nicht zur Stelle ist, ich hoffe der Landesschulratspräsident hört weg, ist natürlich einer gefragt, der die Übersetzung hat. Warum ich das sage? Latein war für mich zum Beispiel die Hilfestellung dazu, dass ich das Deutsche eigentlich viel besser gelernt habe, dass mir die Grammatik im Deutschen eigentlich viel geläufiger und besser eingängig geworden ist. Deshalb unterstreiche ich das, was auch die Redner der freiheitlichen Fraktion gesagt haben, dass natürlich die Kenntnis der deutschen Sprache, so wie wir sie haben, auch uns mit den oberösterreichischen Einschlügen wichtig ist, da gehören natürlich auch alle Fremdwörter dazu, jeder von uns hat in seiner Rede sogenannte Fremdwörter drinnen. Ich weiß nicht, ob die verboten sein sollten, wenn man nur von der sogenannten deutschen Sprache spricht, aber das gehört dazu.

Kollegin Moser, weil du gesagt hast, PISA 2000 und nichts ist geschehen. Also ganz so ist es nicht, insbesondere was die Förderungen in Richtung Kenntnis der deutschen Sprache anlangt, denn wir haben natürlich einen Förderunterricht, was diesen Teil anlangt. Es gibt

Begleitlehrer oder Teamteaching, wir haben innere Differenzierungen, es gibt spezielle Fördergruppen für Deutsch, es gibt intensive Förderung durch Klassenlehrer und, und, und. Unterstreichen möchte ich dazu, dass das für mich schon auch die faszinierende Dimension hat, dass wir es vielleicht über die Kinder schaffen können, auch an die Eltern heranzukommen. Es ist heute schon auch in diversen Wortmeldungen angesprochen worden, dass miteinander lernen einer Sprache, auch gemeinschaftsstiftend sein kann, und es soll natürlich auch über die Kinder auf die Eltern übergreifen, das glaube ich, könnten wir mit dem schaffen.

Was noch dazu kommt, wir haben in Oberösterreich zum Beispiel um die Weiterverbesserung unseres Bildungssystems zu unterstützen, auch schon einige Projekte gestartet. Wenn Sie nur an die Bildungsstandards denken, die wir in Oberösterreich maßgeblich mitentwickelt haben für die Bereiche Englisch, aber auch Mathematik, für diverse Aktionen, die Richtung Stärkung der Lesekompetenz gehen, auch das Schulbibliothekswesen in Oberösterreich, das wir ja flächendeckend haben. Das sind doch Maßnahmen, die genau die angesprochenen Punkte betreffen, die einmal eine Grundlage bilden, auf denen man durchaus auch weiter entwickeln kann, denn dazu sind wir natürlich auch zu haben.

Insgesamt möchte ich daher sagen, wenn PISA so stark releviert wird, heute auch in der Debatte: man soll es nicht verniedlichen, es ist ein Weckruf, wenn Sie so wollen, für manche Bereiche, ein Schritt, der uns vielleicht hilft, da und dort weiter zu entwickeln. Insgesamt möchte ich bei dem anschließen, was Galilei gesagt hat, das habe ich mir herausgesucht, er hat gesagt: Man kann einem Menschen eigentlich nichts lehren, man kann ihm nur helfen, es in sich selbst zu entdecken. Das hat natürlich sehr, sehr viel mit Motivation zu tun, diese Motivation brauchen wir überall in unserer Bildung. Wir sollten aufpassen, dass wir, die vielleicht Einfluss haben auch die Gestaltung des Bildungssystems, auch sehr stark motivierend wirken, dass wir Signale senden, dass wir an der Weiterentwicklung interessiert sind, dort mitmachen. Wenn sich das Bildungssystem nicht weiter entwickeln müsste, welches System sonst? Daher geht es natürlich darum, die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, wir müssen aber immer auch daran denken, dass wir jene motivieren sollen, die dann die Schüler wieder motivieren, sprich die Eltern und die Lehrer. Wenn wir den Prozess so verstehen, dann sind wir auch gerne dazu bereit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Ich melde mich immer dann zu Wort und halte es dann schwer aus, nichts dazu zu sagen, wenn eine Diskussion reduziert wird auf eine Reflexbewegung oder Reflexantwort. Wenn immer wieder sozusagen über den Umweg von Bemerkungen und Zeitungsartikeln der Eindruck entstehen soll, dass wir ein Problem haben und eigentlich das Problem bei der Wurzel anfassen. Ich melde mich deswegen zu Wort, weil mir das Thema Integration wichtig ist. Ich weiß sehr wohl, Kollegin Moser, was Integration ist, was Fachleute unter Integration in interkulturellen Gesellschaften verstehen. Dass die Integration uns ein großes Anliegen ist, deswegen haben wir auch 2003 in der Regierungsvereinbarung sehr wohl niedergeschrieben, dass es in Oberösterreich ein Integrationsleitbild geben wird und geben soll. Landesrat Ackerl hat dankenswerter Weise bereits noch 2003 die Initiative ergriffen, und die ersten Schritte zumindest eingeleitet, mit der Erstellung dieses Integrationsleitbildes begonnen. In einigen Wochen wird die Vergabe der externen wissenschaftlichen Begleitung erfolgen, das ist im Gange.

Ich darf noch auf eines darauf hinweisen, die Frage der Deutschkenntnisse ist nicht allein, so steht es auch im Titel der heutigen aktuellen Stunde, nicht allein ein Schulproblem, sondern wir haben auch viele Erwachsene, die sich viel schwerer tun beim Erlernen einer Fremdsprache. Wir haben in diesem Land, lassen Sie mich das ganz deutlich sagen, viel zu wenig Möglichkeit für erwachsene Berufstätige, Deutsch zu lernen. Ich habe mir heute noch eine Zahl geben lassen: Es haben im letzten Jahr aufgrund dieses Integrationsvertrages, der nunmehr vorgeschrieben ist, es in Oberösterreich lediglich 40 Personen geschafft, einen Platz zu bekommen in einem Deutschkurs für diesen Integrationskurs, das muss man sich einmal vorstellen. Da führt man Regeln, die in der Striktheit von uns abgelehnt wurden, weil Zwang immer das Gegenteil bewirkt, aber man will etwas erreichen und stellt dazu nicht die geeigneten Mittel und Angebote zur Verfügung. Wenn wir wollen, dass es mehr in diesem Land gibt, die die Umgangssprache, die Landessprache beherrschen, dann muss es auch die Angebote dazu geben.

Ein Punkt, der mich ganz besonders schmerzt, ist die Reduktion des Problems auf die PISA-Studie oder auf die Ergebnisse der PISA-Studie. Es gibt so viele Regionen in Europa, die weit vor uns liegen, wenn wir das schon als Kriterium hernehmen und da sage ich wirklich, da bin ich sehr vorsichtig, dass diese Notenskala wirklich der einzige Maßstab sein soll. Wenn wir es hernehmen als Messlatte, dann gibt es dutzende Regionen, die vor uns liegen, die einen höheren multikulturellen Anteil an der Bevölkerung, an den Schülerinnen und Schülern haben als wir. Also, das hier klarzustellen, das liegt mir am Herzen, das musste ich sagen, da haben mich einige Wortmeldungen dazu herausgefordert.

Ich möchte abschließend noch sagen, es ist schon einmal vom Kollegen Hirz gesagt worden, ich möchte es noch einmal betonen. Die Staatsbürgerschaft sagt in keiner Weise etwas über die Sprachkenntnisse, die Deutschkenntnisse aus. Immer nur von ausländischen Kindern zu sprechen, ist eine Festschreibung der Ausgrenzung auf die zweite und dritte Generation, das sind Kinder, das sind oberösterreichische Kinder, die nur einen anderen Pass haben, aber das sind Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Wenn wir von unseren Kindern sprechen, dann sprechen wir von allen Kindern, die hier leben, das möchte ich hier sagen.

Eines zum Schluss, eine Freundin aus dem Burgenland, die Kroatin ist, hat zu mir einmal in einer Gesellschaft, das war in Veliki Boristof, zu Deutsch heißt das Großwarasdorf gesagt, nachdem ich gesagt habe, ich verstehe nichts, ich bin mitten in Österreich und kann kein Wort verstehen. Tröste dich damit, Einsprachigkeit ist heilbar. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Makor-Winkelbauer, er ist der vorläufig letzte Redner in der Rednerliste.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort melden, weil die Kollegin Moser völlig korrekt aus dem Bildungsprogramm der SPÖ zitiert hat. Ich denke, dem Grunde nach, überall dort, wo es um integrationsfördernde Maßnahmen geht, wo es um Deutschkurse geht, dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, sind wir im Wesentlichen auf einer Linie. Nur das Traurige ist das, was ich nicht verstehe und viele da herinnen nicht verstehen, dass man solche Debatten mit Zahlen flankieren muss, die im Grunde nach mit der Sache nichts zu tun haben. Lieber Klubobmann Steinkellner, die Kriminalitätsrate in Deutschland unter Ausländern hat mit den Deutschkursen für Ausländerkinder oder für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache bei uns überhaupt nichts zu tun. Genau das ist das ungestüme, was bei manchen von uns da herinnen einfach, sage ich einmal, das ein bisschen heraufstoßen lässt, weil dadurch leicht der Verdacht entsteht, dieser Verdacht nährt sich mit solchen Kombinationen von völlig

sachfremden Junktims, dass es in Wirklichkeit ganz um etwas anderes geht als wie das, was das eigentliche Thema der heutigen aktuellen Stunde ist. (Beifall)

Meine Damen und Herren, der Kollege Stelzer hat Galilei zitiert, ich bin bei der geistigen Vorbereitung zu dieser aktuellen Stunde komischer Weise auch auf Galilei gestoßen, nämlich deswegen, weil immer von der PISA-Studie die Rede ist und ich mir überlegt habe, wie kommen die auf diesen Namen. Es wird sicher eine besonders intelligente Abkürzung sein dieses PISA, ich weiß es bis heute nicht, wenn es jemand weiß, dann kann er es mir nachher sagen. Auf jeden Fall bin ich da zum Galilei gekommen, weil ich mir gedacht habe, vielleicht ist es jene Verbindung, Galileo hat ja diese Fallversuche am schiefen Turm gemacht. Und da gibt es ein anderes Zitat: Und als die ganze Welt noch schlief, rief er, die Welt, sie bewegt sich doch. Was durchaus auch mit der PISA-Studie in Zusammenhang zu bringen ist. Ich glaube zwar nicht, dass er unsere Bildungsministerin schon persönlich gekannt hat, aber es ist in der Tat so, dass sie scheinbar einiges jetzt in Bewegung zu bringen vermag. Nämlich nicht die Bildungsministerin, sondern die PISA-Studie. Und Kollege Aichinger hat gesagt, springen wir doch endlich in die Zukunft. Die Ministerin ist vorgespungen. Tatsächlich, sie scheint sprunghaft zu sein. Ich begrüße es ja, was jetzt mit der Fünftagewoche, den ganztägigen Schulformen en vogue ist, waren halt vor einigen Wochen noch böse, ideologische Forderungen seitens der Sozialdemokraten, aber auch anderer.

Aber die ausgestreckte Hand wird man mit Sicherheit annehmen. Und man wird sicher schauen, dass man in diese Richtung weiter geht. Nur einen Offenbarungseid, liebe Kolleginnen und Kollegen, den muss diese Bundesregierung letztendlich ablegen. Den schönen Wort allseits von dieser Stelle her müssen Taten folgen, weil es ja nicht so gehen wird, dass eine ganztägige Schulform, Verbesserungen im Schulwesen, nichts kosten werden. Und die Wahrheit der letzten Jahre ist genau im Gegenteil. Jetzt so zu tun, als hätte die Ranglistenverschlechterung in der PISA-Studie nichts damit zu tun, dass man Stundenkürzungen, Personalkürzungen in ganz massivem Ausmaß gemacht hat, das ist eine nicht ganz korrekte Darstellung der Situation. Und da sind in Wirklichkeit alle gefordert. Auch die FPÖ, die diesen Kurs auf Bundesebene seit Jahren mittlerweile mitträgt. Der Hinweis, was vor fünf oder zehn Jahren war, ist recht geschickt. Die Zeit läuft gegen euch, weil ihr mit der ÖVP in diesem Zusammenhang die Verantwortung trägt.

Und da ist es auch so, liebe Kollegin Moser, jetzt weiß ich nicht, ist sie nicht da, (Zwischenruf Abg. Moser: „Hier! Ich hör dir zu!“) danke, dass zum Beispiel Vorschläge von der Frau Rossmann, es ist ja eh kein Problem ganztägige Schulformen einzuführen, weil dann sollen die Lehrer halt am Nachmittag da sein, es ist ihnen ja zuzumuten zwei, drei Nachmittage da zu bleiben, nicht besonders intelligente Vorschläge sind. Weil, zu glauben, dass die Beaufsichtigung so neben der Stundenvorbereitung gehen wird, da graut mir schon wieder vor einer ganztägigen Schulform. Weil es soll ja nicht dahin gehen, dass das eine Aufbewahrungsanstalt ist, wo 30 oder 40 Schüler von irgendeinem Schulwart oder Lehrer beaufsichtigt werden, sondern es ist die Konzeption und es soll pädagogisch wertvoll, in eine völlig andere Richtung gehen. Und da wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, dass man das so im Nebenbeimechanismus den Lehrern auch noch hinauf drückt. Darum brauchen wir da wahrscheinlich auch noch eine qualifiziertere Diskussion. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Auf Landesebene, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem von uns geforderten PISA-Forum, wäre das mit Sicherheit der richtige Ort.

Abschließend die Anfragebeantwortung, auf die Kollege Steinkellner hingewiesen hat, zeigt noch etwas anderes relativ deutlich. Nämlich das Stadt-Land-Gefälle. Und das ist ein zweifaches. Es ist so, dass in den Städten der Anteil der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache höher ist. Es ist aber auf der anderen Seite auch so, dass der Anteil der Kinder, die nicht in die Hauptschule, sondern zum Beispiel in die AHS-Unterstufe gehen, höher ist als am Land. Ich komme aus einer Gegend im südlichen Teil des Bezirkes Ried, bei uns ist es so, da ist die gemeinsame Schule der Sechs- bis Vierzehnjährigen schon fast Realität. 95 Prozent der Kinder aus unserer Gemeinde gehen gemeinsam in die Hauptschule. Das ist wahrscheinlich eh höher. Das ist nur eine Daumen-mal-Pi-Schätzung. Diese Differenzierung, die so früh vorgenommen wird, und die vor allem in den Städten, Zentralräumen und stadtnahen Gemeinden überhaupt möglich ist, führt dann noch einmal zu einer Verschärfung der Situation, weil eben viel Kinder in den Städten in Unterstufen der AHS gehen und damit die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, die eher in den Hauptschulen dann angesiedelt sind, dass dadurch der Anteil wesentlich erhöht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Integrationsmaßnahmen, die von allen da herinnen, glaube ich, korrekt angesprochen worden sind, müssen halt verstärkt werden. Das Ganze wird nur dann funktionieren, wenn man das Geld zur Verfügung stellt, für all diese Maßnahmen, die ja in euren Anträgen gefordert und gefördert werden. Ich denke mir, die Voraussetzung, Bildung zu genießen, Bildung in Anspruch zu nehmen, ist tatsächlich, dass wir auf einer gemeinsamen Ebene eine Sprache finden. Und Sprache in unseren Schulen ist die deutsche Sprache. Und wenn es das gemeinsame Bemühen gibt, dass das in einem möglichst hohem Maße Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, aber es gibt auch viel Förderunterricht für Kinder mit deutscher Muttersprache, die genauso Probleme haben, zukommt, dann denke ich mir, wären wir einen wesentlichen Schritt weiter. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Ich berichtige tatsächlich, die FPÖ ist ja dafür mit verantwortlich. Ja, und unter FPÖ-Bundesregierung ist erstmals auch ein Integrationsvertrag abgeschlossen worden, der genau die Probleme behandeln sollte. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: „Das hab ich gesagt!“ Zwischenruf Landesrat Anschober: „Was war das für eine Berichtigung?“)

Zweite Berichtigung zum Kollegen Trübswasser. Es hat nur 40 Kurse gegeben. Ich berichtige tatsächlich, es haben sich bedauerlicher Weise nur 40 gemeldet. Es hätte ein Angebot für viel mehr Menschen gegeben.

Und dritte Berichtigung, weil immer wieder angesprochen wird, dass Kriminalität in diesen Bereichen mit anderen Auswirkungen und Bildungsbereichen nichts zu tun hat, zitiere ich die einzige Studie, die hier in diesem Bereich existiert, noch einmal und jetzt sehr detailliert, in dem Bereich: Wissenschaftlerin Wiebke Steffen fühlt sich durch die sogenannte PISA-Studie - ich komme auf das noch einmal zurück, das ist also das Gesamtthema - über das schlechte Leistungsniveau in Deutschland, bestätigt. Kriminalität ist ein Indikator für individuelle und soziale Probleme. Wir müssen herausfinden, was sich dahinter verbirgt, sagt sie. Das heißt nicht, dass wir die Kriminalität entschuldigen. Die Schule sei der Dreh- und Angelpunkt. Aber, was kann eine Schule mit Kindern aus 60 Nationen leisten, fragt sie? Und wenn es eine derartige Studie gibt, in Bayern erstellt worden, dann glaube ich, dass wir in Oberösterreich sehr wohl über diese Grenze und über unseren Tellerrand blicken sollten und uns genau

diese Studie auch anschauen sollten. (Beifall. Zwischenruf Abg. Hirz: „Und was hat das mit der deutschen Sprache zu tun?“)

Dritte Präsidentin: Gibt es da noch eine tatsächliche Berichtigung? Falls es keine tatsächliche Berichtigung mehr gibt, erkläre ich die aktuelle Stunde für geschlossen. Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen, und zwar zunächst zu der Beilage 413/2005, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Zuweisung der Beilage 409/2004 (Initiativantrag betreffend die finanzielle Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden) an den Ausschuss für Finanzen. Ich bitte Frau Abgeordnete Gertrude Schreiberhuber über die Beilage 413/2005 zu berichten.

Abg. **Schreiberhuber:** Bericht des Sozialausschusses betreffend die Zuweisung der Beilage 409/2004 (Initiativantrag betreffend die finanzielle Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden) an den Ausschuss für Finanzen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 413/2005.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Die Beilage 409/2004 (Initiativantrag betreffend die finanzielle Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden) wird dem Ausschuss für Finanzen zur weiteren Beratung zugewiesen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 413/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 417/2005, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen gegen Stalking. Ich bitte Frau Zweite Präsidentin Gerda Weichsler über die Beilage 417/2005 zu berichten.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen gegen Stalking. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 417/2005.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung von Stalking bzw. zum Schutz der Opfer trifft.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand vorgemerkt. Ich schließe daher diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 417/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 421/2005, das ist Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Zählregel in Omnibussen. Ich bitte Herrn Abgeordneten Erich Pilsner über die Beilage 421/2005 zu berichten.

Abg. **Pilsner:** Beilage 421/2005, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Zählregel in Omnibussen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 421/2005.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine Änderung der Zählregel beim Personentransport in Omnibussen herbeizuführen, sodass in Hinkunft auch Kinder unter 14 Jahren als eine (1) Person gezählt werden und für die entsprechenden finanziellen Vorkehrungen zur Umsetzung dieser Verbesserungen beim Schülertransport zu sorgen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand vorgemerkt. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 421/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 430/2005, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Karl Fraiss über die Beilage 430/2005 zu berichten.

Abg. Dr. Fraiss: Beilage 430/2005, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend EU-Dienstleistungsrichtlinie. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 430/2005.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich in ihrer Stellungnahme an den Bund dafür einzusetzen und sich gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich bemühen, dass im Zusammenhang mit dem Entwurf der Kommission betreffend eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt bei den Verhandlungen des Europäischen Rates diesem vorliegenden Entwurf nicht zugestimmt wird, die schrankenlose Einführung des Herkunftslandprinzips zu Lasten der Bürger(innen) bzw. kleiner- und mittlerer Unternehmen abgelehnt wird und stattdessen Maßnahmen zur Koordinierung und Harmonisierung der Standards auf hohem Niveau gesetzt werden, Handlungsspielräume der Mitgliedsstaaten und ihrer Gebietskörperschaften im Hinblick auf Definition und Ausgestaltung von Dienstleistungen im Allgemeininteresse (Daseinsvorsorge), wozu etwa Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Bildung, Kultur und andere infrastrukturelle Einrichtungen zählen, vertraglich abgesichert werden, kein Verwaltungsaufwand dadurch entsteht, dass ein aufwändiges neues System von Informationspflichten und Qualitätssicherungsmaßnahmen geschaffen werden muss, auf die Mitglieder des Europäischen Parlaments einzuwirken, die Intentionen dieses Antrages zu unterstützen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand gemeldet. Ich schließe daher diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 430/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 435/2005, das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Ing. Herbert Aspöck betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 232/2004, Initiativantrag betreffend den Verkauf von gentechnikfreiem Saatgut in den oberösterreichischen Lagerhäusern. Ich bitte Herrn Abgeordneten Ing. Herbert Aspöck über die Beilage 435/2005 zu berichten.

Abg. Ing. Aspöck: Beilage 435/2005, Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Ing. Herbert Aspöck betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 232/2004, Initiativantrag

betreffend den Verkauf von gentechnikfreiem Saatgut in den oberösterreichischen Lagerhäusern.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 232/2004, Initiativantrag betreffend den Verkauf von gentechnikfreiem Saatgut in den oberösterreichischen Lagerhäusern, eine Frist bis zum 3. März 2005.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Aspöck. Bitte.

Abg. **Ing. Aspöck:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Begründung für meinen Geschäftsantrag möchte ich hier anführen, dass der 3. März 2005 der nächste Landtagstermin ist und eben noch einmal von unserer Seite wirklich die Dringlichkeit und die Wichtigkeit hier unterstrichen wird. Denn, schön langsam kommt dann der Frühling ins Haus, und die Bauern werden wieder ihr Saatgut ausbringen. Und es geht wirklich darum, dass wir hier absolut unterbinden, dass es zu keiner Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut kommt. Und wenn man sich erinnert: Der EU-Ausschuss war vor einigen Monaten einmal in Brüssel zu Gast, und hier hat unser ehemaliger EU-Kommissar Franz Fischler ja gesagt, dass unser Weg in Oberösterreich nicht der geschickteste war, und wir uns eher an den Kärntner Weg anhängen hätten sollen, dann müssen wir wirklich dieses Thema ernst nehmen. Ich bitte hier, diesem Antrag zuzustimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 435/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 436/2005, das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 233/2004, Initiativantrag betreffend ein Fördermodell hinsichtlich des Verzichtes auf Gentechnik in der Landwirtschaft. Ich bitte Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner über die Beilage 436/2005 zu berichten.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Beilage 436/2005, Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 233/2004, Initiativantrag betreffend ein Fördermodell hinsichtlich des Verzichtes auf Gentechnik in der Landwirtschaft.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten für die Vorlage eines Ausschussberichtes zur Beilage 233/2004, Initiativantrag betreffend ein Fördermodell hinsichtlich des Verzichtes auf Gentechnik in der Landwirtschaft, eine Frist bis zum 3. März 2005.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner. Bitte.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere an den Beginn der heutigen Tagesordnung, wo die entschuldigte Abgeordnete

ordnete Röper-Kelmayr eine Anfrage stellen wollte zur Gentechnik und gentechnisch veränderten Futtermitteln. Wir hatten heute im Zuge der Anfragediskussion bereits erkannt, wie dringlich die Problematik ansteht. Die nächste Aussaat steht bevor. Beinahe seit einem Jahr liegt ein entsprechender Antrag, den wir in Oberösterreich als Freiheitliche eingebracht haben als Lösungsansatz im volkswirtschaftlichen Ausschuss und wird nicht finalisiert und endberaten. Ich denke, dass dieses hohe Haus wirklich zu einer rascheren Arbeit angehalten werden sollte. Ich glaube, dass die Abgeordneten dieses Hauses dem volkswirtschaftlichen Ausschuss diese Frist setzen sollten. Ich bitte Sie um Unterstützung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 436/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich teile mit, dass im Verlauf der heutigen Sitzung noch folgende Anträge eingelangt sind: Beilage 429/2005, der Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend den Beschluss einer Resolution für einen Entschädigungsfonds für Opfer von gefälschten Euro-Banknoten sowie für eine Initiative zur besseren Bekämpfung der Falschgeld-Kriminalität, Beilage 432/2005, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Einrichtung eines Weltkultur- und Naturerbe-Managements für Hallstatt–Dachstein/Salzkammergut, Beilage 442/2005, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Initiativen zur Forcierung der regionalen Arbeitsmarktpolitik und der Reduktion der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern in Oberösterreich. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 424/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend verpflichtende Deutschkurse am Nachmittag, Beilage 426/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen, Beilage 427/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend das Vorziehen der Schulanmeldung. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 425/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind Zuschuss, Beilage 434/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend straffällig gewordene Asylwerber. Diese Beilagen werden dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 428/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Einkommensgrenzen für Landesförderungen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 423/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Erlassung eines Raumordnungsprogramms. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bau- und Straßenangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 433/2005, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Änderung des Feuerwehrgesetzes. Diese Beilage wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 431/2005, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Änderung der Landtagsgeschäftsordnung. Diese Beilage wird dem Geschäftsordnungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Ich teile mit, dass zu den Beilagen 424/2005 bis 428/2005 schriftliche Geschäftsanträge eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese schriftlichen Geschäftsanträge als Beilagen 437/2005 bis 441/2005 auf Ihren Plätzen aufgelegt. Erstens, Behandlung der Beilage 437/2005. Wir kommen zu dieser Beilage. Das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Dr. Josef Brunmair betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 424/2005 – Initiativantrag betreffend verpflichtende Deutschkurse am Nachmittag. Ich bitte Herrn Abg. Dr. Josef Brunmair über die Beilage 437/2005 zu berichten.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag mit der Nummer 424/2005 wurde ja bereits in der aktuellen Stunde diskutiert und angesprochen. Es betrifft also verpflichtende Deutschkurse am Nachmittag, um es eben Schülern mit Sprachdefiziten rasch zu ermöglichen gleichzuziehen und keinen Nachteil in der Bildung und Ausbildung zu haben. Wir haben, da dieses Thema wirklich ein sehr wichtiges ist und ein Thema, das sehr rasch und effizient gelöst werden muss aus unser Sicht, dazu einen Geschäftsantrag gestellt, dass also diesem Antrag mit der Beilage 424/2005 eine Frist bis 12. Mai 2005 gesetzt wird, indem eben der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport diesen Antrag zu erledigen und zu behandeln hat.

Es ist ganz klar, dass diese Deutschkurse am Nachmittag, die wir hier fordern, noch differenziert gesehen, diskutiert und umgesetzt werden müssen, dass es natürlich richtig ist, dass wir über die Schüler mit Sprachdefiziten, die integriert werden sollen, die Eltern erreichen müssen, und wir wollen eben damit ausdrücken, dass die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme eben nicht funktioniert. Das haben wir ganz deutlich gesehen in den Zahlen und in den Statistiken und dass hier einfach die Verpflichtung zur Integration verstärkt werden muss.

Vielleicht noch ein bisschen auf die Diskussion in der aktuellen Stunde eingehend, möchte ich ein paar Sätze noch bemerken. Menschen, die eine Heimat verlassen und eine neue Heimat suchen, sind primär entwurzelt. Und Menschen, die in eine neue Heimat ziehen, müssen Wurzeln fassen können. Menschen können nur dann Wurzeln fassen, wenn sie sich mit den Menschen vor Ort, wo sie die Heimat suchen, verstehen können. Es geht um die Möglichkeit, sich zu verstehen, zu kommunizieren, und da ist die Sprache in dieser neuen Heimat der Grundstein. Es geht in keiner Weise darum, Menschen zu unterscheiden auf Grund ihrer Herkunft, sondern es geht darum, dass die Menschen in einem Land, in Oberösterreich zum Beispiel die gleichen Chancen haben.

Und ich sage Ihnen ein einfaches Beispiel im Gesundheitsbereich. Ich habe in meiner Praxis in Wels in der Bahnhofstraße in etwa einen Anteil von 40 Prozent, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder nur bruchstückhaft. Und man kann tun, was man will und alles versuchen, es ist nicht möglich, diesen Menschen auf Grund der Sprachbarrieren, der Verständnisschwierigkeiten jene Medizin angedeihen zu lassen, die sie benötigen würden wie sie andere bekommen, weil man nicht kommunizieren kann. Gesundheit, soziales Wohlbefinden ist nur dann gegeben, wenn man mit den Menschen sprechen kann, wenn man sie aufklären kann, wenn man sie leiten und führen kann - ein ganz wesentlicher Aspekt aus meiner Sicht. Es geht nicht nur um die Bildungszukunft, um die Zukunft im Berufsleben jener Menschen, die bei uns sind und nicht die deutsche Sprache beherrschen. Es geht um den gesundheitlichen Bereich, es geht um den sozialen Bereichen, wo auch diese Menschen einfach die gleiche Chance haben müssen wie unsere Menschen, die hier sind.

Darum ist für uns dieses Thema wichtig und darum fordern wir, dass wir hier nicht den Kopf in den Sand stecken und vielleicht über Dinge reden, die auf der Welt passieren im Sprachbereich usw., sondern man muss hier die Dinge sehen wie sie in der Praxis sind und da ist Handlungsbedarf. Das ist unser Zugang zu diesem Thema. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 437/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 438/2005, das ist der Geschäftsantrag der freiheitlichen Abgeordneten Helga Moser betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 425/2005 – Initiativantrag betreffend die Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind Zuschuss. Ich bitte Frau Abgeordnete Helga Moser über die Beilage 438/2005 zu berichten.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich berichte über den Fristsetzungsantrag und referiere ihn gleich mündlich, danke. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In unserem Geschäftsantrag geht es um eine Fristsetzung eben zur Beilage 425/2005, und zwar den Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend der Erweiterung der Richtlinien für den Mutter-Kind Zuschuss. Es geht uns darum, dass wir eine Frist bis zum 12. Mai 2005 für die Bearbeitung im Sozialausschuss haben wollen, denn es drängt die Zeit. Es ist notwendig, dass wir rechtzeitig auch im Hinblick auf das neue Kindergartenjahr im Herbst sofort mit Initiativen beginnen können, auch in den Kindergruppen. Das heißt, es ist kein Thema, das wir vor uns herschieben möchten.

Die Begründung, ich habe schon sehr viel zuerst in meiner Rede gesagt. Ich möchte es nur noch ergänzen. Überprüfung aller Kinder im vierten Lebensjahr. Jetzt ist der Herr Dr. Aichinger, da ist er, Gott sei Dank nicht abhanden gekommen wie zuerst, danke. Sie haben gesprochen von den Bildern, vom Spracherwerb, von der Hirnforschung. Sie kommen jetzt vielleicht von der medizinischen Seite her. Ich komme von der entwicklungspsychologischen. Und gerade deshalb das vierte Lebensjahr, weil sich zwischen dem vierten und sechsten Lebensjahr die akustische und sprachliche Schulreife zu entwickeln beginnt, deren Höhepunkt wir dann mit dem sechsten Lebensjahr haben, wenn das Kind in die Schule kommt.

Das heißt, erst ab dem vierten Lebensjahr lernt das Kind einfache Sätze zu sprechen, erweiterte und Satzgefüge. Es ist auch die Zeit, wo es anfängt Einzahl und Mehrzahl zu bilden. Also vorher sich damit auseinander zu setzen, und das sagen auch die Logopäden, auch wenn Sprachfehler aus motorischen Ursachen da sind, bringt nichts, weil da eine unheimlich schnelle Entwicklung möglich ist. Wir können den Kindern aber auch dann nur Freude am Sprechen lernen, und Thomas Stelzer hat es angesprochen, mit Motivation, denn Kinder sprechen nur dann, wenn sie auch eine Antwort bekommen, wenn sie sich verständlich machen. Das heißt, wir müssen sie auch motivieren, indem sie eben nicht Sprachbarrieren aufbauen, weil sie nicht kommunizieren können. Aus diesen wichtigen Argumenten bitte ich, dem Fristsetzungsantrag zuzustimmen. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 438/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Ab

geordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 439/2005, das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Ing. Hubert Aspöck betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 426/2005 – Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen. Ich bitte Herrn Abgeordneten Ing. Hubert Aspöck über die Beilage 439/2005 zu berichten.

Abg. Ing. Aspöck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Ich berichte jetzt von unserem Fristsetzungsantrag betreffend Senkung des Ausländeranteiles in Pflichtschulklassen, Beilage 426/2005. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 439/2005.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für Bildung und Sport zur Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 426/2005 - Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen - eine Frist bis zum 12. Mai 2005. Ich bitte Sie um eine Unterstützung dieses Antrages. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine Wortmeldung. Ich schließe daher. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 439/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zu Beilage 440/2005, das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 427/2005 – Initiativantrag betreffend das Vorziehen der Schulanmeldung. Ich bitte Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner über die Beilage 440/2005 zu berichten.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Freiheitlichen stellen einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 427/2005, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend das Vorziehen der Schulanmeldung.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für Bildung und Sport zur Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 427/2005 - Initiativantrag betreffend das Vorziehen der Schulanmeldung - eine Frist bis zum 12. Mai 2005.

Die Diskussion im Rahmen der aktuellen Stunde hat gezeigt, dass es hinsichtlich dieser Maßnahme, das Vorziehen der Schulanmeldung, einen breiten Konsens gibt. Um rechtzeitig für das nächste Schuljahr die richtigen Weichenstellungen zu treffen, ersuche ich, diesem Fristsetzungsantrag zuzustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 440/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 441/2005, das ist der Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 428/2005 – Initiativantrag betreffend die Einkommensgrenzen für Landesförderun

gen. Ich bitte Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner über die Beilage 441/2005 zu berichten.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 428/2005 – Initiativantrag betreffend die Einkommensgrenzen für Landesförderungen.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für Finanzen für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 428/2005 - Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Einkommensgrenzen für Landesförderungen - eine Frist bis zum 12. Mai 2005.

Worum geht es uns hier? Im Zuge der Steuerreform gibt es zahlreiche steuerliche Besserstellungen von unterschiedlichen Einkommensgruppen. Damit der Vorteil, der einerseits durch niedrigere Steuerzahlung nicht dadurch gemindert wird, dass Landesförderungen nicht ausbezahlt werden, sollten gleichzeitig die Einkommensgrenzen für jene Landesförderungen angehoben werden, die hier relevant sich auf die Steuerreform beziehen.

Ich glaube, dass es politischer Konsens sein sollte, dass gerade die unteren Einkommensgruppen da nicht benachteiligt werden und ich hoffe, dass die Sozialdemokratie, der Herr Klubobmann und der Herr Landespartei sekretär in diesen Bereichen auch mitgehen, dass es nicht Absicht sein kann, dass, wenn jemand durch eine Steuerreform in den unteren Einkommensgruppen entlastet wird, er dadurch zur Kasse gebeten wird und eine Landesförderung auf Grund der neuen Einkommenssituation nicht erhält.

Ich glaube, dass man diese Landesförderung genau um jenen Betrag anheben sollte, damit hier niemand einen Nachteil erleidet und ersuche um Ihre Zustimmung. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist sonst niemand zu Wort gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 441/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Ende der Sitzung: 14.38 Uhr)